Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Plenarprotokoll
16/74
05.12.2014

74. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 5. Dezember 2014

Mitteilungen der Präsidentin 7551

1 DIW-Studie und Eon-Konzernumbau – Nordrhein-Westfalen gerät energiepolitisch ins Abseits

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7468

In Verbindung mit:

E.ON / E.OFF – Aufspaltung des größten deutschen Energiekonzerns und die Folgen für NRW

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7469 7551

Thomas Kufen (CDU) 7551
Kai Schmalenbach (PIRATEN) 7552
Rainer Schmeltzer (SPD) 7554
Dietmar Brockes (FDP) 7555
Wibke Brems (GRÜNE) 7557
Minister Garrelt Duin 7558
Hubertus Fehring (CDU) 7559
Henning Höne (FDP) 7560
Dietmar Schulz (PIRATEN) 7561
Minister Johannes Remmel 7562
Thomas Kufen (CDU) 7564

2 Für fairen Wettbewerb, einen besseren Klimaschutz und wirksame Entwicklungshilfe – KfW-Kredite für Kraf-twerksbauer müssen erhalten bleiben

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7395 7565

Ilka von Boeselager (CDU) 7565
Rainer Christian Thiel (SPD) 7566
Wibke Brems (GRÜNE) 7567
Dietmar Brockes (FDP) 7568
Kai Schmalenbach (PIRATEN) 7569
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans ... 7569

Ergebnis 7570

3 Steuerzahler in Zeiten von Rekordeinnahmen entlasten statt immer mehr schröpfen – Keine weitere Steuererhöhung durch Verlängerung des Solidarpakts und Ausweitung des Solidaritätszuschlags zum Soli-West

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7403 7570

Ralf Witzel (FDP) 7570
Stefan Zimkeit (SPD) 7571
Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 7572
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 7573
Dietmar Schulz (PIRATEN) 7574
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans ... 7576

Ergebnis 7577

4 Bundesregierung will gefährliche Fracking-Methode in Deutschland ermöglichen – die nordrhein-westfälische Landesregierung muss sich für ein Komplettverbot einsetzen!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7410 7577

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) .. 7577
Frank Sundermann (SPD) 7578
Christina Schulze Föcking (CDU) 7579

Wibke Brems (GRÜNE) 7579
Ralph Bombis (FDP) 7580
Minister Johannes Remmel 7582
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) .. 7583

Ergebnis 7583

5 Einrichtung einer Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 16/7399 – Neudruck 7583

Britta Altenkamp (SPD) 7583
Walter Kern (CDU) 7584
Jutta Velte (GRÜNE) 7585
Marcel Hafke (FDP)..... 7586
Daniel Düngel (PIRATEN) 7587
Ministerin Ute Schäfer 7588

Ergebnis 7589

6 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften (Ökologisches Jagdgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7383

erste Lesung

In Verbindung mit:

Rot-grüne Verbotskultur in der Jagdrechtsnovelle schadet Natur- und Tierschutz – die Jagd nicht abschaffen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7400 7589

Minister Johannes Remmel 7589
Karlheinz Busen (FDP)..... 7591
Norbert Meesters (SPD) 7592
Friedhelm Ortgies (CDU)..... 7595
Norwich Rüße (GRÜNE)..... 7596
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) .. 7598
Rainer Deppe (CDU) 7599

Ergebnis 7600

7 Bedarfsgerechte Finanzierung des SPNV sicherstellen – Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei Verteilung der Regionalisierungsmittel beseitigen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6129 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr
Drucksache 16/6782 7601

Andreas Becker (SPD) 7601
Henning Rehbaum (CDU)..... 7601
Rolf Beu (GRÜNE) 7603
Christof Rasche (FDP) 7604
Oliver Bayer (PIRATEN)..... 7605
Minister Michael Groschek 7606
Bernhard Schemmer (CDU)..... 7607
Andreas Becker (SPD) 7607
Christof Rasche (FDP) 7608
Minister Michael Groschek 7609

Ergebnis 7609

8 Nach den Enthüllungen der „Luxemburg Leaks“: Ruinösen Steuerwettbewerb in der Europäischen Union endlich wirksam bekämpfen – die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7409 7609

Nicolaus Kern (PIRATEN) 7609
Stefan Zimkeit (SPD)..... 7610
Robert Stein (CDU) 7610
Stefan Engstfeld (GRÜNE)..... 7611
Ralf Witzel (FDP) 7611
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans... 7612

Ergebnis 7613

Nächste Sitzung..... 7613

Entschuldigt waren:

Minister Garrelt Duin
(ab 11:30 Uhr)
Minister Guntram Schneider
(bis 12 Uhr)
Ministerin Barbara Steffens

Brigitte Dmoch-Schweren (SPD)
Dieter Hilser (SPD)
Peter Münstermann (SPD)
Josef Neumann (SPD)
Cornelia Ruhkemper (SPD)

Dr. Stefan Berger (CDU)
Josef Hovenjürgen (CDU)
Bernd Krückel (CDU)
Josef Wirtz (CDU)

Andrea Asch (GRÜNE)
Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Birgit Rydlewski (PIRATEN)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen, 74. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **13 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 DIW-Studie und Eon-Konzernumbau – Nordrhein-Westfalen gerät energiepolitisch ins Abseits

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7468

In Verbindung mit:

E.ON / E.OFF – Aufspaltung des größten deutschen Energiekonzerns und die Folgen für NRW

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7469

Die Fraktion der CDU sowie die Fraktion der Piraten haben jeweils mit Schreiben vom 1. Dezember dieses Jahres gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion der CDU Herrn Kollegen Kufen das Wort.

Thomas Kufen (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Woche begann regelrecht mit einem Paukenschlag. E.ON hat beschlossen, sich auf erneuerbare Energien, Energienetze und Kundenlösungen zu fokussieren. E.ON spricht selbst von der „neuen Energie“, die derzeit zwar noch in den Kinderschuhen steckt, aber künftig schneller wachsen wird als die klassische Energiewelt. Die Geschäftsfelder konventionelle Erzeugung, globaler Energiehandel und Exploration und Produktion werden in eine neue Gesellschaft überführt.

Der Umbau von E.ON ist eine Reaktion auf die Herausforderungen des Energiemarktes. Das gilt national wie international. Die Aufspaltung der alten Konzernstruktur in zwei Gesellschaften ist auch – das müssen wir zur Kenntnis nehmen – die Antwort auf den Spagat der Branche insgesamt zwischen den regulierten Märkten und den unregulierten, den die Energiewelt vollführen muss.

E.ON bündelt mit seiner Konzentration auf erneuerbare Energien, Energienetze und Kundenlösungen den regulierten, dezentralen und kleinteiligen Teil des Geschäfts und mit der Bündelung der konventionellen Erzeugung, des globalen Handels, der Exploration und Produktion den unregulierten Teil.

E.ON spricht in den Erklärungen ja bewusst nicht von „alter Energie“, sondern von der „klassischen Energie“.

Was heißt das für Nordrhein-Westfalen? – Fakt ist: Mit dieser Neuaufstellung folgt E.ON der Anforderung des Marktes – ich habe davon gesprochen –, aber folgt auch der Logik von Investoren, die nämlich nach bestimmten unterschiedlichen Risikoprofilen ihre Anlagemöglichkeiten sehen.

Daher verwundert es übrigens nicht, dass nach der Bekanntgabe dieser Entscheidung der Aktienkurs von E.ON und übrigens auch von RWE in dieser Woche zu den größten Gewinnern im DAX gehört.

Meine Damen und Herren, was steckt hinter dieser Entscheidung von E.ON jenseits von Pressemitteilungen, die wir in dieser Woche alle miteinander ausgetauscht haben? Ich glaube, das Thema ist zu ernst, um sich nur über Pressemitteilungen gegenseitig Kommentare zuzuschieben.

Aus meiner Sicht geht es um drei Faktoren:

Der Erste, der wesentliche, der zu der Entscheidung bei E.ON geführt hat, ist die Energiepolitik, unsere Energiepolitik selbst. Denn für die gesamte Branche sind in den letzten Jahren immer wieder neue Hürden und neue Herausforderungen aufgestellt worden. Ganze Geschäftsmodelle sind in den letzten Jahren infrage gestellt worden. Das gilt, meine Damen und Herren, sowohl für die konventionelle Energieerzeugung als auch für die erneuerbare Energie. Das erklärt vielleicht auch für Nordrhein-Westfalen die Ergebnisse der DIW-Studie, bei der Nordrhein-Westfalen ja von Platz 12 auf Platz 14 abgesackt ist.

Der zweite Faktor, der zu der Entscheidung von E.ON geführt hat, ist: Die Margen werden geringer – zum einen durch den Verfall des Strompreises an den Börsen und zum anderen, weil der Wettbewerb zunimmt und die Kunden sich – das wollen wir ja gerade als Politik – immer effizienter verhalten.

Der dritte Bereich – genauso wichtig –: Die Bedürfnisse der Endkunden ändern sich. Sie sehen sich zunehmend nicht nur als Verbraucher, sondern als Prosumer, weil sie selbst einen Teil des Bedarfs de-

cken können. Auch das verändert die Energiewelt Stück für Stück.

Es wird immer deutlicher, dass die Energiewende nicht nur die Energieerzeugung, sondern das gesamte energiewirtschaftliche System verändert.

Darin sind wir uns wohl alle einig, dass die Entscheidung der strategischen Neuausrichtung von E.ON ein Schlaglicht auf die gravierenden Veränderungen der Energiebranche wirft, die durch unsere gewollte Energie- und Klimawende verursacht wird. Für den Standort Deutschland ist das keine gute Entwicklung, wenn wir immer weniger Energieversorgungsunternehmen haben, die auf europäischer und globaler Ebene mitspielen können.

Ob die Entscheidung von E.ON ein Befreiungsschlag oder nicht letzten Endes eine Kapitulation ist, ist jetzt noch nicht abschließend zu bewerten. Aus Sicht Nordrhein-Westfalens wäre der Befreiungsschlag sicherlich besser. Das sage ich ganz bewusst auch mit Blick auf die vielen Tausend Arbeitsplätze gerade hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Die grüne Bundestagsabgeordnete Bärbel Höhn sprach in einem, wie ich finde, bemerkenswerten Namensartikel in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ am 13. November lapidar – ich denke, das ist auch abschätzig gemeint – von 50.000 Kumpels am Rhein.

Nein, meine Damen und Herren, es geht nicht irgendwie nur um 50.000 Kumpels am Rhein. Es geht – das macht die Entscheidung von E.ON deutlich – um die zukünftige Aufstellung Nordrhein-Westfalens als Energie- und Industrieland und ob wir es bleiben wollen oder nicht. Insofern ist das nicht nur eine unternehmerische Entscheidung, sondern eine strategische Ausrichtung. Es ist zu prüfen, ob die Richtung, das Tempo, die Maßnahmen, die Instrumente noch immer richtig sind.

(Beifall von der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, sollten wir uns mit Ratschlägen, was möglicherweise das nächste Unternehmen tun oder lassen sollte, sehr zurückhalten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Da die Politik einen Teil des Problems durch ihre Entscheidung herbeigeführt hat, ist es wohlfeil, im Nachhinein zu sagen, was man alles hätte besser machen können.

Worum geht es konkret? Was müssen wir weiter beachten?

Erstens. Die Politik muss bei E.ON ein Auge darauf haben, dass die Finanzierung des Kernkraftwerkrückbaus gesichert bleibt. Das ist in unserem allgemeinen Interesse.

Zweitens. Die Versorgungssicherheit muss erhalten bleiben. Daher ist die Herausforderung, auch mit der neuen E.ON-Gesellschaft, die hoffentlich natürlich ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen behalten wird – die Ankündigung Rhein und Ruhr zeigt genau dort hin –, die Versorgungssicherheit mit konventionellen Energien so sauber wie möglich, aber in Zukunft auch so bezahlbar wie nötig zu halten. Das ist die Herausforderung, und da wollen wir uns einbringen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, letzter Gedanke: Wirtschaftsminister Duin hat ziemlich genau vor einem Jahr an diesem Pult gesagt: Die Landesregierung ist Schrittmacher der Energiewende.

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD]

Die Zeit drängt, dass das auch in Berlin ankommt.

Herr Minister Duin, ich glaube, von Schrittmacher würden Sie heute nicht mehr reden. Das kann wahrlich nicht Ihr Ernst sein, vor allen Dingen, weil wir in der Vergangenheit, in den letzten Wochen und Monaten, nicht als Schrittmacher von uns reden gemacht haben, sondern eher mit Herzflimmern in Erscheinung getreten sind.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Deshalb ist klar, die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir es gemeinsam schaffen, die volatile Erzeugung und Nachfrage zu synchronisieren, und das ist genau die bedeutende Herausforderung, bei der Nordrhein-Westfalen eine Schlüsselstellung einnimmt. Dazu brauchen wir – letzter Satz – einen energie- und industriepolitischen Konsens zwischen Landtag und Landesregierung. Den sehe ich bisher nicht. Die Möglichkeiten gibt es, und dann geraten wir auch nicht ins Abseits. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Minister Johannes Remmel: Die Botschaft der CDU!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Für die Piraten hat Kollege Schmalenbach das Wort.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Nun ist es also so weit. Nach den Diskussionen über den Verkauf der Braunkohlenkraftwerke in der Lausitz durch Vattenfall geht E.ON voRWEg und möchte die fossile Kraftwerksparte abstoßen.

(Minister Johannes Remmel: Schönes Wortspiel!)

E.ON ist damit das erste Unternehmen, das den veränderten Bedingungen am Strommarkt vollumfänglich Rechnung trägt. Wir begrüßen ausdrücklich das Signal, das davon ausgeht. Fossile Energiege-

winnung wird in Zukunft kein Geschäftsmodell mehr sein. Denn natürlich geht es E.ON darum, die wirtschaftliche Zukunft des Unternehmens zu sichern. E.ON glaubt nicht daran, dass es eine solche Zukunft mit dieser Kraftwerksparte geben wird. Und: E.ON hat recht.

Zwar belegen sie damit ebenso, dass sie diese Entwicklung verschlafen haben, und zwar ganze 14 Jahre lang seit Einführung des EEG, aber immerhin ist nun die Einsicht gekommen. Das davon ausgehende Signal, um das erneut zu betonen, ist klar: Den Erneuerbaren gehört die Zukunft.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Dinosaurier der Energiegewinnung haben ausgedient. Es ist an der Zeit, massiv auf die erneuerbaren Energieträger umzuschwenken. Es ist an der Zeit, nun festzulegen, wie es mit der Energiegewinnung weitergeht, und das am besten einmal verbindlich. Es sollte nicht erneut das gleiche Rumgehampel wie beim Atomausstieg geben. Das können wir uns nicht leisten.

Ach ja: Atomausstieg – da war ja noch etwas. Das hatten wir gestern schon. Es ging um verlässliche Politik, die immer nur gefordert, nie aber gemacht wird.

Der doppelte Rittberger von Angela Merkel beim Atomausstieg war so eine verlässliche Nummer. Die Two-Faces-Politik von Sigmar Gabriel gehört in die gleiche Kategorie. Die schönsten Beiträge in der Energiepolitik aber lieferten Altmaier und Rösler. Schön nach dem Muster „Good Cop/Bad Cop“ wurde ein politischer Eiertanz zelebriert, der seinesgleichen suchte. Alle drei Leistungen sind oscarreif.

(Beifall von den PIRATEN)

Ein Schritt vor, zwei zurück, und am Ende sind alle anderen schuld. Oder sie sind vielleicht nicht schuld, aber sie müssen halt die Zeche zahlen.

So hat man zuerst dafür gesorgt, dass die Offshore-Branche verunsichert war und hat dann dem Bürger die Kosten für die dortigen Fehlplanungen aufgebürdet. Beim Atomausstieg hat Schwarz-Gelb ohne Not den Salto rückwärts hingelegt und einen gut geplanten Ausstieg mal eben verworfen, nur um ihn ein paar Monate später erneut zu verkünden. Nach Fukushima wurde er kurzerhand beschlossen. Die CDU reklamiert den Ausstieg heute für sich. Ein Trauerspiel. Obendrein ließen die völlig vorhersehbaren Klagen der Betreiber nicht lange auf sich warten. Ergebnis: Am Ende zahlt’s der Steuerzahler.

Oder nehmen wir den Umbau des Wälzungsmechanismus: Da wird der EE-Strom 2010 an den Spotmarkt geschickt, und es ist klar, was passieren wird. Der Börsenpreis wird sinken, was die Kraftwerksbetreiber nicht freut, die Differenzkosten steigen und infolgedessen auch die EEG-Umlage, und die Politik schaut dabei zu, und die teure Energiewende wird geboren.

Statt diesen Problemen entgegenzuwirken, nutzen Teile der Politik das selber, um von der teuren Energiewende zu reden, allen voran die Antienergiewendeseparatisten bei der FDP. Nachdem es dann für fast alle schlecht war, dachte sich am Ende noch der Bundeswirtschaftsminister Gabriel: Halt, einer Gruppe geht es noch zu gut damit, dem Bürger. Da fällt uns doch bestimmt auch noch was ein. – Kurz darauf reden wir über eine Eigenstromsteuer und Ausschreibung für EE-Anlagen. Was darauf folgt, ist klar. Genau: Die Branchen der Erneuerbaren melden Umsatzeinbrüche und Arbeitsplatzverluste.

Genau da stehen wir heute. Die Politik hat nun wirklich jede einzelne Gruppe, die an der Energiewende beteiligt ist oder war, drangsaliert, ruiniert oder zumindest verärgert. In diese Stimmung hinein ruft E.ON: Wir haben genug!

Ich denke mir so: Überraschung! E.ON eröffnet damit eine neue Runde. Wenn die Regierung damit so umgeht, wie sie in den letzten zehn Jahren mit der Energiepolitik umgegangen ist, dann bin ich mir sicher, die Zeche zahlt am Ende der Bürger. Aber ich sage Ihnen was: Genau das darf eben nicht passieren. Der Bürger darf nicht schon wieder der Leidtragende sein.

(Beifall von den PIRATEN)

Vor allem darf das nicht schon wieder der Energiewende angelastet werden. Ich appelliere da an die FDP, die Schuld nicht erneut den Erneuerbaren zuzuschieben. Denn was immer am Ende mit den fossilen Sparten der EVUs geschehen wird, sie alle haben gewusst, dass dieser Tag kommen wird. Das EEG ist entworfen worden, um diesen Tag zu erleben. Es war und ist der erklärte Wille, die Marktmacht der EVUs und damit die der fossilen Energiegewinnung zu brechen und erneuerbare Energien zu etablieren.

Nun stehen Sie auch dazu und gehen Sie endlich den nächsten Schritt. Machen Sie endlich jedem Beteiligten klar, dass die Uhr der Dinosaurierkraftwerke abläuft. Trauen Sie sich endlich, das Wort zu benutzen, das fällig ist. Wie heißt es? – Richtig: Kohleausstiegsgesetz.

(Beifall von den PIRATEN)

Trauen Sie sich endlich, darüber mit den EVUs zu verhandeln. Das ist überfällig. Schaffen Sie den Rahmen mit den EVUs, in dem die Erneuerbaren und die Fossilen für einen begrenzten Zeitraum koexistieren können. Machen Sie vor allen Dingen RWE klar, dass wir schon vor 2030 keine Braunkohleverstromung mehr benötigen werden. Sorgen Sie dafür, dass sich der Strompreis stabilisiert und die EEG-Umlage sinkt, indem Sie ältere Kohlekraftwerke stilllegen. Sorgen Sie dafür, dass der Schwarzbau Datteln 4 nicht ans Netz geht. Denken Sie darüber nach, die Erneuerbaren vielleicht nicht mehr nur am Spotmarkt zu handeln.

(Beifall von den PIRATEN)

Helfen Sie Gabriel, der endlich – da muss ich ihn vorsichtig loben – den Schritt gehen will, den Emissionshandel zu korrigieren. Vor allem aber: Sorgen Sie dafür, dass das am Ende nicht wieder wie bei den Banken läuft, frei nach dem Motto: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmalenbach. – Jetzt hat Herr Kollege Schmeltzer von der SPD-Fraktion das Wort.

Rainer Schmeltzer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mir ist bei den Ausführungen der beantragenden Fraktionen aufgefallen, dass die Piraten einen Antrag zur Aktuellen Stunde sehr wohl zum Thema E.ON gestellt hat, reden aber nicht darüber, die andere Fraktion stellt einen Antrag für eine Aktuelle Stunde, den ich persönlich gar nicht zugelassen hätte, weil es sich in erster Linie um eine DIW-Studie handelt, redet aber über E.ON. Man muss einmal sehen, wie die beiden Fraktionen das demnächst hinbekommen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Aufsichtsrat des Unternehmens E.ON hat am vergangenen Sonntag einen fundamentalen Strategiewechsel für das Unternehmen beschlossen. Es ist übrigens der dritte Strategiewechsel des Unternehmens innerhalb weniger Jahre.

Ende des letzten Jahrzehnts expandierte E.ON nach Europa. Nach hartem Kampf kaufte E.ON Anfang 2010 unter dem damaligen Vorstandsvorsitzenden Wulf Bernotat Anteile an Energieunternehmen in Spanien und in Italien.

Nach 2010 expandierte der E.ON-Konzern auch außerhalb Europas. Symbol dafür ist die Gründung eines Joint Ventures zum Bau von Kraftwerken in Brasilien.

Diese Woche nun gibt das Unternehmen bekannt, die Unternehmensbeteiligung in Spanien ist verkauft, Italien wird folgen, die brasilianische Tochter verschwindet in einer neu zu gründenden Gesellschaft, in der Altes, Herr Kufen, Klassisches gebündelt wird.

Die beiden letzten Strategiewechsel wurden im Landtag nicht diskutiert. Im Übrigen ist auch keiner meiner Vorredner auch nur ansatzweise darauf eingegangen, wie E.ON sich in den letzten Jahren verhalten hat. Das ist diesmal anders. CDU und Piraten haben jeweils eine Aktuelle Stunde beantragt mit unterschiedlichen Intentionen, wie ich gerade sagte. Die Piraten beantragten eine zu E.ON, die CDU hintergründig zu den Versäumnissen in der Zeit von 2005 bis 2010. In der Tat, Herr Kufen, da fehlte der Schrittmacher, denn da hatten Sie fünf Jahre Herzflimmern, weil nichts mehr bei den regenerativen Energien geschah.

Was ist nun an der neuen Strategie von E.ON anders? – Die neue Strategie bezieht sich ausdrücklich auf die Energiewende in Deutschland, und sie bezieht sich auf die durch diese Energiewende ausgelöste Dynamik der Marktveränderung. Das kann man nur begrüßen. E.ON flüchtet nicht vor der Energiewende. E.ON nimmt eine strategisch offensive Position zur Energiewende ein und handelt auch entsprechend. Das Unternehmen formuliert eine Strategie, die die Märkte für erneuerbare Energien, für Netze und für das Dienstleistungsgeschäft mit den Kunden als Wachstumsbereiche identifiziert. Der Vorstand hat angekündigt, dass sich das Unternehmen mit 40.000 Beschäftigten auf die Potenziale in diesen Zukunftsmärkten ausrichten wird.

Neben dieser neu ausgerichteten E.ON gründet das Unternehmen eine zweite, eine neue Gesellschaft für die klassischen Energiemärkte mit rund 20.000 Beschäftigten. Diese Gesellschaft bündelt die konventionelle Erzeugung mit 51 GW Erzeugungskapazität in ganz Europa, davon rund ein Drittel in Deutschland, den globalen Energiehandel und die Exploration und Produktion von Erdöl und Erdgas.

Mittelfristig ist die Abgabe des verbleibenden Minderheitsanteils an der neuen Gesellschaft vorgesehen. Die Abspaltung soll im Laufe des Jahres 2016 vollzogen werden. Beachtlich ist: Die Entscheidung zu diesem Strategiewechsel hat der Aufsichtsrat einstimmig mit den Stimmen der Eigner und der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften getroffen.

Was bedeutet das jetzt für Nordrhein-Westfalen? – Erstens. E.ON hat eindeutig klargemacht, dass mit der Abspaltung kein Personalabbau verbunden ist. An den bestehenden Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen wird festgehalten. Das heißt auch, der Beschäftigungssicherungsvertrag, der bis Ende 2018 betriebsbedingte Kündigungen ausschließt, bleibt gültig. Das sorgt für einen verlässlichen Rahmen.

Zweitens, wichtig für Nordrhein-Westfalen: Der Hauptsitz bleibt im Rhein-Ruhr-Gebiet.

Drittens. Nicht zuletzt gilt es, die energie- und industriepolitische Bedeutung von Nordrhein-Westfalen zu erkennen. Nordrhein-Westfalen wird zukünftig zwei weitere Großunternehmen mit 40.000 bzw. 20.000 Beschäftigten haben, die sich darum bemühen, eine strukturelle Antwort auf den durch die Energiewende ausgelösten Wandel zu finden. Das ist gut, und das ist wichtig; denn neben kleinen und mittelständischen Unternehmen brauchen wir auch große, investitionsstarke Unternehmen, die neue Dynamik auslösen.

Die Veränderungen bei E.ON werden auch die Wahrnehmung und die Rolle Nordrhein-Westfalens in der Energiewende verändern. Eines lässt sich aus der E.ON-Entscheidung aber überhaupt nicht

ablesen, nämlich dass Nordrhein-Westfalen nun – wie die CDU behauptet – energiepolitisch ins Abseits gerät. Nordrhein-Westfalen ist kein Absteigerland, wie die CDU es herbeizureden versucht. Nordrhein-Westfalen ist das Land mit einer besonderen industriellen Struktur. Wir sind ein starker und moderner Industrie- und Energiestandort mit einem zukunftsfähigen Energiemix: erneuerbare Energien, Gas und Kohle, keine Atomkraftwerke. Dieses Land sucht und nutzt seine Chancen und Möglichkeiten. Es jammert nicht und wehklagt nicht.

Bei der Entscheidung, die Chancen schafft, gibt es natürlich auch Risiken. Der Weg, den das Unternehmen E.ON einschlagen will, wird sicherlich lang und steinig werden. Es wird Rückschläge und Schwierigkeiten geben. Das war allen klar. Aber vieles, was in dieser Woche unter Risiken diskutiert wird, gehört dort gar nicht hin. So meinen doch manche, es drohe nun das Aus für fossile Kraftwerke in Deutschland. Das ist Quatsch. Es ist und bleibt bei der Abschaltung alter Atomkraftwerke. Völlig klar, dass bis zur vollständigen Deckung des Strombedarfs durch die Erneuerbaren fossile Kraftwerke nach wie vor benötigt werden.

Andere wollen jetzt die Diskussion über die Rückstellung für den Atomausstieg führen. Tatsächlich gehört der Rückbau der AKWs und die Endlagerung des Atommülls zu den großen Herausforderungen der Energiepolitik. Manche sind jetzt auch schon wieder dabei, anderen Energieunternehmen zu empfehlen, was diese zu tun oder zu lassen hätten.

(Beifall von Thomas Kufen [CDU] – Dietmar Brockes [FDP]: Ihr Koalitionspartner!)

Ich kann nur dazu raten, die jeweils besondere Position und Situation der Unternehmen in der Dynamik der Energiewende wahrzunehmen und die Entscheidung den verantwortlichen Unternehmen und den dafür zuständigen Gremien zu überlassen.

E.ON hat eine mutige Entscheidung getroffen. Diese Entscheidung ist auch ein Beweis des Vertrauens des Unternehmens in die Energiewende und in den Standort Nordrhein-Westfalen. Sie belegt die Fähigkeit, auch mutige Entscheidungen einvernehmlich und im Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu führen. Es beginnt schon bald eine Übergangsphase, in deren Verlauf etliche Klärungen vorzunehmen sind, auch uns, der Politik, gegenüber in diversen Gesprächen.

Es ist gut, dass das Unternehmen seinen Beschäftigten kontinuierliche Beratung und Abstimmung während der Übergangsphase sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene zugesichert hat. Die SPD-Fraktion unterstützt dies und steht den Partnern, allen Partnern, jederzeit zum Dialog zur Verfügung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes[*)] (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich die Nachricht von der Aufspaltung E.ONs vernahm, ging es mir wahrscheinlich wie so vielen anderen: Ich habe sie mit einer gewissen Sorge vernommen. Der Branchenprimus gibt auf, kehrt der Marktwirtschaft den Rücken und begibt sich vollends in die Subventionswirtschaft und damit in den Einflussbereich der Politik. Künftig richten sich Konzernbilanzen nach EEG-Vergütungssätzen und durchregulierten Netzentgelten.

(Minister Johannes Remmel: Jammerlappen! Das hört sich nach Jammerlappen an!)

Um Marktwirtschaft und Wettbewerb, Herr Minister Remmel, sollen sich andere kümmern.

(Minister Johannes Remmel: Jammerlappen! – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Herr Minister, Sie dürfen gleich auch noch mal!)

Am Subventionstropf lässt es sich auch ganz gut leben. Wenn man dazu noch berücksichtigt, dass diese Entscheidung bereits vor einem Jahr vorbereitet wurde, dann ist klar, dass die Politik der Großen Koalition nicht unschuldig an dieser Entscheidung ist.

Ich rufe noch einmal die energiepolitischen Festlegungen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD in Erinnerung. Dazu gehört die Abkehr von der europäischen Energie- und Klimapolitik hin zu einem nationalen Alleingang, der eine Belastungsprobe für Wirtschaft und Verbraucher ist. Inzwischen ist es sogar so weit, dass deutsche Kohlekraftwerke stillgelegt werden müssen, damit Kohlekraftwerke im europäischen Ausland länger am Leben erhalten werden. Hauptsache, auf dem Papier werden die Ziele erreicht.

Hierbei, Herr Kollege Schmeltzer und auch Herr Minister Duin, macht es überhaupt keinen Unterschied, ob die Politik quasi selbst den Ausschalter drückt und Zwangsabschaltungen befiehlt oder ob – so sehen es ja die Pläne von Herrn Gabriel vor – die Politik den Unternehmen die Pistole auf die Brust setzt und die Unternehmen dann selbst den nötigen Schalter drücken.

Weitere Festlegungen der Großen Koalition sind ebenso belastend. Ich nenne beispielhaft die Eckpunkte für die unzureichende EEG-Reform mit der weiterhin üppigen Subventionierung der Erneuerbaren ohne ausreichende Marktintegration, die Unsicherheit über das künftige Strommarktmodell oder das fehlende Bekenntnis zum europäischen Binnenmarkt.

Meine Damen und Herren, meine Vorredner haben die Entwicklung bei E.ON anders bewertet; das

steht ihnen sicherlich zu. Äußerst vermessen finde ich allerdings die Forderung der Kollegin Brems, die sie in einer Pressemitteilung am 1. Dezember geäußert hat. Ich zitiere:

> „Jetzt muss auch RWE dem Beispiel von E.ON folgen und seine Konzernpolitik für die Zukunft neu ausrichten."

Frau Kollegin Brems, E.ON hat eine Strukturentscheidung getroffen. RWE hat vor Jahren eine andere Strukturentscheidung getroffen. Auch dort wurden die erneuerbaren Energien in eine eigene Gesellschaft ausgegliedert. Diese bleibt aber im Konzernverbund. Ob man sich nun spezialisieren will – wie E.ON – oder ob man sich als integrierter Konzern – RWE betreibt im Gegensatz zu E.ON auch eigene Tagebauten – entlang der gesamten Wertschöpfungskette aufstellen will, sind Unternehmensentscheidungen,

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

die die Politik höchstens bewerten und kommentieren kann.

(Beifall von der FDP)

Aber aufzufordern, Unternehmensentscheidungen nach dem Willen der Politik zu richten, Frau Brems, ist Kommandowirtschaft erstens Ranges, und das lehnen wir absolut ab.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Kai Schmalenbach [PIRATEN])

Und dies gilt erst recht, wenn dies von einer Vertreterin der Solarlobby kommt. Dann hat dies mit Sicherheit ein gewisses Geschmäckle.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, natürlich stellt sich auch die Frage, was wir mit den Atomaltlasten machen. Gibt es ausreichend Sicherheiten?

Es ist legitim, die Fragen zu stellen, und sie müssen auch beantwortet werden. Aber es gibt auch Grenzen. Unlauter ist beispielsweise die Panikmache, die von der ehemaligen grünen NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn ausgeht. Kurz nach der Pressekonferenz von E.ON kommentierte sie gegenüber dpa – ich zitiere –:

> „Ich befürchte, dass E.ON eine Badbank für seine sieben Atomkraftwerke schafft, die von den Steuerzahlern gerettet werden muss."

(Beifall von Kai Schmalenbach [PIRATEN] – Dietmar Schulz [PIRATEN]: So sieht es aus!)

Meine Damen und Herren, ich will festhalten: Unabhängig davon, welche Konzernstruktur gewählt wird, gilt für die Entsorgung von Atomanlagen das Verursacherprinzip, und dieses muss auch weiterhin gelten. Daher wird man auch darüber sprechen müssen, welche Sicherheiten ein Konzernverbund oder – bei Abspaltung – der bisherige Konzern geben muss.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Das hat schon immer gut geklappt!)

Das liegt allerdings in der Zuständigkeit des Bundes, und ich habe hier eher andere Konstellationen, zum Beispiel wie sie bei Vattenfall vorliegen, im Blick. Man sollte nicht vergessen: Bei E.ON gehen sämtliche der bisher gebildeten Atomrücklagen auf die neue Gesellschaft über. Das waren zum Stand 31. Dezember 2013 knapp 17 Milliarden €, und das entspricht dem, was unabhängige Wirtschaftsprüfer für notwendig, aber auch ausreichend halten.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Wirtschaftsprüfer? Aha!)

Zusätzlich stehen die Kraftwerke als Sicherheit bereit, und – das sollte man auch nicht vergessen – die Schulden von knapp 21 Milliarden € verbleiben bei E.ON und belasten die neue Gesellschaft daher nicht.

Von einer Badbank zu reden, halte ich daher für bewusste Irreführung. Es ist auch ziemlich widersprüchlich, meine Damen und Herren, die Wasserkraftwerke und Gaskraftwerke zu eine Badbank umzuwidmen. Schließlich sind es doch sonst immer die Grünen, die überall betonen, dass diese zukunftsbezogen sind, und die sich dafür einsetzen, dass diese mit Milliardensubventionen gefördert werden.

Meine Damen und Herren, E.ON hat eine Konzernumstrukturierung beschlossen. Ob es der richtige Weg ist, kann heute niemand wissen. Die Unternehmensentscheidungen haben wir aber zur respektieren.

Besonders erwähnen möchte ich noch, dass es anlässlich dieser Entscheidung keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird, sodass ich hoffe, dass diese Entscheidung ohne negative Folgen für Beschäftigte und Steuerzahler bleibt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Herr Minister Remmel, ich möchte Sie gerne ausdrücklich daran erinnern,

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

dass Zwischenrufe von der Regierungsbank sehr grenzwertig gesehen werden und grenzwertig werden, wenn sie dazu dienen, einen Redner persönlich zu verunglimpfen.

(Thomas Kufen [CDU]: Aha!)

Ihr Zwischenruf war in dieser Weise im Minimum zu verstehen. Ich bitte Sie, dies zukünftig zu unterlassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Brems jetzt das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ein bisschen anders anfangen. Ich bin der Meinung, die Hauptursache, die die großen Energieriesen in Finanznöte gebracht haben, ist nicht die Energiewende, die sie verschlafen haben, sondern die verpasste Digitalisierung. Warum? Na ja, große Strukturen, große Unternehmen unterliegen einem gewissen Risiko, an Altbewährtem zu lange festzuhalten, sich nicht auf neue Entwicklungen einzulassen und vielleicht auch etwas zu träge zu sein.

Die Physik kennt dieses Prinzip übrigens auch. Dort heißt es Trägheitsgesetz. Ein Körper verharrt in seinem Zustand der Ruhe oder der gleichförmigen Bewegung, solange die Summe aller auf ihn einwirkenden Kräfte null ist.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ich bin begeistert!)

Mit anderen Worten: Eine Änderung des Bewegungszustands ist immer erst über die Ausübung einer Kraft von außen möglich.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Fünfte Klasse!)

Die Energieversorger auf der ganzen Welt stehen schon Jahre Kräften von außen gegenüber. Diese haben sie verändert. Sie stehen vor Herausforderungen.

Das sind zum Beispiel Verbraucherinnen und Verbraucher, welche immer mehr zugeschnittene Lösungen verlangen. Denn was wir als Kundinnen und Kunden eigentlich brauchen, ist eine warme, beleuchtete Wohnung, ein laufender PC, ein kalter Kühlschrank fürs Bier, aber nicht so sehr das Produkt „Strom“ oder das Produkt „Gas“. Das heißt, darin liegen die zukünftigen Ausrichtungen von Unternehmen.

Eine weitere Herausforderung: Die Erzeugung liegt nicht mehr nur noch in der Hand weniger großer Unternehmen. Denn aufgrund der erneuerbaren Energien und einer Entwicklung zu kleineren flexibleren fossilen Anlagen sind immer mehr Stromerzeuger am Markt unterwegs. Diese Entwicklung sehen wir auf der ganzen Welt und nicht ausschließlich in Deutschland.

Um Deutschland herum hat es als Antwort darauf schon intelligente Vernetzungen von Erzeugung und Verbrauch gegeben und Einzug gehalten. In Italien, Skandinavien, den Benelux-Staaten, den USA und im vielen weiteren Ländern kommen nicht nur intelligente Zähler zum Einsatz, sondern intelligente Verbrauchssteuerungen, eine Lastspitzenabsenkung und auf Verbraucherinnen und Verbraucher zugeschnittene Lösungen sind dort gang und gäbe.

Und was ist in Deutschland? In Deutschland haben wir gleichzeitig immer noch bis zu hundert Jahre alte Zähler in unserem Keller und unsere Energieversorger setzen auf alte Kraftwerkstechnik, sie lassen sogar verlautbaren, dass es ohne die alte konventionelle Technik niemals gehen wird.

Ich sage Ihnen dazu: Auch vermeintliche Experten können sich irren. 1995 sagte Bill Gates: Das Internet ist nur ein Hype. – Das als Vergleich.

Noch Ende der 80er-Jahre redeten die großen Energieversorger der Bundesregierung und irgendwie auch uns allen ein, technisch sei es nicht möglich, mehr als 4 % ‚erneuerbare Energien im deutschen Strommix zu haben. Sie sind eines Besseren belehrt worden. Den gleichen Leuten sollen wir nun heute glauben, eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien sei technisch nicht möglich? Ich finde, eine solche Einstellung ist technikfeindlich. Wir Grünen glauben an die neuen Technologien und setzen uns für sie ein.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf: Bravo!)

Nun, einer der vier großen Energieversorger schickt sich jetzt an zu beweisen, dass er den Dreh noch bekommt. E.ON will sich auf die Zukunftsbranchen konzentrieren, und das sind die von mir eben genannten: die erneuerbaren Energien und Kundenlösungen, eine Digitalisierung. Das Signal, das davon ausgeht, finde ich zunächst positiv, stellte doch Vorstandsvorsitzender Teyssen bei der Pressekonferenz am Montag fest: Die neuen Bereiche sind die, die schneller wachsen.

Und Wachstum, Herr Brockes, ist eigentlich bisher etwas gewesen, was die FDP gut fand. Dass Sie jetzt an dieser Stelle die größte Skepsis haben, finde ich schon erstaunlich. Mit diesen Wachstumsbereichen möchte die bekannte Marke E.ON nun verbunden werden.

Herr Kufen, auch Ihnen möchte ich noch sagen: Natürlich ist es eine wirtschaftliche Entscheidung von E.ON. Erneuerbare sind die Zukunft. Das hat E.ON verstanden, nur leider Ihre Bundesregierung immer noch nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu dem Thema, ich würde hier Vorschriften machen: Ich würde es persönlich den anderen Großunternehmen für ihre eigenes Überleben und auch den davon betroffenen Menschen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wünschen, sie würden sich ähnlich zukunftsfähig ausrichten und weitergehende Zukunftsentscheidungen treffen.

Aber mit dieser Entscheidung alleine geht noch nicht ein weiteres Kohle- oder Atomkraftwerk schneller oder früher vom Netz. Es werden auch keine Arbeitsplätze damit reduziert, das haben wir eben in der Diskussion schon gehört.

Eine Besorgnis bleibt trotzdem bestehen. Die Frage ist: Stiehlt sich eventuell ein Unternehmen aus der Verantwortung, die es hat, weil Jahrzehnte lang mit Kohle und Atom viel Geld verdient wurde, aber nun beim drohenden Ende unabsehbare Kosten anfallen? Denn mit Kohle und Atom wurden Milliarden in den letzten Jahrzehnten verdient, und zwar auf unserer aller Kosten. Das darf nicht noch weiter ausgeweitet werden.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Ich bin erfreut, dass wir mit dieser Besorgnis nicht alleine sind und diese von CDU und den Piraten geteilt werden. Die Sorgen der FDP sind hier an dieser Stelle jenseits von Gut und Böse.

Sehr geehrte Damen und Herren, einzelne Aspekte der Entscheidung von E.ON sind in ihren Auswirkungen noch nicht klar und auch nicht die Frage, wie den Befürchtungen politisch zu begegnen ist. Das werden die nächsten Jahre erst zeigen.

Ich wünsche E.ON viel Erfolg mit dieser Entscheidung. Ich wünsche der neuen Gesellschaft viel Erfolg beim Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Ich finde, dass E.ON der Großen Koalition zeigt, wo die Zukunft liegt, wo Wachstum notwendig ist und passiert: in der Digitalisierung der Energiewirtschaft, bei den intelligenten Netzen und Lösungen und bei den erneuerbaren Energien.

Es wäre endlich an der Zeit, dass auch die Große Koalition die Kurve kriegt. Denn der Stillstand, den wir aktuell erleben, kostet uns alle Innovationskraft und Arbeitsplätze in Deutschland und Nordrhein-Westfalen und damit muss Schluss sein. Wir brauchen endlich eine echte Energiewende, die angegangen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus meiner Sicht ist es zu begrüßen, wenn sich der größte deutsche Energiekonzern den Herausforderungen der Energiewende offensiv stellt. Damit bringt nämlich E.ON zum Ausdruck, dass es keine Alternative zur Energiewende gibt. Ich finde, das ist das richtige Signal. Viel zu lange haben sich die sogenannte Big Four gegen den Atomausstieg, gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien, gegen die Energiewende an sich gewehrt. Deswegen halte ich die Entscheidung, die jetzt getroffen wurde, für ein richtiges Signal, meine Damen und Herren.

Viele Kommentatoren haben den Schritt von E.ON aber auch als Signal verstanden, dass der Markt kaum noch tragfähige Geschäftsmodelle für die konventionelle Energieerzeugung bietet. Dabei ist klar, die konventionelle Energieerzeugung benötigen wir noch für lange Zeit, um die fluktuierende Stromerzeugung aus den Erneuerbaren zu ergänzen. Ohne ausreichende Backup-Leistung wird sich die Versorgungssicherheit in Deutschland verschlechtern.

Mit ca. zwölf Minuten Stromunterbrechungen im Jahr liegen wir auch im europäischen Vergleich vorne. Wenn wir dieses hohe Niveau an Versorgungssicherheit nicht mehr garantieren könnten, wäre das für die hier ansässigen Unternehmen ein erheblicher Nachteil im globalen Wettbewerb, und dadurch würden Arbeitsplätze gefährdet.

Neben der Versorgungssicherheit geht es um die Bezahlbarkeit von Strom. Dies ist genauso im Interesse der Industrie wie der Bürgerinnen und Bürger. Glücklicherweise haben wir aber in Deutschland noch einen breiten Mix, sodass wir nicht nur auf teure Energie angewiesen sind.

Drittens geht es um den Klimaschutz. Um die Klimaschutzziele zu erreichen – das hat die Bundesregierung am Mittwoch noch einmal beschlossen –, müssen auch Neuinvestitionen in noch effizientere Kraftwerke ermöglicht werden, damit wir nach und nach die sogenannten alten Schätzchen vom Netz nehmen, und das Schritt für Schritt und nicht alle auf einmal.

Lieber Herr Schmalenbach, mit dieser Landesregierung – noch einmal klipp und klar – wird es ein Kohleausstiegsgesetz, wie von Ihnen gefordert, nicht geben.

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD])

Natürlich werden wir sehr genau beobachten, welche Auswirkungen die Teilung von E.ON haben wird.

Dabei sind für uns der Erhalt der Arbeitsplätze und die Sicherstellung der finanziellen Erfordernisse des Atomausstiegs von besonderer Bedeutung. Auch das sage ich noch einmal in aller Klarheit: Diese Lasten sind von den Unternehmen zu tragen – und nicht vom Steuerzahler.

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD])

Deswegen sind dafür auch die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Die Verantwortung für unternehmerische Entscheidungen liegt aber eben bei den Unternehmen selbst. Die Aufgabe der Politik ist es andererseits, dafür einen Rahmen zu schaffen. Dazu bedarf es klarer Vorgaben insbesondere auch aus Berlin. Ohne diese Vorgaben werden die notwendigen Ersatz- und Neuinvestitionen nur geschoben. Es ist dringend notwendig, wieder Planungs- und Investitionssicherheit herzustellen. Der Prozess, der durch das Grünbuch und die darauffolgenden Schritte angeschoben wurde, ist auf dem Weg.

Die Landesregierung hat sich in der Vergangenheit immer mit Erfolg für den Industrie- und Energiestandort Nordrhein-Westfalen eingesetzt, und sie wird dies auch in Zukunft tun. Die Landesregierung, Herr Kufen, ist in der Tat Schrittmacher und treibt die Energiewende weiter voran. Dabei hat die Wettbewerbsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen für uns Priorität. Das energiepolitische Dreieck „sicher, sauber und bezahlbar“ ist für uns nicht verhandelbar. Ich gehe davon aus, dass sich auch die beiden künftigen Unternehmen der bisherigen E.ON an diesem Dreieck orientieren werden.

In der Tat, wir sind der Schrittmacher aus Nordrhein-Westfalen heraus. Ohne uns hätte es im Ergebnis und unterm Strich keine kluge EEG-Reform gegeben. Ohne uns gäbe es nicht diesen Diskussionsprozess zum neuen Marktdesign, das jetzt mit dem Grünbuch begonnen wurde und in dieser Wahlperiode abgeschlossen sein wird. Ohne uns gäbe es nicht die Investitionen in Forschung und Entwicklung für die Speichertechnologie und die von Frau Brems angesprochene Digitalisierung. Ohne uns gäbe es im nächsten Jahr kein neues KWK-Gesetz, um Planungs- und Investitionssicherheit sicherzustellen. Und ohne uns gäbe es eben auch nicht einen Klimaplan, der eine ausgewogene Belastung für die Sektoren hergestellt hat.

Deshalb, meine Damen und Herren, setzen wir auf Vernunft statt auf Ideologie. Davon ist die Opposition in weiten Teilen noch entfernt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Fehring das Wort.

Hubertus Fehring (CDU): Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Duin, wir wollen Ihnen gerne bei der Erneuerung des Kraftwerksparks helfen. Auf der anderen Seite wollen wir mit Ihnen dann aber auch gemeinsam dafür kämpfen, dass wir bei den Erneuerbaren endlich vorankommen. Wenn sich E.ON heute nun auch damit beschäftigt, finde ich das natürlich toll. Deshalb möchte ich mich mit dem Thema verstärkt beschäftigen.

Im Sommer 2010 habe ich erstmals an einer überregionalen Veranstaltung zum Thema „Erneuerbare Energien“ im Ruhrgebiet teilgenommen. Ich erinnere mich gut an die Euphorie der anwesenden Verbandsvertreter aus dem Bereich der Erneuerbaren sowie der Kolleginnen und Kollegen aus dem Regierungslager. Nach den angeblichen Jahren des Stillstands in NRW in Bezug auf die Windenergieanlagen sollte nun durchgestartet werden. Aus persönlichem Erleben weiß ich, dass vor allem Projektierer zurück nach NRW drängten, um am erwarteten Windkraftboom teilzuhaben. Die Erwartungen der Getriebebauer und Zulieferer in Nordrhein-Westfalen waren hoch.

Inzwischen sind vier weitere Jahre ins Land gegangen, und mit den Jahren ist eine große Ernüchterung eingetreten. Ein Windkrafterlass vom 11. 7. 2011, der verschiedene Szenarien mit unterschiedlicher Flächenbeanspruchung und entsprechendem Windkraftausbau vorsah, liegt vor, ebenso ein Leitfaden für Windenergieanlagen im Wald. Im künftigen LEP und in Ihrem Klimaschutzplan, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, werden die Ausbauziele nochmals auf dem neuesten Stand dargestellt. Wie aber sieht unsere nordrhein-westfälische Wirklichkeit aus? Wie viele Windenergieanlagen sind 2013 neu errichtet worden?

Das DIW hat zum vierten Mal einen Bundesländervergleich im Bereich der erneuerbaren Energien durchgeführt. Ich zitiere:

> „In der Gesamtbewertung führen Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist in Bayern am weitesten fortgeschritten, obwohl dort die Möglichkeiten der Windenergie bisher nur relativ wenig genutzt werden. Baden-Württemberg zeichnet sich durch vorbildliche energiepolitische Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien aus. Mecklenburg-Vorpommern ist beim technologischen und wirtschaftlichen Strukturwandel am erfolgreichsten.“

Warum liegt unser Bundesland so weit zurück? In der Tabelle bezüglich der Nutzung der Erfolge bei der Nutzung der erneuerbaren Energien liegt NRW auf Platz 14. Bei den Erfolgen beim technologischen und wirtschaftlichen Wandel ist Nordrhein-Westfalen mit Platz 16 das Schlusslicht. In der Gesamtbewertung erreicht Nordrhein-Westfalen den Platz 8 und Bayern Platz 1.

Sie, das Regierungslager, werden uns gleich erklären, weshalb der Ausbau nach 2010 nur schleppend vorankam, und auf die Erfolge bis 2005 verweisen. Zugegeben: Unsere Haltung hat den Ausbau damals nicht beflügelt. Ich darf heute aber feststellen, dass wir unsere Lernkurve erfolgreich absolviert haben.

Wenn wir heute die fehlende Marktdynamik bei den Erneuerbaren in NRW beklagen, stoßen wir unweigerlich auf die harte Haltung der Umwelt- und Artenschützer. Frau Brems, hier müssen wir beide noch gemeinsam sehr viel Aufklärung betreiben. Hier, Herr Minister Remmel, sitzen die Bremser. Ich weiß Ihren persönlichen Einsatz für die Erneuerbaren zu schätzen, kann Ihnen aber nicht den Vorwurf ersparen, insbesondere die überzogenen Forderungen der Artenschützer nicht energisch genug zurückzuweisen. Sie haben die Wahl zwischen mehr kohlendioxydfreier bzw. -armer Energieproduktion

und dem überhöhten Artenschutz. Unter Zugrundelegung Ihres Ziels, bis 2020 den Windenergieanteil in Nordrhein-Westfalen auf 15 % zu steigern, müsste Ihr Einsatz klar pro Energie ausfallen. Das würde nebenbei dem Industriestandort NRW guttun.

In diesem Zusammenhang fordere ich den Klimaschutz- und den Verkehrsminister auf, sich tatkräftig gegen die überbordende Bürokratie seitens der Deutschen Flugsicherung einzusetzen, wenn es um die Neuerrichtung oder das Repowering geht. Sicherheit ja, aber keine Behördenwillkür!

Wir wissen, dass ca. 3.000 MW Leistung im Bereich der Windenergie nicht zum Ausbau kommen, weil die Deutsche Flugsicherung die Sache blockiert und – ich sprach von Behördenwillkür – sich so verhält, dass sie noch nicht einmal mit den Betroffenen sprechen will. Bei denen einen Termin zu bekommen, ist wahrscheinlich schwieriger als beim Papst.

In der DIW-Studie wird neben der Wärmeerzeugung natürlich auch der Verkehrsbereich berücksichtigt. Die NRW-Erfolge in der Wärmeerzeugung aus Erneuerbaren möchte ich nicht verschweigen, wenngleich der prozentuale Anteil wegen unserer großstädtischen Struktur gering ist. Leider hat Nordrhein-Westfalen im Bundesrat die steuerlichen Anreize zur Wärmedämmung bei Gebäuden abgelehnt – eine verpasste Chance für mehr Energieeffizienz.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, die DIW-Studie sollten Sie als Warnschuss sehen, damit unser Bundesland nicht weiter abfällt. NRW kann mehr. Lockern Sie Ihre selbstgebauten Bremsen beim Ausbau der Erneuerbaren! Geben Sie den Bürgern endlich das Gefühl und die Sicherheit, dass sie als Menschen nicht hinter den Belangen der Natur- und Artenschützer zurückstehen müssen! So erreichen wir die erforderliche Akzeptanz und damit den notwendigen Zubau. So schneiden wir bei der nächsten Studie besser ab, und, was natürlich das Wichtigste ist, so bekommt NRW mehr wirtschaftliche Dynamik und die E.ON-Beschäftigten zukünftig eine weitere Perspektive.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Fehring. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt wurde einiges über E.ON und die verkündete Strategieänderung geredet. An der einen oder anderen Stelle habe ich mich ein bisschen an dieses Bild erinnert gefühlt: wenn Blinde von der Farbe reden. Nicht einmal das Unternehmen kann ja mit Sicherheit sagen, ob die Entscheidung richtig war. Es geht unter den gegebenen Umständen aktuell davon aus. Aber es ist schon spannend, wenn die Politik hier oben vom Podium aus der Meinung ist, das schon besser und bis ins letzte Detail bewerten zu können, als das am Ende die Leute im Unternehmen machen, die übrigens auch dafür bezahlt werden, sich ganz gut Gedanken über das Geld der Eigentümer zu machen.

Die Vergleiche zu RWE – auch das ist eben schon angesprochen worden – hinken sehr auffällig. Beide Unternehmen sind doch nicht an dieser Stelle vergleichbar. RWE als Tagebaubetreiber ist zum Beispiel schon einmal angesprochen worden.

Ich persönlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss auch immer ein bisschen schmunzeln, wenn von der politischen Seite auf RWE draufgehauen wird. Wenn ich mir das Unternehmen anschaue, dann gibt es – ich sage es einmal vorsichtig – doch die eine oder andere Verästelung von Politik, von Kommunalpolitik in Beiräten, in Aufsichtsräten, in sonstigen Gremien in diesem Gesamtkonzern. Es gäbe also doch den einen oder anderen Hebel, an dem die Politik schon seit langer, langer Zeit auch bei diesem Unternehmen hätte ansetzen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir kennen einige der Unternehmenskennzahlen, wie sie eben bei der E.ON-Pressekonferenz genannt wurden. Es geht höchstwahrscheinlich um eine Aufteilung in die beiden Gesellschaften – zwei Drittel/ein Drittel. Das gilt sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das gilt aber auch für die Umsatzzahlen, zuletzt insgesamt etwa 120 Milliarden €.

Unterm Strich kann man also doch davon ausgehen, dass da keine Kleinstunternehmen entstehen, sondern dass das weiterhin zwei große Tanker sind. Man kann davon ausgehen, dass diese beiden Gesellschaften lebensfähig sind und eine Chance haben, sich zu behaupten. Die Details kommen sowieso erst in den kommenden ein bis zwei Jahren. Also: grundsätzlich überlebensfähige Unternehmen!

Darum, so glaube ich, ist es an dieser Stelle auch verfrüht, Panik in Bezug auf die Rückstellung im Atombereich zu machen. Ich finde es auch nicht richtig, das politisch jetzt noch einmal für einen Kreuzzug gegen die Kernenergie zu instrumentalisieren.

Fakt ist, die Unternehmen haben mit der konventionellen Energie gutes Geld verdient. Das ist auch völlig in Ordnung so, das sollten Sie ja auch. Fakt ist eben auch, dass die entsprechenden Rückstellungen dann für den Rückbau gut genutzt werden müssen.

Wenn unabhängige Wirtschaftsprüfer aktuell sagen „das, was wir jetzt haben, reicht aus“, dann ist es meiner Meinung nach an dieser Stelle vermessen, vom Podium aus hier zu beurteilen, dass das nicht ausreiche, dass das zu viel, dass das zu wenig sei, ohne sich die Zahlen genauso angeschaut zu haben, wie das bei den Unternehmensprüfern der Fall war.

(Beifall von der FDP)

Kollege Schmalenbach hat eben, ich glaube, es war im Zusammenhang mit der Frage „Sollten die Steuerzahler beim Kernenergierückbau doch in Haftung genommen werden?“ gesagt, dann wäre die teure Energiewende geboren. So ähnlich, Herr Kollege, hatten Sie das eben formuliert. Auch da musste ich schmunzeln. Bei knapp über 20 Milliarden € EEG-Umlage, die dieses Land insgesamt aufbringt, die ansonsten nicht zur Verfügung stehen für Investitionen, für den privaten Konsum, zu sagen, dass die teure Energiewende noch geboren werden könnte: Na, ich weiß nicht, ob wir da in den gleichen Maßstäben denken, was teuer und was günstig ist.

(Beifall von der FDP)

Frau Kollegin Brems, Sie haben eben gesagt, die Grünen glaubten an neue Technologien. Schon wieder ein Grund zum Schmunzeln heute Morgen. Da habe ich mich direkt wieder erinnert gefühlt an Ihren Parteifreund Fritz Kuhn, der damals unter anderem vor der Einführung der ISDN-Technologien vor dem Teletext wegen nicht absehbarer technischer Schwierigkeiten gewarnt hat.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Da waren Sie noch gar nicht geboren! Noch länger ausgraben!)

– Gut, aber Herr Kollege Mostofizadeh, ich würde für mich auch in Anspruch nehmen, dass ich nicht nur über das reden darf, was ich selber persönlich miterlebt habe. Wenn es darum ginge, dürften Sie hier vorne übrigens gar nicht mehr reden.

(Beifall von der FDP)

Frau Kollegin Brems, Sie haben gesagt, manche Kraftwerksbetreiber im konventionellen Bereich würden sagen, man käme niemals ohne konventionelle Energie aus, und haben das kritisiert. Ich glaube, das haben sie zu Recht kritisiert, weil ich auch finde, mit der pessimistischen Haltung in Bezug auf technologische Entwicklungen hat man noch nie Recht behalten. Vor 100 Jahren – auch da, Herr Mostofizadeh, war ich noch nicht geboren – waren Zukunftsforscher der Meinung, das größte Problem der Großstädte in der heutigen Zeit würde sein, wie man den ganzen Pferdemist aufgrund der vielen Fuhrwerke aus der Innenstadt nach draußen bringen könnte. Auch da haben wir eine Weiterentwicklung gesehen.

Also: Sag niemals nie, auch an dieser Stelle!

Ich komme zurück zu Herrn Kollegen Schmalenbach, …

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Henning Höne (FDP): … an dieser Stelle noch einmal das Thema Kohleausstiegsgesetz auszupacken: Dann haben wir wirklich die Geburt der ganz teuren Energiewende, wenn wir auf diesen Vorschlag zurückkommen. Das ist abzulehnen. Ich rate zu mehr Gelassenheit bei der Neuaufstellung von E.ON und zu einem guten Aufpassen in Bezug auf die Rückstellungen im Atomenergiebereich. Ich glaube, dass wir dann weiter auf einem guten Weg sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Jetzt spricht der Herr Kollege Schulz für die Piratenfraktion.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und zu Hause! Fast hätte ich gesagt: Willkommen bei der Hauptversammlung der Aktionäre von E.ON!

Ich danke für die Bewerbungsreden bzw. Vorstellungsreden hier am Podium in Bezug auf Führungspositionen bei RWE und E.ON.

Eines ist offensichtlich verkannt worden: Wir sind nicht auf einer Hauptversammlung, sondern machen hier Politik oder wollen das zumindest tun.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Mit Ihrer Rede kann man sich nirgendwo bewerben, Herr Kollege!)

Der Umbau von E.ON ist hier nicht das einzige Thema. In diesem Haus sind sich viele oder sogar alle wohl darüber einig, dass die Energiewende in irgendeiner Form nun einmal umgesetzt werden muss. Wenn ein Konzern wie E.ON inzwischen – vielleicht ein bisschen spät – erkannt hat, dass da dringend etwas getan werden muss, ist das zunächst einmal begrüßenswert.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Erinnern wir uns aber bitte an den März dieses Jahres. Damals haben die großen Energieversorger, insbesondere RWE und E.ON als Vorreiter, gesagt: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Rückstellungen für den Rückbau der Atomanlagen sowie die Verwertung und die Lagerung von Rückständen aus der Atomenergiegewinnung nach Möglichkeit sichergestellt werden. – Herr Teyssen, der Vorstandsvorsitzende von E.ON, hat sich hingestellt und erklärt: Die Hütte brennt. Wir brauchen eine Stiftung dafür.

Die Politik hat darauf geantwortet: Nein, Leute, das machen wir nicht mit; sorgt ihr einfach dafür, dass ihr eure Rückstellungen sauber haltet; sorgt ihr dafür, dass genau die Kosten, die mit dem Rückbau der Atomanlagen verbunden sind, also die Kosten, die auch als Ewigkeitskosten bekannt sind, getragen werden können. – Die Politik ist sich darüber einig, dass diese Kosten und Lasten von denjenigen

getragen werden müssen, die sie produziert haben, nämlich den Konzernen wie E.ON und RWE.

Bärbel Höhn hat zu Recht die Befürchtung geäußert, dass hier eine Art Bad Bank geschaffen werden soll. Das ist auch Fakt. Man will eine neue Aktiengesellschaft gründen, in die alle diese schmutzigen Geschäfte hineingezogen werden sollen – schmutzig im Sinne von Belastungen der Umwelt sowie Belastungen der Menschen in diesem Land und auf dem ganzen Kontinent –, und auch die Frage der Rückstellungen insofern geklärt wissen will, als dass die Rückstellungen ebenfalls in diese neu zu gründende Aktiengesellschaft überführt werden. Das reicht nicht aus.

Auch das Credo von Wirtschaftsprüfern, die behaupten, die Rückstellungen seien ausreichend, macht es nicht besser. Wir haben in diesem Jahr hier schon mehrfach darüber debattiert, ob die Rückstellungen tatsächlich ausreichen. Wie wir alle wissen, sind sich viele Gutachter noch überhaupt nicht darüber klar geworden, ob die derzeit kalkulierten Rückstellungen jemals ausreichen werden. Sie betragen round about 47 Milliarden €. Ob dieser Betrag jemals ausreicht, wissen wir also nicht.

Wenn wir es jetzt zulassen, dass ein Konzern wie E.ON eine Aktiengesellschaft gründet – E.ON sagt: es ist alles gut, weil wir diese neue Aktiengesellschaft gründen –, heißt das nichts anderes, als dass tatsächlich eine Haftungsverlagerung in diese neue Aktiengesellschaft stattfindet – eine Aktiengesellschaft, die von heute auf morgen, wenn es denn sein muss, pleitegehen kann. Dafür werden nicht zuletzt die Berater von E.ON sorgen – und das sind Heerscharen, meine Damen und Herren.

Bleiben wir also dabei: Es bedarf hier der weiteren Aufmerksamkeit und der Diskussion über die Fragen der Vergesellschaftung der Folgelasten und Ewigkeitskosten aus der Energiegewinnung der vergangenen Jahrzehnte, an der selbstverständlich die Politik durch Fördermaßnahmen und dergleichen mehr beteiligt war.

Bleiben wir aber auch dabei, dass die Konzerne wie E.ON und RWE daraus unglaublich hohe Gewinne erwirtschaftet haben – nicht zuletzt durch die Förderung, die sie seitens der Politik bzw. der Gesellschaft erhalten haben.

Bleiben wir also bitte dabei, dass der Umbau von E.ON immer mit dem besonderen Augenmerk darauf begleitet werden muss, dass es eben nicht zu einer Vergesellschaftung der Folgelasten und Ewigkeitskosten aus der Atomenergie kommt.

(Beifall von den PIRATEN)

Bleiben wir dabei, dass selbstverständlich die Schulden bei E.ON bleiben müssen. Auch das Haftungsrisiko muss bei E.ON bleiben und darf nicht in die neu zu gründende Aktiengesellschaft ausgelagert werden.

Legen wir bitte weiterhin das Augenmerk auf genau diesen Punkt, und wenden wir uns davon ab, alles zu begrüßen, was die Konzerne jetzt tun, und das nur damit zu rechtfertigen, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben. Wie wir gerade von Herrn Kollegen Schmeltzer gehört haben, ist die Beschäftigungsgarantie auch nur zeitlich begrenzt. Danach müssen wir einmal weitersehen. Wenn die neue Aktiengesellschaft nämlich plattgemacht wird, gehen auch die Arbeitsplätze unter. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Brockes, ich bitte um Entschuldigung dafür, dass ich Sie eben als Jammerlappen bezeichnet habe. Das tut mir leid. Sie sind natürlich keiner. Sie sind nur so aufgetreten wie einer.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN – Unruhe von der CDU – Zurufe von der FDP)

Deshalb hatte ich diese spontane Assoziation. Da diese Tonlage dann auch von dem Kollegen Höne weitergeführt worden ist, scheint das doch ein Indiz für Ihre Grundhaltung zu sein.

(Fortgesetzt Zurufe von der FDP)

Diese Grundhaltung hat mich etwas verwundert. Eine Partei bzw. eine Fraktion, die ansonsten dafür eintritt, das freie Unternehmertum zu begünstigen, und die mutige unternehmerische Entscheidungen fordert, tritt jetzt auf und wiegt den Kopf hin und her.

Da kann ich nur sagen: Sie sind aus der Zeit gefallen, lieber Herr Brockes, lieber Herr Höne. Sie haben den Knall nicht gehört!

(Beifall von den PIRATEN und Matthi Bolte [GRÜNE])

Sie tun so, als wären wir in den Zeiten der 60er- und 70er-Jahre, als es noch die Staatswirtschaft gab, nämlich massive Unterstützung für Kohle und Atom. Diese Zeiten sind vorbei.

(Zurufe von Dietmar Brockes [FDP] und Henning Höne [FDP])

Dieses Unternehmen hat sich mutig entschieden; es hat freies Unternehmertum gut nach vorne ausgelebt. Das muss man an dieser Stelle begrüßen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Herr Kufen, ich habe nicht so richtig verstanden, was Sie heute mit Ihrer Rede in der Aktuellen Stunde ausdrücken wollten. Wo ist die Botschaft nach

vorne? Ehrlich gesagt, hätte ich erwartet, dass Sie, ähnlich wie ein japanischer Politiker, der Fehler gemacht hat, hier vors Auditorium getreten wären und sich für das, was Sie in den letzten zehn bis 15 Jahren alles veranstaltet haben, drei Mal verneigt hätten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Wer hat denn über zehn Jahre lang den großen Konzernen die Signale gegeben, dass das Geschäftsmodell so weitergehen kann? Wer war das denn? Wer hat denn politisch dafür geworben und es letztlich umgesetzt, dass der Atomausstieg rückgängig gemacht wird? – Das war doch die CDU.

Ihre Bundeskanzlerin und auch Sie selber haben dafür gestritten, dass das Rad im Herbst 2010 komplett zurückgedreht wurde. Darauf konnten sich die Unternehmen zehn Jahre lang kaprizieren, und sie haben ihr Geschäftsmodell eben nicht verändert, was sie längst hätten tun sollen.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Insofern ist es eine richtige Entscheidung, die schon viel früher hätte fallen können und müssen; denn die zentrale Frage, dass wir mit neuen Energien nicht ein altes System betreiben können, steht im Mittelpunkt der unternehmerischen Entscheidung.

Ich darf aus der Pressekonferenz, die E.ON gegeben hat, zitieren. Johannes Teyssen hat sich dort geäußert, indem er die neue Energiewelt beschreibt und explizit davon spricht, dass sich nun von allen Seiten die Erneuerbaren entwickelt hätten. Jetzt flössen in keine andere Energieart so viele Investitionen. Die Kosten für Onshore-Wind seien unter die Kosten für konventionelle Stromerzeugung gesunken. Der Fotovoltaik-Eigenverbrauch erlaube Kunden, unabhängiger zu werden. Kunden wollten saubere Energie. Der Trend zur Vernetzung von allem und jedem ginge auch am Energiesektor nicht vorbei. Die Rolle der Verteilnetze ändere sich, sie würden intelligenter. Energiedrehscheiben seien zukünftig von zentraler Bedeutung usw.

Da spricht ein Interessenvertreter des neuen Systems, und es ist zu begrüßen, dass jetzt eine solche Interessenlage am Markt aktiv ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Erfahrung aus den letzten Jahren ist doch: Wir haben Interessenvertreter für zentrale Produktionsstätten, für fossile Kraftwerke und für neue Kraftwerke. Aber es fehlen – auch in der politischen Agenda – Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter für das erneuerbare System, für intelligente Netze, für Speicher, für alles, was zum Equipment gehört. Dass hier ein großer Player entsteht, der genau das zu seinem Geschäftsmodell macht, ist doch ausgesprochen zu begrüßen. Da entsteht auch eine Marktmacht, die die Entwicklung in das neue System befördert.

Ich denke, in der Strukturierung des Marktes wird es ähnlich sein wie im Bankenbereich. Wir haben große Banken mit weltweitem Ausgriff. Ich glaube, das neue Unternehmen E.ON wird das auch weiterhin sein. Mit 40.000 Beschäftigten ist es ein bedeutender Player. Wir haben die Stadtwerke, ähnlich wie die Sparkassen, die die lokalen und regionalen Netze betreiben. Und wir haben die Genossenschaften und die Bürgerinnen und Bürger.

Das beschreibt dieses System, das an Dezentralität orientiert ist. Unsere Aufgabe ist es, das Ganze politisch zu flankieren, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Deshalb brauchen wir die Debatte über ein neues Energie- und Strommarktdesign, um diese Strukturen zu fördern und zu unterstützen. Deshalb brauchen wir als nächsten Schritt auf Bundesebene ein Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz, um die Zwischenstrukturen im System entsprechend zu beschreiben.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch ein, zwei Worte zu der DIW-Studie und dem, was Sie hier vorgetragen haben; Herr Fehring war ja erfrischend differenziert. Ich will es in einem Bild beschreiben – im Übrigen sind das Zahlen von 2012, sie beschreiben nicht die Wirklichkeit von 2014 –:

(Zuruf von Thomas Kufen [CDU])

Beschäftigen Sie sich mit den absoluten Zahlen. 2010 hatten wir gut 10 TW Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Wir haben heute 15 TW, also eine Steigerung um 50 %. Eine solche Steigerung ist in keinem anderen Bundesland vonstattengegangen. Das zeigt die Dynamik. Wir haben zu wenig und brauchen mehr, gar keine Frage. Aber – um im Bild zu bleiben –: Wenn an anderer Stelle Zwerge entstehen und in Nordrhein-Westfalen sozusagen der Riese ein Kind gebiert, dann kann man das nicht miteinander vergleichen. Hier werden absolute Zahlen mit Prozentzahlen und Rankings in Verbindung gebracht.

Ich mache es an einem anderen Beispiel deutlich: Wir haben in dem Bereich weit mehr Patentanmeldungen als alle anderen Bundesländer. Wir haben hier weit mehr wissenschaftliche Einrichtungen und Studiengänge. Wenn man das ins Verhältnis zu unserem sonstigen wirtschaftlichen Equipment setzt, dann erscheint das natürlich als relativ klein. In der Tat ist es aber ein wachsender Riese. Dieser Entwicklung gilt unsere Unterstützung. Wir würden uns wünschen, Sie würden dem beitreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, wir brauchen mehr Tempo. Wir brauchen mehr Ausbau, vor allem von Erzeugungskapazitäten, aber eben auch bei dem, was dazwischen entsteht: in der europäischen Vernetzung, beim Ausbau von Grenzkuppelstellen, im Wirken von Verteilnetzen, die nicht mehr darauf ausgelegt sind, von einer Zentrale aus in Richtung Verbraucherinnen und

Verbrauchern zu wirken, sondern dezentral in beide Richtungen funktionieren müssen.

Das ist die neue Gestaltungs- und Marktaufgabe. Dass sich ein Unternehmen genau dahin orientiert – jenseits der Fragen, die in Bezug auf die Rückstellungen für den Atomausstieg zu betrachten sind –, ist zu begrüßen. Im Übrigen haben die Landesregierung und alle anderen Bundesländer die Bundesregierung im Bundesrat aufgefordert, die entsprechende Sicherung tatsächlich zu beschreiben. Ich gehe davon aus, dass die Bundesregierung in Kürze berichten wird, wie sie die Anforderung umzusetzen gedenkt, dass die Lasten eben nicht bei der öffentlichen Hand und bei den Bürgerinnen und Bürgern verbleiben. Da bin ich guter Hoffnung. – Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um eine Minute und sechs Sekunden überschritten. – Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Kufen das Wort.

Thomas Kufen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Remmel, dass Sie noch nicht einmal eine ordentliche Entschuldigung an Herrn Brockes hinbekommen, das nenne ich jämmerlich; das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hätten Sie einfach mal zur Kenntnis genommen, was Ihnen die Präsidentin hinter den Spiegel gesteckt hat, das wäre allemal besser gewesen. – Das ist das Erste.

Das Zweite, Herr Minister Remmel: Können Sie sich nicht wenigstens annähernd vorstellen – Sie haben von den 40.000 Arbeitsplätzen gesprochen –, was aktuell bei 40.000 Familien in Deutschland los ist, die sich überlegen: Wo sind wir eigentlich im nächsten Jahr? Was heißt das für meinen Arbeitsplatz?

(Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE])

Diese Familien erleben hier einen breitbeinig auftretenden Umweltminister, der null zu diesen Arbeitsplätzen sagt. Das finde ich schäbig, das muss ich ganz ehrlich sagen – schäbig, schäbig, schäbig.

(Beifall von der CDU und der FDP – Minister Johannes Remmel: Das ist eine Unverschämtheit! Die wirtschaftliche Zukunft ist das! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Dann haben Sie nach unserer Antwort gefragt. Die ist ganz klar:

Wenn wir die Energiewende so gestalten, dass sie die Wirtschaft abwürgt, werden wir keinen Erfolg haben. Deshalb brauchen wir die Energiewirtschaft dergestalt angelegt, dass sie auch Raum zur Gestaltung für Investition und Innovation lässt.

Ich will Ihnen sechs Punkte nennen, die mir wichtig sind.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Sechs Stück!)

Erstens. Wir brauchen eine ganzheitliche Betrachtung des Energiemarkts im europäischen Kontext. Für die Industrie ist die Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt entscheidend. Deshalb sind Insellösungen so, wie Sie sie immer favorisieren, der falsche Weg.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist der einzige Unterschied zwischen Ihnen und mir. Ihre Insellösungen haben erstens klimapolitisch einen Wert von null, zweitens gefährden sie Arbeitsplätze. Das ist die Wahrheit. Deshalb unterscheidet das uns beide.

Zweitens. Wenn wir industrielle Arbeitsplätze halten wollen, müssen wir auch den Strom sicher, sauber und bezahlbar halten. Diese Austarierung ist eine Aufgabe gerade für Nordrhein-Westfalen, gerade auch für einen NRW-Umweltminister.

Drittens. Wir brauchen weiter zeitnahe und umfassende Markt- und Systemintegration der Erneuerbaren in den Energiemarkt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann helfen Sie doch mal!)

Viertens. Wir brauchen einen Strommarkt nach dem Grundsatz: So viel Markt wie möglich und nur so viele Eingriffe wie nötig. Darum geht es.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ihr regiert seit 2005!)

Deshalb brauchen wir einen dezentralen Leistungsmarkt mit guten Ansätzen, die wir jetzt diskutieren und in der Großen Koalition auf den Weg bringen wollen.

Fünftens – das unterscheidet uns eben auch –: Wir brauchen keine technologische Diskriminierung zugunsten bestimmter Energiearten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Technologieoffenheit ist wichtig. Nur so erhalten wir auch die Versorgungssicherheit.

Sechstens. Wir brauchen einen Netzausbau – Klammer auf: auch in Bayern; Klammer zu –, nämlich in ganz Deutschland und in Europa, um das Ganze in einer einheitlichen Preiszone aufrechtzuerhalten. Die Verfügbarkeit gesicherter Leistungen – insbesondere bei den regionalen Ungleichgewichten – ist nur durch einen konsequenten Netzausbau darzustellen.

Das ist unser Programm, und das muss letztlich auch die Antwort sein. Ihr Beitrag war breitbeinig, aber nicht an der Sache orientiert. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Werte Kolleginnen und Kollegen! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, und ich **schließe** damit die **Aktuelle Stunde**.

Wir kommen zu:

2 Für fairen Wettbewerb, einen besseren Klimaschutz und wirksame Entwicklungshilfe – KfW-Kredite für Kraftwerksbauer müssen erhalten bleiben

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7395

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Frau von Boeselager das Wort.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig, dass wir in diesen Tagen so engagiert über den Kurs in der Energiepolitik diskutieren und auch streiten. Es ist gut, dass diese Auseinandersetzungen wirklich intensiv und offensiv geführt werden. Denn überall sind bessere Ergebnisse dringend notwendig.

Heute in einem Jahr, vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015, läuft in Paris der UN-Klimagipfel. Dann geht es um das Nachfolgeabkommen zu Kyoto, das in Lima gerade neu vorbereitet wird. Die Klimaziele sind eine existenzielle Pflicht für die 195 Staaten in der UN-Klimarahmenkonvention und nicht zuletzt auch für die großen Emittenten. Das Ausrufezeichen dahinter setzen die Prognosen des Weltklimarats, der vor einem Temperaturanstieg um mehr als vier Grad bis zum Jahr 2100 warnt. Wir alle lesen das auch oft in der Zeitung.

Wenn es keine wirksamen und gemeinsamen Gegenmaßnahmen gibt, wird es für uns alle erschreckend sein, was da auf uns zukommt. Es ist eine Herkulesaufgabe, die wir erfolgreich lösen müssen. Dazu sind vor allem ökologische und ökonomische Parameter notwendig. Das heißt, die wirtschaftliche Wohlfahrt muss entkoppelt werden, und wir müssen darauf hinwirken, dass es zu keiner weiteren Zunahme der Treibhausgase kommt. Dazu ist der Umstieg notwendig. Wie auch immer: Mit einem einfachen Ausstieg ist das natürlich nicht zu machen.

Momentan gibt es dazu eine breit angelegte Diskussion, ob die Ausfuhr von moderner Kraftwerkstechnologie über die Kreditvergabe einzustellen ist. Das wäre für uns aus momentaner Sicht kontraproduktiv. Warum ist das so? Ökologisch würde die Umsetzung bedeuten, dass effiziente Anlagen, wie wir sie derzeit hier mit guten Wirkungsgraden von deutlich über 40 % haben, aus dem Markt gedrängt werden. Der Schaden entspräche dann dem CO_2-Saldo zwischen moderner und konventioneller Kraftwerkstechnologie mit Margen von rund 20 %.

Sozioökonomisch sind die Pläne ebenso falsch. Denn betroffen wären auch bei uns viele Arbeitsplätze, die hinter dem fortschrittlichen Know-how stehen. Es ist substanziell, den CO_2-Ausstoß weiter zu reduzieren. Der Bundeswirtschaftsminister hat die grundsätzlichen Zusammenhänge – unser Antrag weist darauf hin – ebenso betont.

Mir ist bewusst, dass es dazu auch andere Einschätzungen gibt. Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit ist aber eine grundlegende Voraussetzung, um Armut zu bekämpfen. Sie ist die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg schlechthin. Ein methodischer Imperativ verfehlt die Lebenswirklichkeit in der globalen Welt, die über die einzelnen Regionen hinweg sehr unterschiedlich ist. Stichworte sind: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und die Tatsache, dass die Energieträger zunächst einmal gar nicht zur Diskussion stehen.

Ich gebe zu bedenken, dass fast ein Sechstel der Weltbevölkerung, vor allem im ländlichen Raum, unter Energiearmut leidet. 2,5 Milliarden Menschen sind auf feste Energieträger angewiesen. Viele Länder sind wesentlich vom Kohlestrom abhängig, zum Beispiel die Mongolei, Südafrika oder Indien. Diesen Ländern sind wir partnerschaftlich verbunden.

In Indien – Sie werden das mitverfolgen – gibt es eine Versorgungslücke für über 400 Millionen Menschen, die nicht nur unterhalb der Armutsgrenze leben, sondern die auch über keinen Strom verfügen. Da gehen sogar selbst in großen Zentren manchmal die Lichter aus.

Der Energieminister hat seine Position unmissverständlich ausgedrückt – ich zitiere –:

> „Indiens Zwang zur Entwicklung kann nicht auf dem Altar eines eventuellen Klimawandels in ferner Zukunft geopfert werden."

Man mag diesen engen Blickwinkel beklagen, aber das gehört zu den Richtwerten für eine erfolgreiche Umkehr in der Energiepolitik. 1,25 Milliarden Menschen in Indien werden sich die Energiewende nicht vorschreiben lassen. Sie wollen, dass Indiens Wirtschaft wächst, und sie wird auch wachsen. Aufgrund der Verfügbarkeit wird sich der Energiesprung an vielen Orten durch fossile Energieträger vollziehen.

Wir werden alle dazu beitragen müssen, dass auch in diesen Ländern zukünftig die Energieerzeugung an vielen Orten überhaupt erst möglich wird und viele Bevölkerungsgruppen Zugang zur Energie haben. Dafür verfügen wir über die passende Techno-

logie. Wir müssen sie nutzen, um diesen Menschen langfristig zu helfen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin von Boeselager. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Thiel.

Rainer Christian Thiel[*)] (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! In Lima kommen gerade die Vertreter der Regierungen der Welt zusammen, um Maßnahmen zu beraten, die helfen sollen, die Erderwärmung auf 2 °C zu begrenzen. Auf der langen Agenda der weltweiten Klimaschutzpolitik steht auch das Thema „Exportkredite für Kohlekraftwerke“, somit auch die Frage nach KfW-Krediten für Kraftwerksbauer.

Die hiesige CDU zeigt sich in ihrem Antrag durch Äußerungen von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks von der SPD alarmiert – Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis –:

> „In der klima- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit werden wir keine Finanzierung für Neubauten mehr zur Verfügung stellen.“

So äußerte sich auch Bundesentwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller beim UN-Klimaschutzgipfel in New York im September dieses Jahres. Er gehört der CSU an, einer Partei, mit der die hiesige CDU durchaus ihre Probleme bei der Durchsetzung von Interessen hat, wie allgemein bekannt ist.

Ihre Bedenken und Forderungen tragen Sie nun hier im Landtag von NRW vor. Sie werden sie sicherlich auch Ihren CDU-Ministern in Berlin und im Kanzleramt vortragen. Ich sage Ihnen: Trauen Sie sich ruhig, und sagen Sie es auch Herrn Müller von der CSU. Derzeit befassen sich fünf Ministerien in Berlin mit diesem Thema und erarbeiten eine Kabinettsvorlage.

Warum das Ganze? – Die OECD hat jüngst gefordert, den Beitrag der Exportkredite zur Bekämpfung des Klimawandels zu berücksichtigen. Weltweit werden 1.196 neue Kohlekraftwerke geplant. 76 % davon entfallen allein auf China und Indien. Vor diesem Hintergrund ist das Zwei-Grad-Ziel, also die Begrenzung der Erderwärmung auf 2 °C, nicht zu erreichen. Allein durch Chinas ungebremsten Kohlekraftwerksausbau bis 2030 werden die gesamten CO_2-Reserven, die zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels weltweit zur Verfügung stehen, verbraucht werden. Wie Sie das loben und als Fortschritt der Klimapolitik bezeichnen können, begreife ich nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist eine berechtigte Frage, welche Rolle Fördergelder für Kohleprojekte zukünftig spielen sollen. Die Antworten darauf sind so unterschiedlich wie die jeweiligen Interessen. Die Weltbank will ihre Kredite für Kohlekraftwerke reduzieren. Die Europäische Investitionsbank bindet die Kreditvergabe an strenge Grenzen. Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, Island, Großbritannien und die Niederlande wollen Kohleprojekte nicht mehr über ihre Entwicklungsbanken fördern. Die USA wollen sich aus der Finanzierung von Kohleprojekten zurückziehen, setzen aber auf Schiefergas. Jedoch steigen chinesische Banken groß ein; das verwundert uns allerdings nicht.

Die KfW-Bankengruppe gab 2013 finanzielle Zusagen für Energieprojekte in Höhe von insgesamt 25,24 Milliarden €. Der Anteil für Kohleprojekte lag bei 2,9 % oder 0,74 Milliarden €. Was wurde beispielsweise gefördert? Beispielsweise wurde mit 150 Millionen € die Modernisierung von sechs Kohlekraftwerken in Israel gefördert. Damit werden Stickoxidemissionen um über 92 % gesenkt. Sie förderte außerdem ein Demonstrationsprojekt zur Nachrüstung einer Anlage zur CO_2-Abscheidung bei einem Kohlekraftwerk. Dieses Thema ist angesichts der eben genannten Zahlen von globaler strategischer Bedeutung.

Nun zu Ihrem Antrag: Nachdem Sie in der Antragsüberschrift zwar Alarm schlagen, sich aber nicht trauen, Ihre eigenen Minister in Berlin anzusprechen, bleiben Sie schließlich beim Antragsbegehren nichtssagend. Wenn man den Antrag auf den Punkt bringt, wollen Sie beschlossen haben, dass sich die KfW-Förderung zukünftig an konkreten Vorgaben orientieren solle. Das tut sie aber bereits, wie in der KfW-Position zur Finanzierung von Kohlekraftwerken – Stand: März 2014 – nachzulesen ist. Damit hat sich Ihr Antrag eigentlich erledigt, die Sache selbst aber nicht.

Es geht nun darum, wie die Vorgaben zukünftig aussehen sollen. Für NRW ist jedenfalls wichtig, dass unsere Unternehmen am Weltmarkt mit ihren Produkten und Kenntnissen dabei sind. Energie-, Kraftwerks-, Anlagen- und Umwelttechnik aus unserem Land – das ist weltweite Spitzentechnologie.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Die Förderung durch Exportkredite hat ohne Zweifel eine wichtige positive Signalwirkung.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Wir wollen den Marktzugang unserer Unternehmen für möglichst alle Wertschöpfungsketten von Umwelt-, Energie- und effizienter Kraftwerkstechnik fördern. In diesem Land gibt es zahlreiche hervorragende Anlagenhersteller, kleine und mittelständische Unternehmen. Sie bauen modernste Anlagen für erneuerbare Energien, sie machen alte Anlagen effizienter und sauberer und sie bauen hocheffiziente Kraftwerke mit flexibler Kraftwerkstechnik.

Das nützt auch dem Klimaschutz, denn gute Produkte, effiziente und die beste verfügbare Technik

sowie innovative Verfahren aus NRW leisten bereits heute weltweit wirksame Beiträge zur CO_2-Minderung. Das verdient Anerkennung.

(Ilka von Boeselager [CDU]: Das soll so bleiben!)

Ihr Antrag hingegen erweist sich eher als heiße Luft, die auch mit KfW-Förderung kein Exportschlager wird. – Darum lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Thiel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ihren Antrag, liebe CDU, finde ich bei so viel Heuchelei fast nicht zu ertragen.

Mit einem Verweis auf die bösen anderen Länder und – in ihrer Rede von gerade –die Auswirkungen auf den Klimaschutz wollen Sie erst einmal Ihre Seele reinwaschen. Aber im nächsten Schritt werben Sie dafür, mit der alten Entwicklungspolitik weiterzumachen, die die Fehlentwicklungen unserer Länder einfach in die Entwicklungsländer exportiert, anstatt die dort lebenden Menschen dabei zu unterstützen, in ihrem Land eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaft aufzubauen, ohne die gleichen Fehler zu wiederholen, die wir bereits gemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Vorteile der erneuerbaren Energien, die Herr Kollege Fehring von der CDU im vorangegangenen Tagesordnungspunkt noch selbst gepriesen hat – die Demokratisierung der Energiewirtschaft, die geringeren Umweltauswirkungen und die geringeren Abhängigkeiten –, all das gilt doch nicht nur, wenn sie in Deutschland zum Einsatz kommen, sondern eben auf der ganzen Welt.

(Ilka von Boeselager [CDU]: Dann machen Sie das doch!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie verkennen folgende Aspekte vollkommen: Kohlekraftwerke in Entwicklungs- und Schwellenländern verbessern den Energiezugang dort nicht per se. Eine Studie von Oil Change International, die die Wirkung von Energieprojekten der Weltbank untersucht hat, kommt zu dem Schluss, dass keines der in den Jahren 2008 bis 2010 finanzierten Kohlekraftwerke den Energiezugang der Armen vor Ort verbessert hat, obwohl die Finanzierung genau das erreichen sollte.

Der zweite Aspekt: Der Abbau von Kohle geht in diesen Ländern häufig mit Menschenrechtsverletzungen und größten Umweltsünden einher: Menschen werden vertrieben, ganze Gegenden unbewohnbar, Flüsse umgeleitet, Wälder gerodet – und das alles in einem Ausmaß, das mit der Kohlegewinnung bei uns absolut unvergleichbar ist.

(Zuruf von den PIRATEN)

Durch die internationale Finanzierung von Kohlekraftprojekten beteiligt sich aber auch Deutschland indirekt an diesen Menschenrechtsverletzungen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Der dritte Aspekt: Die Kohlekraftwerke vor Ort sind auch kein nennenswerter Faktor für die Arbeitsplätze – besonders nicht im Vergleich zu den erneuerbaren Energien. In Südafrika wurde beispielsweise zwischen 1980 und 2000 die in Kohlekraftwerken produzierte Strommenge verdoppelt, während im gleichen Zeitraum mehr als 60 % der Arbeitsplätze in diesem Sektor abgebaut wurden.

Gerne sage ich noch etwas zu den Arbeitsplätzen hier bei uns – auch das hatten wir gestern schon in der Debatte –: Die Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien in NRW und in ganz Deutschland – wo wir in den letzten Jahren Arbeitsplätze verloren haben – könnte man unterstützen, indem man KfW-Kredite in diese Richtung weiterhin unterstützt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind eine Erklärung schuldig geblieben, was der Mehrwert für die Menschen vor Ort ist, wenn Deutschland Investitionen in Kohlekraftwerke unterstützt. Denn im Gegensatz dazu gibt es die billigste Stromversorgung nun einmal durch Wind- und Solarenergie – auch im Vergleich zu Kohle und Atom. Biomasse, Wasserkraft und Geothermie können je nach Bedingungen vor Ort und je nach Nachhaltigkeitskriterien eine sehr, sehr gute Ergänzung sein.

Besonders in Entwicklungsländern bieten diese Technologien zudem die Möglichkeit, Strukturen vor Ort aufzubauen und auch in abgelegenen Regionen Strom zu produzieren. Hier sollte der Schwerpunkt der Förderung und der Zusammenarbeit der KfW-Bank liegen. So bietet sich nicht nur die Möglichkeit, neue Märkte mit deutschem Ingenieurswissen zu erschließen, sondern den Klimaschutz zu unterstützen und eine zukunftsfähige Stromversorgung auch in Entwicklungsländern zu ermöglichen.

Gestern und in der letzten Woche insgesamt diskutierten wir darüber, ob alte Kraftwerke abgeschaltet und damit 22 Millionen t CO_2 in Deutschland eingespart werden sollten. Gleichzeitig wird im CDU-Antrag nun aber gefordert, dass die Bundesregierung den Export von Kraftwerkstechnik ins Ausland unterstützen soll. Damit zementieren wir im Ausland jedoch eine Stromversorgung, die wir in Deutschland langfristig auslaufen lassen wollen. Andere Länder und Institutionen sind da schon viel weiter.

Wir haben eben von einigen Ländern gehört, die aus dieser Förderung aussteigen. Ich möchte noch

ein ganz anderes Beispiel nennen: Die Rockefeller Foundation, deren Reichtum es ohne Öl nicht gäbe, hat sich neben anderen Organisationen entschieden, ein sogenanntes Divest zu betreiben und ziehen in den nächsten fünf Jahren zusammen mit 800 globalen Investoren insgesamt mehr als 50 Milliarden US-$ aus Investitionen in fossile Energien ab. So sollte der Weg sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben eben schon einiges zum Hintergrund gehört, mit dem wir es aktuell auf Klimakonferenzen zu tun haben – aktuell in Lima und im nächsten Jahr in Paris –, dass wir die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius begrenzen müssen. Das kann nur gelingen, wenn wir den Verbrauch fossiler Energieträger weltweit deutlich reduzieren und diese durch erneuerbare Energien ersetzen.

Die CDU aber möchte die gegenteilige Entwicklung unterstützen und gibt vor, dass Kohlekraft für die Entwicklung vor Ort notwendig ist. Ich finde das heuchlerisch. Wir können nicht auf der einen Seite Geld für Klimaschutz und Klimaanpassung ausgeben und auf der anderen Seite den Bau von Kohlekraftwerken unterstützen. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Moderne, hocheffiziente, flexible, fossile Kraftwerke sind für den Erfolg der Energiewende unerlässlich. Diese Feststellung ist für Deutschland und Europa richtig und erst recht im weltweiten Maßstab. Eine 100-%-Versorgung auf der Basis von erneuerbaren Energien ist selbst in Deutschland noch auf lange Zeit eine Utopie und in den meisten anderen Staaten sowieso.

(Wibke Brems [GRÜNE]: In Norwegen nicht! – Ilka von Boeselager [CDU]: Da wohnen auch nur ein paar Millionen Menschen!)

Die Aufgabe von Gas- und Kohlekraftwerken wird aber zunehmend sein, die schwankende Einspeisung von erneuerbaren Energien im Netz auszugleichen. Schaut man sich die Kohle- und Gaslagerstätten auf globaler Ebene an, meine Damen und Herren, wird klar: Ohne Kohle kann es nicht gehen. Der CDU-Antrag weist von daher zutreffend darauf hin.

Das mag den Kollegen von den Grünen – wie wir es auch gerade von Frau Brems gehört haben – nicht gefallen. Sie wollen sich lieber mit Phantasiepolitik, dem NRW-Klimaschutzgesetz oder den Kohleausstiegsgesetzen eine heile Welt basteln und klimapolitische Luftschlösser bauen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Aber die energiewirtschaftliche Realität, meine Damen und Herren, ist eine andere.

(Beifall von der FDP)

Das möchte ich auch an einem Beispiel deutlich machen: Man sagt, dass in den letzten Jahren in China täglich ein Kohlekraftwerk ans Netz gegangen sei. Schaut man sich die Statistik an, so ist die Aussage ziemlich zutreffend. In Zukunft wird in China mehr auf erneuerbare Energien gesetzt. Trotzdem werden in den nächsten Jahren jedes Jahr so viele Kohlekraftwerke gebaut, wie in Deutschland insgesamt stehen, meine Damen und Herren. Wenn weiter Kohlekraftwerke gebaut werden, dann ist auch klar, dass es dem Klima zuliebe moderne, hocheffiziente Kraftwerke sein müssen.

Es sollte meines Erachtens für alle Fraktionen selbstverständlich sein, dass die beste Kraftwerkstechnik aus Nordrhein-Westfalen kommt und dass das auch so bleiben soll. Deshalb darf die KfW-Förderung auch nicht eingeschränkt werden.

Meine Damen und Herren, diese Win-win-Situation für Schwellenländer, für den Klimaschutz und für NRW-Unternehmen will Bundesumweltministerin Frau Hendricks nun zerschlagen. In einem Anfall von alter Kolonialpolitik ganz dem Vorbild von Rot-Grün folgend mit der Verkleinerung von Garzweiler II und auch der Bundesregierung, die den Kohleausstieg ja eingeleitet hat, soll dies jetzt in die ganze Welt exportiert werden.

Meine Damen und Herren, Frau Hendricks heißt anscheinend nicht umsonst „Burning Barbara“. Dort, wo sie wütet, bleibt in der Wirtschaft nicht mehr als verbrannte Erde. Das hilft keinem, weder den Menschen in den Schwellenländern noch dem Klima.

(Zuruf von der SPD: Es ist doch kurz vor Weihnachten!)

Was ist das für ein Unsinn!

(Beifall von der SPD)

Es ist eine Überheblichkeit, zu glauben, dass ein Quasi-Berufsverbot für klimafreundliche deutsche Kohlkraftwerkstechnik den Kraftwerksbau einschränken würde. Meine Damen und Herren, gebaut werden die Kraftwerke sowieso, nur dann ohne deutsche hocheffiziente Technik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist schlecht für das Klima. Das ist schlecht für die Wertschöpfung, und das ist gerade auch schlecht für die Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen.

Auch auf die falsche Politik von Bundeswirtschaftsminister Gabriel sollte man sich deshalb nicht verlassen. Deshalb sehen wir das auch an der Stelle anders, als es im CDU-Antrag steht. Mal nimmt er sich 20 Minuten Zeit, um Greenpeace-Aktivisten in

einem Vortrag die Idiotie des Kohleausstiegs zu erklären, und nur wenige Tage später sagt er im Bundeskabinett zu, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Das soll noch jemand verstehen!

Daher ist es gut, dass die CDU mit ihrem Antrag ein Zeichen setzt. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, traurig ist natürlich, dass die NRW-CDU anscheinend bei den CDU-Teilen der Bundesregierung kein Gehör findet, sodass es überhaupt dieser Bundesratsinitiative bedarf.

Meine Damen und Herren, wir werden Ihrem Antrag trotzdem zustimmen. Denn die klimaschädliche Wünsch-dir-was-Politik zulasten von Wohlstand und Wachstum in Nordrhein-Westfalen trägt die FDP nicht mit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Schmalenbach.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Herr Brockes, eigentlich wollte ich mich mit meinem Redetext nur kurz auf diesen Antrag beziehen. Aber das war gerade wieder ein denkwürdiger Satz von Ihnen: Eine 100-%-Versorgung kann es auch auf lange Sicht nicht geben. – Hätten Sie stattdessen gesagt: „Was ich mir nicht vorstellen kann, kann es nicht geben“, wäre das zutreffender gewesen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ihre Fantasielosigkeit in Sachen Energiewende, meine Güte! Es ist doch echt mal gut.

Die CDU möchte uns heute erzählen, dass es schlecht für das Klima ist, wenn die KfW-Förderung für die Kohlekraftwerke wegfällt. Das Gegenteil ist der Fall. Sie beklagen selber in Ihrem Antrag, dass die Kohleverstromung weltweit zugenommen hat, und das völlig zu Recht.

Aber der Rückschluss daraus kann ja wohl nicht ernsthaft sein, noch weitere Kohlekraftwerke zu bauen. Der Rückschluss muss doch vielmehr lauten, jede Anstrengung zu unternehmen, damit eben keine Kohlekraftwerke gebaut werden, sondern Anlagen aus dem Bereich der Erneuerbaren. Denn jedes zusätzliche Kohlekraftwerk ist ein Fehler. Da können wir es uns nicht erlauben, diese auch noch zu fördern. Klimaschutz ist nur ohne Dinosaurierkraftwerke machbar. Sie zu fördern, bedeutet, sie zu vermehren.

Das wollen wir nicht, nicht jetzt und nicht morgen. Wir lehnen diesen Antrag ab. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans in Vertretung für Minister Duin.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hätten eigentlich einen Anlass, dieses Thema ganz besonnen zu diskutieren. Denn das, was die KfW im Wesentlichen macht, ist, Klima- und Umweltschutzmaßnahmen zu finanzieren. Das hat sie in den Jahren 2006 bis 2013 in einem Umfang von 173 Milliarden getan. Das, was an Kohlekraftwerken in diesem Zusammenhang finanziert worden ist, hat ein Volumen von 2,8 Milliarden gehabt. Das waren 0,5 % des gesamten Neuzusagevolumens der KfW-Bankengruppe für diesen Zeitraum.

Wir wissen, dass die Kohleverstromung in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat und weiter zunehmen wird. Das ist besonders in Asien der Fall, weil dort ein enormer Nachholbedarf besteht. In den zurückliegenden zehn Jahren hat vor allem China massiv in den Neubau von Kohlekraftwerken investiert. Davon haben natürlich auch Deutsche und vor allen Dingen auch unsere Kraftwerkshersteller profitiert. Unser Hightech ist weltweit begehrt. Gerade in der Kraftwerkstechnologie führen wir seit Jahrzehnten und haben auch einen hohen Innovationsvorsprung. Das sichert Arbeitsplätze in Deutschland und vor allem auch in unserem Land. Bei den deutschen Kraftwerksherstellern und Zulieferern sind es 36.000 Arbeitsplätze, die auch von Aufträgen vom Weltmarkt abhängig sind. Viele Projekte auf dem Weltmarkt können nur deshalb realisiert werden, weil staatliche Institutionen die Finanzierung unterstützen und absichern.

Aus der Sicht der Landesregierung haben sich die Instrumente der Export- und Projektfinanzierung bewährt. Sie erleichtern Unternehmen auf allen Wertschöpfungsstufen der Kraftwerkstechnologie den Zugang zu weltweiten Märkten, nicht zuletzt auch, weil die Möglichkeit einer Finanzierung durch eine staatliche Institution eine erhebliche Signalwirkung aufweist.

Genau um diese Signalwirkung geht es auch. Denn die muss im Sinne der Ausrichtung Deutschlands auf eine ambitionierte Klimaschutzpolitik gezielt genutzt werden. Deswegen ist selbst so ein kleiner Anteil von 0,5 % an dem gesamten Volumen der KfW-Förderung für den Bereich der Kohletechnologie auch als Signal eine wichtige Größe, weil damit deutlich wird, welche Art der Kohleverstromung und der Kohlenutzung wir unterstützen.

Unter dem Strich stehen viele ökonomische Vorteile für die großen industriellen Anlagenhersteller und für die kleinen und mittleren Unternehmen im Zulieferbereich. Viele arbeiten hier in Nordrhein-Westfalen. Ihre Stärke ist eine gute Basis für Investitionen in Arbeitsplätze, Forschung und Entwicklung.

Das gilt auch für neue, hocheffiziente Kraftwerkstechnik, die in andere Länder exportiert wird. Da wird dann auch der Wirkungsgrad dieser Kraftwerksparks enorm erhöht.

Die Landesregierung hält es deswegen für wichtig, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den EU-Partnerländern das Ziel anstrebt, nach und nach die erneuerbaren Energien in die Energieversorgungssysteme zu integrieren. Deshalb sollten sich die Kriterien bei der Neuzusage von Krediten oder Bürgschaften noch stärker als bisher an der zunehmend regenerativen Stromerzeugung, an hocheffizienter und flexibler Kraftwerkstechnik ausrichten.

Ich sage das hier in Vertretung für den Kollegen Duin, aber auch als Mitglied im Verwaltungsrat der KfW. Wir diskutieren diese Themen; wir setzen uns genau mit dieser Frage intensiv auseinander. Das Ergebnis war in den Fällen, die uns vorlagen – das darf ich aus diesem Gremium berichten –, immer ein überzeugendes: dass wir damit eine Technologie unterstützt und ein Kraftwerk, das sowieso gekommen wäre, auf den technologisch besten Stand gebracht haben.

Dabei sollten natürlich Mindestwirkungsgrade entsprechend dem jeweils besten Stand der Technik berücksichtigt werden. Inwieweit dabei die unter anderem von den Verbänden VDMA und BDI unterbreiteten Vorschläge zur Weiterentwicklung der bislang angewandten Finanzierungskriterien zielführende Ansätze sein können, werden wir im Verlauf der weiteren Debatte sorgsam prüfen und an diesem Ziel festhalten.

Ich glaube, dass es am Ende für den Klimaschutz, global gesehen, und auch für die Wirtschaft in unserem Land, ein guter Weg ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/7395. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/7395** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3 Steuerzahler in Zeiten von Rekordeinnahmen entlasten statt immer mehr schröpfen – Keine weitere Steuererhöhung durch Verlängerung des Solidarpakts und Ausweitung des Solidaritätszuschlags zum Soli-West

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7403

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist die Debatte um den Soli in den letzten Wochen schon ein Stück aus dem Tollhaus. Diese Landesregierung setzt sich dafür ein, dass der Soli auch über das Jahr 2019 hinaus eine Ewigkeitsgarantie bekommt. Bereits heute aber sind die Soli-Ausgaben für Ostförderung geringer als die Soli-Einnahmen. Ministerpräsidentin Kraft und ihr Finanzminister wollen also die Mehrbelastungen zu einem Soli-West umetikettieren, damit das Schröpfen des Steuerzahlers munter weitergehen kann.

Bei der Einführung des Soli ist den Menschen aber zweierlei versprochen worden: erstens, dass er für das historische Projekt Aufbau Ost notwendig ist – das kann drei Jahrzehnte nach der deutschen Einheit sicherlich nicht mehr so behauptet werden –, und zweitens, dass das befristete Sonderopfer entfällt, wenn diese Aufgabe erledigt ist.

Eine Umwandlung zu einem Soli-West ist daher eindeutig eine dreiste Steuererhöhung von all denen, die dabei munter mitmachen.

(Beifall von der FDP)

Denn der Soli, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehört nur dem Steuerzahler selbst. Wenn die Soli-Erhebung nun verlängert wird, obwohl sie immer sicher auslaufen sollte, ist das natürlich eine erhebliche Erhöhung der Belastung. Was denn auch sonst?

Diese Belastung trifft den Durchschnittsverdiener in der Mitte unserer Gesellschaft und berührt eben nicht besonders niedrige oder besonders hohe Einkommen. Die einen zahlen ihn erst gar nicht, die anderen spüren ihn nicht. Der Soli ist aber ein bitterer Steuerdiebstahl für Durchschnittsverdiener, die bereits heute durch das Anwachsen der kalten Progression, durch höhere Energiekosten, durch eine in Nordrhein-Westfalen zum zweiten Mal erhöhte Grunderwerbsteuer und durch diverse kommunale Mehrbelastungen in sehr vielen Städten und Gemeinden unseres Landes den gerechten Lohn für ihre Leistungen vorenthalten bekommen.

Mit dieser Umverteilung zulasten der leistungsbereiten Mitte muss deshalb Schluss sein. Der Steuer-

zahler entrichtet in unserem Land rund ein Viertel mehr Steuern als der EU-Durchschnitt. Angesichts dieser Bilanz hat jede implizite Steuererhöhung eine fatale Wirkung auf die Anstrengungsbereitschaft, die unser Land stark gemacht hat.

Der Normalverdiener liefert bereits heute jeden zweiten Euro für Steuern, Abgaben und Gebühren bei der öffentlichen Hand ab. Parallel wird die Rentenkasse für die Mütterrente oder die 63er-Frühverrentungsoffensive geplündert. Unser Land wird also immer arbeitnehmerfeindlicher, wenn jetzt auch noch die dringend notwendige private Alterssicherung erschwert wird. Soli und Kalte Progression müssen endlich weg, damit die Belastungen zumindest auf europäisches Durchschnittsmaß sinken.

Das Abkassieren passt auch nicht in eine Zeit, in der der Staat Bestbedingungen für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorfindet. Er könnte diese problemlos erledigen, wenn er nicht ständig neue davon erfinden würde. Die öffentliche Hand verfügt über Rekordeinnahmen und hat zugleich die historisch niedrigsten Zinsen für die Finanzierung ihrer Staatstätigkeit zu zahlen. Die Enteignung des ehrlichen Sparers findet dafür Tag für Tag bei zig Millionen Bürgern bereits statt.

Gerade angesichts dieser Rahmenbedingungen wäre es auch eine Frage der Fairness, dass der Staat die Idealbedingungen dafür nutzt, um sich selbst solide aufzustellen und die Bürger von weiterer Umverteilung zu befreien.

Diese Landesregierung schließt aber zusammen mit anderen Ministerpräsidenten lieber einen Vertrag zulasten Dritter, die eben nicht mit am Tisch sitzen: die Steuerzahler. Das Motto lautet: Wenn man sich über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen im Status quo nicht verständigen kann, erhöht man einfach die Verteilungsmasse. Dann fallen in Zukunft Einigungen zwischen den Ländern sicherlich leichter.

Der Soli hat aber dem Staat bereits seit dem Jahr 1990, kumuliert bis zum Jahr 2019, Zusatzeinnahmen von 338 Milliarden € eingebracht. Die Union und allen voran Bundeskanzlerin Merkel haben den Menschen in unserem Land noch vor Kurzem eine Zusage gegeben, nämlich: keine zusätzlichen Belastungen. – Wir erwarten daher, dass sie den Soli nun abschafft. Alles andere wäre ein Wortbruch und ein massiver Vertrauensverlust.

Die Politik sollte daher den Bürgern ein klares Signal der Verlässlichkeit senden: Wenn der Solidarpakt 2019 ausläuft, dann endet damit auch der Solidaritätszuschlag. Alles andere zerstört Vertrauen und Akzeptanz bei den Aussagen der Politik. Eine solche Entwicklung dürfen wir keinesfalls hinnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): „Wem nützt es?“ – Das, verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Frage, die sich nicht nur im Krimi stellt, sondern auch, wenn man sich diesen Antrag der FDP-Fraktion ansieht.

Herr Witzel sprach eben sehr viel über Durchschnittsverdiener und Leistungsträger. Nehmen wir doch einmal einen ledigen Landtagsabgeordneten wie Sie und ich. Das wären 175 € für jemanden, der 10.000 € im Monat verdient. Eine Krankenschwester, die 2.000 € im Monat verdient, oder eine Erzieherin profitiert von Ihrem Vorschlag mit 11 € im Monat. Das zeigt schon sehr deutlich, wem Ihr Vorschlag nutzt und worum es Ihnen geht. Es geht Ihnen nicht um die Entlastung der Mitte, über die Sie gerade gesprochen haben, sondern wieder um die Entlastung der Besserverdienenden.

(Beifall von der SPD)

Ihr erster Grundfehler ist doch, dass Sie Leistung für die Gesellschaft gleichsetzen mit hohem Einkommen. Das, Herr Witzel, ist falsch. Nicht jeder Landtagsabgeordnete, der 10.000 € im Monat bekommt, ist automatisch ein Leistungsträger.

(Heiterkeit)

Leistungsträger sind nämlich viel mehr die Krankenschwestern, Feuerwehrleute und Erzieherinnen und Erzieher, die 2.000 € im Monat verdienen und von Ihrem Vorschlag praktisch nicht profitieren.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Der zweite Grundfehler Ihrer Überlegung besteht darin, dass gerade diejenigen – wenn wir dann noch Geringverdiener mit Kindern einbeziehen, die gar nicht von Ihrem Soli-Vorschlag profitieren –, die geringfügig mehr Geld bekommen, in ihrer Lebensqualität stärker davon profitieren, wenn der Staat ihnen vernünftige Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Geringverdiener und Mittelschicht haben viel mehr davon, dass der Staat die Finanzmittel hat, die Straßen in Ordnung zu halten, ihnen vernünftige Kindertageseinrichtungen anzubieten, und dass die Kommunen genug Geld für kulturelle Angebote, für sportliche Angebote und für soziale Infrastruktur haben.

Dies nicht zu erkennen, ist Ihr Grundfehler. Deswegen ist es richtig, dass der Soli in die Kassen der Länder fließt, die dies zugunsten der Menschen investieren können und sollen.

(Beifall von der SPD)

Sie drehen in dieser Position aber ständig Pirouetten. Mal sind Sie die Partei der Steuersenker; als die FDP noch in der Bundesregierung war, da ha-

ben Sie das Geld des Solis gern für Ihre Projekte kassiert; dann wird verkündet, der Abbau der Haushaltsdefizite muss im Vordergrund stehen; jetzt sind Sie wieder beim Thema „Steuersenkung“. Sie drehen sich so oft im Kreis, dass Ihnen doch eigentlich schon ganz schwindelig sein muss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann haben Sie angesprochen, dass sich die Länder zusammengesetzt hätten. Ja, alle Länder sind der Meinung, der Soli muss fortgeführt werden. Natürlich waren Sie als FDP dabei nicht am Tisch. Aber angesichts Ihrer Vorschläge wissen die Wählerinnen und Wähler in den Ländern, warum Sie da nicht mit am Tisch gesessen haben.

Ich möchte kurz auch schon auf die CDU eingehen. Ich bin gespannt, wie deren Abstimmungsverhalten ist. Herr Laschet hat zur Verteilung des Soli in einem Interview den Vorschlag gemacht, aus ihm eine Infrastrukturabgabe zu machen. Er hat das damit begründet, Frau Kraft würde den Soli 2019 sonst im Haushalt versickern lassen.

Erstens. Ich stelle fest, Herr Laschet nimmt an, dass Hannelore Kraft 2019 noch Ministerpräsidentin ist.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass er damit Recht hat.

Zweitens möchte Herr Laschet, dass das Geld nicht in Nordrhein-Westfalen und in diesem Landtag verteilt wird, sondern dass die Entscheidungen über diese Mittel in Berlin fallen. Das halten wir für falsch. Wir meinen, die Entscheidungen, wie dieses Geld für die Menschen in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden soll, muss in diesem Landtag fallen. Das Geld darf deswegen nicht in eine Infrastrukturabgabe gehen, bei der dann Bayern mit darüber entscheidet, wohin das Geld verteilt wird. Das muss vielmehr in Nordrhein-Westfalen entschieden werden.

(Beifall von der SPD)

Damit muss auch ein Beitrag zu einer gerechteren Verteilung der Finanzen zwischen den Ländern geleistet werden. Wir haben lange über die Bevorteilung der Ostländer geredet. Diese muss beendet werden. Die Beibehaltung des Soli, in welcher Form auch immer, kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Zusammenfassend: Herr Witzel, Ihr Antrag ist ein verzweifelter Schrei nach bundespolitischer Aufmerksamkeit und inhaltlich falsch. Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Marcus Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Uns eint im Landtag Nordrhein-Westfalen bei allem Dissens, den wir sonst im Detail haben, dass wir einhellig der Meinung sind, dass es einen fairen Ausgleich in den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern und unter den Ländern geben muss. Uns eint auch, dass wir für Nordrhein-Westfalen und für die Menschen, die hier leben, mehr erreichen wollen als das, was heute im Bund-Länder-Finanzausgleich gegeben ist.

(Beifall von der CDU)

Aber – auch das sage ich – wir wollen dabei solidarisch bleiben. Es fällt uns schon schwer, wenn bei eher wenig souveränen Auftritten der Ministerpräsidentin in Berlin von uns als Opposition eingefordert wird, dass wir sie als die alleinige Interessenwahrerin des Landes Nordrhein-Westfalen ansehen sollen.

Herr Zimkeit, Sie haben das Jahr 2019 angesprochen. Dann sollten wir – auch wenn Sie dafür Ihren Lacher bekommen haben –, uns aber die Zeittableaus noch einmal anschauen. Wenn es 2015, spätestens 2016 keine Einigung über das gibt, was ab 2019 passiert, dann haben, so denke ich, alle Verhandler etwas falsch gemacht. Insofern ist das Jahr 2019 nicht nur weit weg, sondern ich bin davon überzeugt, dass wir dann auch eine andere Regierung haben werden.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie immer so ritualisiert – wie der Finanzminister es vorgestern getan hat – der Opposition hier vorwerfen, sie rede das Land schlecht, dann möchte ich schon daran erinnern, dass es die Frau Ministerpräsidentin war, die in der „Bild“-Zeitung verkündet hat, man könne den Gästen des Landes wegen der schwierigen Haushaltslage leider nur noch Leitungswasser anbieten.

(Beifall von der CDU – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das habe ich nicht verkündet! Das ist falsch!)

– Vielleicht war es Ihr Regierungssprecher.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Nein, auch nicht!)

Das, was Sie da mit dem Anbieten von Leitungswasser getan haben, war in der Tat Schlechtreden des Landes im besten Sinne des Wortes,

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Schwachsinn!)

und das hat unser Land nicht verdient.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn man dann – wie in einer Debatte der letzten Tage –, Herr Kollege Börschel, den Umsatzsteuervorwegausgleich gleich ganz weglassen will und der Kollege Mostofizadeh sich dabei auch noch auf ein

wissenschaftliches Institut bezieht und das als Einzelvorschlag herausnimmt, obwohl das Institut es in einem breiteren Kontext diskutiert hat, dann, glaube ich, ist das mit dem Thema „Solidarität“ ein bisschen schwierig. Wir müssen schon Positionen vertreten, zu denen wir vorher alle Fakten auf den Tisch gelegt haben. Ansonsten werden wir als Verhandlungspartner bei den anderen zu Recht nicht ernst genommen.

Dazu gehört auch, dass wir seit den 70er-Jahren mehr als 100 Milliarden € Bundesmittel für den Steinkohlebergbau erhalten haben. Andere waren solidarisch mit uns, auch wenn das der eine oder andere hier im Haus nie hören will. Auch der aktuell laufende Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau wird vom Bund noch mit 1 Milliarde € jährlich subventioniert. Machen wir uns doch nichts vor: So berechtigt und sinnvoll das ist und so richtig es war, dass man das ausgehandelt hat, so hat das doch Folgen für die Finanzströme zwischen Bund und Ländern und zwischen den Ländern in anderen Bereichen. Machen wir uns doch nichts vor. Da hängt doch alles mit allem zusammen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Richtig!)

Was die Neuorientierung des Solidarpakts ab 2019 betrifft, Herr Kollege Zimkeit, worüber ja 2015/2016 entschieden wird, so ist es in der Tat ein wichtiges Anliegen, dass wir die Priorität darauf legen, wo und wie gefördert werden muss: ganz sicher nicht mehr nach Himmelsrichtungen, sondern nach Bedarf.

Herr Kollege Zimkeit, was das Argument angeht, dass das bei Ihnen im Haushalt versickert, so ist das ganz einfach. Bei den BAföG-Mitteln sieht man ja, was passiert: 279 Millionen €, von denen keiner mehr weiß, wo sie sind, außer dass sie allgemeine Deckungsmittel des Haushalts geworden sind. Das reicht nicht, Herr Finanzminister.

(Beifall von der CDU)

Ich kann einem guten Teil der Forderungen in dem Antragstext der FDP zustimmen. Doch die Zukunft des Solidaritätszuschlags ist ein Teil aus einem ganz dicken Paket von Dingen, die jetzt zu diskutieren sind. Die Wahrheit ist an der Stelle tatsächlich sehr viel komplexer. Für komplizierte Fragen einfache Lösungen zu formulieren, ist in einem Antrag sehr einfach, mit deren Umsetzung in der Wirklichkeit ist es schwierig. Deshalb werden wir Ihren Antrag heute ablehnen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich feststellen: Ich habe in der Tat mit ein bisschen Spannung den Beitrag von Herrn Dr. Optendrenk erwartet, und ich kann nach diesem Beitrag sagen: CDU, SPD und Grüne sind der Auffassung, dass ein Solidaritätszuschlag über 2019 hinaus erhalten bleiben muss. Armin Laschet hat dies erklärt, und Sie haben das heute bestätigt.

Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen – das sage ich ganz ausdrücklich anlässlich der Aktuellen Stunde, die es im Bundestag vor zwei Tagen gegeben hat –, dass Sie das im Interesse Nordrhein-Westfalens und im Interesse der Bundesländer auch auf Ihrem Bundesparteitag ab Montag sehr deutlich vortragen werden und dass Sie dafür sorgen werden, dass die Interessen Nordrhein-Westfalens auch in der CDU vertreten werden.

(Beifall von Stefan Zimkeit [SPD])

Darüber hinaus möchte ich noch sagen, Herr Kollege Dr. Optendrenk, der Umsatzsteuervorwegausgleich ist nicht irgendein Nebenaspekt in einem Gesamtkonstrukt dieses Gutachtens, sondern es ist der zentrale Reformvorschlag in diesem Gutachten. Es ist der zentrale Vorschlag für mehr Transparenz und Fairness im bundesweiten Bund-Länder-Finanzausgleich und nicht ein Nebenaspekt.

Ferner beziehe ich mich noch einmal auf die Rednerinnen und Redner der CDU – die Beiträge der CSU waren in der Debatte einigermaßen abenteuerlich –, die im Bundestag vorgetragen haben. Alle haben gesagt, das Ruhrgebiet und andere Regionen Nordrhein-Westfalens bedürfen besonderer Infrastrukturinvestitionen und besonderer Unterstützung. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es richtig, dass wir nicht mehr nach Himmelsrichtungen, sondern nach Bedarf fördern und das auch strukturell im Länderfinanzausgleich berücksichtigen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU – da wende ich mich ganz ausdrücklich an Sie –, es ist auch von hoher Bedeutung, wie sich die CDU Nordrhein-Westfalens in diesem Zusammenhang verhält. Wenn die CDU Nordrhein-Westfalens die Interessen Nordrhein-Westfalens vertritt – nehmen wir einmal den Vorschlag von Herrn Kollegen Laschet auf, einen Infrastrukturfonds zu bilden –, dann müssen Sie den anderen Kolleginnen und Kollegen, die wollen, dass das Soli-Aufkommen zu 90 bis 95 % in den Pott des Bundes fließt, eine Absage dafür erteilen. Dem müssen Sie ganz klar eine Absage erteilen, Herr Dr. Optendrenk und Herr Laschet; denn das ist das, was alle Rednerinnen und Redner der CDU/CSU im Bundestag vorgetragen haben. Die haben nämlich gesagt, wir müssen die sieben Umsatzsteuerpunkte abziehen – ich war ja schon sehr erregt, als Sie das auch vorgetragen haben –, und wir müssen noch andere Punkte von den Soli-Geldern abziehen.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir müssen dafür sorgen, dass von dem Soli-Aufkommen ab 2019 die Hälfte an die Länder und Kommunen geht und die andere Hälfte – so wie es aufgeteilt ist – beim Bund verbleibt. Dann können wir uns gerne auch im Detail – das werden wir in den wenigen Minuten, die wir heute haben, vielleicht nicht lösen können – darüber unterhalten, wie es dann weitergeht.

Dass die FDP da irgendwie eine Außenseiterrolle spielt, ist ja jetzt sehr deutlich geworden. Sie interessiert sich eben nicht dafür, wie in Nordrhein-Westfalen die Strukturpolitik aussehen soll. Deswegen schreiben Sie auch solche Anträge. Nur, an eines möchte ich noch erinnern: Es waren 1991 CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag, die einen befristeten Solidaritätszuschlag eingeführt haben. Dann wurde er wieder abgeschafft. 1995 waren es wieder CDU/CSU und FDP, die einen – jetzt passen Sie bitte auf – unbefristeten Solidaritätszuschlag gesetzlich festgelegt haben. 1998 wurde er dann auf 5,5 % abgesenkt. Das ist die Gesetzeslage.

Es ist nicht richtig, dass der Soli befristet ist. Vielmehr ist es notwendig, dass er immer wieder begründet wird; das ist bei einer Zuschlagsteuer notwendig. Insofern ist es falsch, was Sie gesagt haben, Herr Witzel. Erstens ist es falsch, dass der Soli befristet ist, zweitens ist es falsch, dass, sollte man ihn nicht abschaffen, es zu einer Steuererhöhung kommt.

Wenn der Soli allerdings ohne Veränderung in den Tarif integriert würde – das hat auch die Antwort auf die Kleine Anfrage der grünen Fraktion ergeben –, wären erhebliche Anstrengungen notwendig, um zum Beispiel durch eine Kindergelderhöhung oder andere Maßnahmen Ungerechtigkeiten im System auszugleichen.

Deswegen appelliere ich an alle, die in Nordrhein-Westfalen Verantwortung tragen: Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Hälfte des Aufkommens aus dem Soli in die Länder fließt, und sorgen wir dafür, dass Nordrhein-Westfalen sowohl im vertikalen als auch im horizontalen Ausgleich seine berechtigten Interessen zum Ausdruck bringen kann.

Da Herr Dr. Optendrenk die Steinkohle- und die Absatzmarktförderung ins Spiel gebracht hat, möchte ich ihm nur eines zurufen: Ja, Sie haben recht. Aber gerade mit dem Argument der besonderen Förderung Nordrhein-Westfalens in diesem Zusammenhang haben die anderen Bundesländer – wie ich finde, nicht ganz zu Unrecht – gesagt: Dann müsst ihr beim Länderfinanzausgleich und auch beim Förderprogramm für den Verkehr und bei anderen Förderprogrammen ein Stück zurückstecken.

Diese Förderung ist jetzt aber im Wesentlichen beendet, und deswegen müssen wir dafür sorgen, dass wir bei den Strukturförderprogrammen wieder den Stand erreichen, der Nordrhein-Westfalen zusteht, und dass das Geld, das in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet wird, auch hier ausgegeben werden kann, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dafür müssen wir uns alle gemeinsam einsetzen; zumindest gilt das für diejenigen, die für die Zukunft dieses Landes streiten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Was sagt denn der Steuerzahler dazu?)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer in Saal und daheim! Herr Mostofizadeh, es war sehr geschickt, wie Sie hier argumentiert haben. Sie haben sich nämlich nicht zur Frage positioniert, wie sie allgemein diskutiert wird und wie sie auch der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalens sieht.

Es geht dabei darum, ob es vielleicht sinnvoll erscheint, den Solidaritätszuschlag über 2019 hinaus gelten zu lassen bzw. in die Einkommensteuer fließen zu lassen. Daraus würde resultieren, dass aufgrund der Berechnungssituation und der Zuweisungen vom Bund 50 % bei den Ländern und Gemeinden landen würden. Sie wollen es über den Bund-Länder-Finanzausgleich geregelt wissen. Dazu habe ich von der Regierungsbank bisher aber anderes gehört.

Herr Mostofizadeh, die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Ihrer Kollegin Lisa Paus hat nämlich hervorgebracht hat, dass es zu einer Belastung insbesondere von Familien mit Kindern im breiten Bevölkerungsmittel kommen würde. Bei Familien mit zwei Kindern wären es monatliche Mehrbelastungen von etwa 526 €, bei Familien mit einem Kind etwa 203 €, wenn der Solidaritätszuschlag eins zu eins in die Einkommensteuer überführt würde.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Fakt ist auch, dass breite Bevölkerungsschichten betroffen wären. Deutlich mehr als 25 Millionen Steuerzahler wären davon erfasst. Daher sollten wir die Frage in den Raum stellen, ob nicht – das hat Herr Kollege Witzel hier schon angesprochen – ein massiver Glaubwürdigkeitsverlust der Politik in Rede steht.

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Richtig ist auch, dass diese Diskussion in der Breite der Gesellschaft und nicht ausschließlich von der finanzpolitischen Seite zu führen ist.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie müssen sich schon für eine Richtung entscheiden!)

Die Landesregierung sorgt mit ihrer Forderung letztendlich dafür, dass – egal, wie man das Kind nun nennt – mit dieser Zusatzbelastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über 2019 hinaus ein weiteres unrühmliches Beispiel für fehlende Verlässlichkeit im Verhältnis zwischen Politik und Bürgern, für die diese Politik schließlich gemacht werden soll, kreiert wird. Das können wir als Piratenfraktion so nicht ohne Weiteres unterstreichen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir sind eher dafür, der Auffassung von Herrn Kollegen Optendrenk zu folgen, der sagt, alles hänge mit allem zusammen. Das ist erst einmal richtig. Darüber hinaus bedürfe es der breiten Diskussion in sämtlichen steuerlichen Angelegenheiten, mit denen die Bürgerinnen und Bürger unseres Staates – und damit meine ich nicht nur die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens – das Gemeinwohl des Staates finanzieren.

Dann bedarf es einer Klärung in Sachen Vermögensteuer. Dann bedarf es einer Klärung in Sachen Abhängigkeit zwischen Vermögen- und Erbschaftsteuer. Dann bedarf es einer Klärung in Sachen Besteuerung von Konzernen und Unternehmen. Dann bedarf es einer Klärung in Sachen Stopfen von Steuerschlupflöchern. Schließlich haben SPD und Grüne gemäß ihrem Entschließungsantrag von Anfang dieses Jahres – ich glaube, er stammt aus dem April – festgestellt, dass der Bund 160 Milliarden € Mehreinnahmen generieren würde, wenn diese Steuerschlupflöcher geschlossen würden; das wiederum würde in Nordrhein-Westfalen auf Landesebene zu Mehreinnahmen von round about 30 Milliarden € führen.

Dann brauchen wir nicht mehr irgendwelchen Versuchen hinterherzurennen, um über den Bund-Länder-Finanzausgleich oder die Einbeziehung des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer oder über eine Grunderwerbsteuererhöhung im Land Nordrhein-Westfalen Brosamen zu verteilen. Dann geht es wirklich an die dicken Bretter – das wissen Sie, Herr Finanzminister, und alle hier im Hohen Hause –, und dann muss man auch die Boxhandschuhe auspacken. Dann muss man im Sinne der Bürgerinnen und Bürger des Landes nicht gegen die Unternehmen, sondern mit den Unternehmen versuchen, einen Konsens herbeizuführen, um eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Dann brauchen wir auch nicht die Diskussion, die wir hier leider Gottes nicht in der Breite führen können, Herr Kollege Witzel. Denn – jetzt gehe ich kurz auf den Antrag ein – ich hätte es für besser gehalten, wenn man diesen Antrag in die Ausschüsse gespielt hätte und hier keine direkte Abstimmung durchführen würde. Schließlich steht die Diskussion noch am Anfang.

Ich sehe allerdings die aktuellen Umfragen aus Oktober des Jahres von YouGov, in denen 82 % der Befragten eine Überführung des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer schlichtweg ablehnen.

(Jochen Ott [SPD]: YouGov! Das ist ein ganz seriöses Unternehmen!)

Das ist eine Steigerung gegenüber Juli um mehr als 30 %. Wir sehen daran, dass die Diskussion in Fahrt kommt. Lassen Sie uns diese Diskussion möglicherweise auch hier im Hause und in den Ausschüssen weiter führen.

Was den Antrag angeht, so werden wir uns an dieser Stelle aufgrund dieses Umstands und auch wegen Ziffer 2, die wir so nicht ganz mittragen können, enthalten.

Im Übrigen hoffe ich, Frau Ministerpräsidentin, dass wir hier eine breite Debatte führen können und auch zukünftig führen sollten, wie denn mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürgern des Landes Nordrhein-Westfalen demnächst umzugehen sein wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schulz. Bleiben Sie bitte am Pult. Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von Herrn Mostofizadeh. Die lassen wir natürlich, wie es sich gehört, zu. – Bitte schön, Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident, vielen Dank. Ich möchte zwei Punkte richtigstellen. Frau Kollegin Paus hat eine Anfrage gestellt, auf die Sie Bezug genommen haben. Diese Anfrage sollte eine schlichte Integration in den Tarif darstellen. Die Folgen sind geschildert worden.

Der Schluss, den Sie daraus ziehen, ist schlicht falsch. Sie wollte nur deutlich machen, dass man eine qualitätsvolle Debatte führt. Sie sagen, das führt dazu, dass, wenn der Kurs eins zu eins so integriert würde, so und so viele Leute belastet würden. Man muss das ja nicht so umsetzen. Das ist der Vorschlag, den Herr Schäuble als Bundesfinanzminister in einem Papier unterbreitet hat. Und die Opposition im Bundestag hat nun dafür gesorgt, dass das, was ein Bundesfinanzminister vorschlägt, auch transparent wird. Das ist auch ihre wesentliche Aufgabe.

Wenn Sie Herrn Zimkeit zugehört hätten, hätten Sie auch gemerkt, dass Sie auf der einen Seite nicht die Soli-Integration bemängeln können, um dann zu sagen, den Soli wollen wir abschaffen. Denn wenn Sie ihn abschaffen wollen, gibt es zwei Effekte: Erstens haben wir die Kohle nicht mehr, sodass wir uns

hier im Landtag darüber nicht mehr zu unterhalten brauchen, und zweitens gibt es diese Wirkung nicht.

Nach vorne gerichtet möchte ich sagen: Ich fand es in der Debatte im Bundestag bemerkenswert, dass einige CDU-Abgeordnete – auch der CSU-Abgeordnete Michelbach –, unter anderem Herr Gutting, im Bundestag gesagt haben, die Bundesländer wären 16 Geier, und sie würden vor dem Bundestag auf das Geld der Bürgerinnen und Bürger warten. Das finde ich, gelinde gesagt, abscheulich und möchte mich ausdrücklich dagegen verwahren. Ich bitte Sie, hierzu Stellung zu nehmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Schulz, bis zu 90 Sekunden für Sie.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Lieber Kollege Mostofizadeh, also was Ihre Abschlussbemerkung angeht, dafür stehe ich hier nicht. Ich kann nichts dafür, wenn die CDU im Bundestag irgendetwas erzählt.

Zweiter Punkt. Ich habe überhaupt nichts anderes ausgeführt als das, was Sie gesagt haben, was die Anfrage Ihrer Kollegin Lisa Paus angeht. Natürlich hat sie, bezogen auf die Eins-zu-eins-Übertragungssituation, angefragt und hat als Ergebnis genau das bekommen, was ich hier referiert habe, nämlich dass die Gruppe kinderreicher Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen durch eine solche Regelung besonders belastet würde. Die Antwort der Bundesregierung hat eben auch die Zahlen von 526 bzw. 200 € Einbußen dieser Familiengruppen erbracht.

Darüber hinaus hat Ihre Kollegin Paus – das möchte ich hier zum Besten geben – Folgendes bilanziert. Ich zitiere:

> „Würde der Plan so umgesetzt, käme es zu massiven Belastungen breiter Bevölkerungsschichten."

Nichts anderes habe ich gesagt. Also bitte ich doch abschließend zu bemerken, dass genau das, was Ihre grüne Kollegin im Bund gefragt hat, Gegenstand meiner Ausführungen war. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Schulz. – Damit sind wir beim nächsten Redner, und das ist unser Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Witzel, diese ständigen Auftritte zum Thema „Witzels wundersame Welt"

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

oder „Wie baue ich mir den Popanz, gegen den ich dann anschließend selber zu Felde ziehe?" sind schon zum Schmunzeln. Das ist heute ja auch schon häufiger gesagt worden.

Ich nehme den zweiten Punkt Ihres Antrags:

> „Die Landesregierung wird aufgefordert, statt permanenter Steuererhöhungen endlich ein Moratorium für eine ständig fortschreitende Ausweitung der Staatstätigkeit einzuführen."

Sie gucken doch so gerne in Statistiken; die zitieren Sie ja immer. Dann könnten Sie ja auch einmal in die Statistik schauen, wie sich die Steuerquote verändert hat. Die Steuerquote in Deutschland betrug 1965 23,1 % und liegt heute bei 23,2 % des Bruttoinlandsprodukts, immer schwankend zwischen 21 und 23 %, also so gut wie stabil. Damit ist natürlich ein größer werdendes Bruttoinlandsprodukt verbunden, auch höher werdende Steuereinnahmen. Aber ich kenne keinen Bürger, der heute nicht enorm höhere Erwartungen an das hat, was der Staat zu leisten hat, als damals.

Bauen Sie doch einmal eine Straße, wie Sie 1965 gebaut worden ist, und hören Sie sich an, was die Autofahrer Ihnen heute sagen würden. Diese Darstellung, hier gäbe es eine ständig steigende Staatstätigkeit, ist ein Witz, Herr Witzel.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der zweite Punkt. Diese Steuerquote in Deutschland von 23,2 % sieht in anderen Ländern folgendermaßen aus: Dänemark 47,1 %, Schweden 34 %, Großbritannien 28,4 %, Frankreich 28,3 %, Italien 30,9 %, Griechenland hat mit 23,1 % 0,1 % weniger Steuerquote und die Schweiz 21,1 %.

Eine andere Statistik, die ich Ihnen gerne vortragen möchte, beschäftigt sich mit der angeblich ständig steigenden Mehrbelastung der Bürger: 1995, also vor 20 Jahren, hatte jemand, der in gleichen realen Preisen wie heute 60.000 € verdient hat, wenn er verheiratet war und zwei Kinder hatte, 15,0 % Einkommensteuer zu bezahlen. Heute bezahlt die gleiche Familie 7,2 %. So viel zur ständig steigenden Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bürger.

Dann zu Ihrem Punkt, was die Landesregierung alles will. Die Landesregierung will keinen Soli-West. Davon war nie die Rede. Die Kanzlerin hat zu Zeiten, als Sie noch mitregiert haben, nämlich im Juli 2013, gesagt:

Wenn ich auf die nächsten Jahre blicke, sehe ich großen Investitionsbedarf, und zwar in ganz Deutschland, etwa in Schiene und Straße. Ich sehe nicht, wie wir einen Betrag in dieser Höhe an anderer Stelle einsparen könnten. Deshalb hat die Union

jedenfalls keine Pläne zur Abschaffung des Solidarzuschlags.

Sie von der FDP hatten die, und Sie gibt es nicht mehr im Bundestag. Das ist auch eine Folge, wenn sich jemand der Realität verweigert, was in diesem Land zu tun ist, und alles nur darauf heruntergeschraubt, wie viel denn eingenommen werden darf und was nicht eingenommen werden darf.

(Beifall von der SPD)

Diese Landesregierung hat nie von sich aus den Einbau des Solis in die Einkommensteuer gefordert. Das war auch nicht Rot-Grün. Auch waren es nicht die rot-grünen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in Düsseldorf vor anderthalb Wochen, sondern der Vorschlag kam unter anderem vom Bundesfinanzminister, wurde aber erst einmal wieder eingesammelt.

Dieser Vorschlag ist gut, weil er sicherstellt, dass die Regelung verfassungsfest ist. Es hat auch noch niemand, der dagegen war, einen besseren Vorschlag dafür, diese Mittel darzustellen. Das hätte auch nicht besser als über diesen Weg dargestellt werden können. Die Mittel werden – so wie es auch die Kanzlerin gesagt hat – für den Auf- und den Umbau der Infrastruktur in ganz Deutschland benötigt.

Jetzt liegt der Ball bei anderen. Die müssen jetzt überlegen, welche Alternativen es gibt, wenn man es so nicht machen will.

Deshalb sage ich noch einmal: Es geht hierbei nicht um eine Erhöhung von Steuern. Jemand, der verheiratet ist, zwei Kinder hat und 40.000 € brutto im Jahr verdient, zahlt keinen Soli. Er wird auch keine Mehrbelastung haben, wenn der Soli in die Einkommensteuer eingebaut wird. Das ist Grundvoraussetzung dieses Einbaus. Bei allem anderen würde der Soli durch eine Steuerzahlung ersetzt werden. Wer die Phantasie aufbringt, daraus eine Steuererhöhung zu machen – wie das Herr Lindner in verschiedenen Interviews getan hat –, der muss schon ziemlich weit davon entfernt sein, zu verstehen, was Erhöhung oder Senkung überhaupt ist. Er hat einfach keine Ahnung!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Darum geht es, um nicht mehr und nicht weniger.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Arbeiten Sie sich ruhig an diesem Thema ab. Glauben Sie nicht, man könnte den Staat langsam, aber sicher in Bezug auf das, was er machen muss, ersticken. Dann müssen Sie auch sehen, wie sich die Menschen dazu stellen. Sie werden das dann schon selber sehen. Bei der Bundestagswahl ist Ihnen die Quittung dafür gegeben worden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Finanzminister Dr. Walter-Borjans. – Wir sind jetzt am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Die FDP-Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Es wird also direkt über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/7403 abgestimmt. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die FDP-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD, Grüne und die CDU-Fraktion. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die Piraten. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/7403** mit breiter Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

4 Bundesregierung will gefährliche Fracking-Methode in Deutschland ermöglichen – die nordrhein-westfälische Landesregierung muss sich für ein Komplettverbot einsetzen!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7410

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Piratenfraktion Herrn Rohwedder das Wort.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und draußen! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke)

Aus aktuellem Anlass befassen wir uns wieder einmal mit dem Thema „Fracking“. Schon am 9. November 2012 hatten wir zu diesem Thema den Antrag 16/1266 gestellt, und am 15. Mai 2013 wurde unser konsequenterer Antrag Drucksache 16/2893 hier abgelehnt.

An unserer Haltung, die in einer Resolution des BUND knapp, aber richtig und präzise beschrieben wurde, hat sich nichts geändert. Die Förderung unkonventioneller Gasvorkommen muss verboten werden. Es handelt sich um eine Hochrisikotechnologie, deren Folgen nicht kontrollierbar, nicht rückholbar und nicht reparierbar sind. Alle bisher erprobten Techniken sind zu risikoreich für Menschen, Umwelt und Ressourcen. Bei Unfällen gibt es keine Gegenmaßnahmen, die angewendet werden können. Ich will die Gefahren hier jetzt nicht detailliert aufführen; das sollte allgemein bekannt sein.

Damals sagte ich in der Debatte, die Bundesregierung sei hilflos und werde vor der Bundestagswahl nichts mehr zustande bringen. Inzwischen hatten wir eine Bundestagswahl. Es hat sich also etwas geändert. Die Fracking-Drücker-Partei FDP ist nicht mehr im Bundestag und in der Regierung. Die SPD mit dem ehemaligen Umweltminister Gabriel ist als Juniorpartner effektiver, als es die FDP war. Die

Bundeskanzlerin war ebenfalls Umweltministerin. Aus ihrer Ägide stammen ein verkorkstes Dosenpfand und umgeschriebene, um nicht zu sagen gefälschte Gutachten zur nuklearen Endlagerung.

Das sind keine guten Voraussetzungen für eine Anti-Fracking-Gesetzgebung. So stehen wir denn vor dem Entwurf eines Fracking-Ermöglichungsgesetzes, das es zu verhindern gilt. Die Anti-Fracking-Bewegung und die großen Umweltverbände sind sich einig, und wir teilen deren Auffassung. Es handelt sich bei dem Paket eher um ein Gleitmittel als um ein Hindernis. Hier ist ein Gesetzes- oder Rechtsstaats-Fracking geplant. Wir in Nordrhein-Westfalen als besonders betroffenes Bundesland müssen jetzt über den Bundesrat und auf allen anderen Wegen weitere Schritte hin zu einem Komplettverbot gehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das bisherige nordrhein-westfälische Moratorium wird nicht reichen, weil das neugeplante Bundesrecht es aufheben wird. In der Debatte zum ersten Tagesordnungspunkt heute früh haben wir schon gehört, welches Schicksal fossile Energien haben. Bei Fracking geht es um eine fossile Energie. E.ON geht gerade voRWEg. Fracking ist ein totes Pferd.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass inzwischen der grüne Landesverband Niedersachsen und der letzte Bundesparteitag der Grünen der Korbacher Erklärung der Anti-Fracking-Bewegung beigetreten sind. Wir sind besonders gespannt auf die Stellungnahme der grünen Landtagsfraktion, aber auch auf die aller anderen Fraktionen, und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rohwedder. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden – das hat auch der Kollege Rohwedder schon gesagt – heute zum wiederholten Male über das Thema „Fracking“. Es ist hier häufig diskutiert worden. Das ist auch richtig, weil dieses Thema die Menschen bewegt. Es interessiert die Menschen, und es emotionalisiert sie auch – gerade in meiner Region, im Münsterland. Wenn man über emotionale Themen spricht, ist es immer sehr wichtig, dass man sich diesen seriös nähert.

Basis Ihres Antrages sind Presseberichte. Vorschläge zweier Bundesministerien liegen auf dem Tisch. Sie interpretieren in Ihrem Antrag einiges hinein. Dort befinden sich daher konsequenterweise hauptsächlich Allgemeinplätze zum Thema. Aus unserer Sicht ist es allerdings nicht anständig, dass Sie auch an dieser Stelle wieder mit den Ängsten der Bevölkerung spielen.

Meine Damen und Herren, was können wir hier feststellen? Über was reden wir in Nordrhein-Westfalen? Wir müssen – letztendlich befinden wir uns im Landtag Nordrhein-Westfalen – den Sachstand noch einmal auf den Punkt bringen. Wie ist die Faktenlage?

Seit dem 18.11.2011 haben wir ein Moratorium, das Fracking auf dem Erlasswege praktisch untersagt. Seit September 2012 haben wir ein Risikogutachten, das von der Empfehlung her eindeutig ist: Fracking soll nicht zugelassen werden, bevor offene Fragen und Risiken nicht geklärt sind. Diese Fragen sollen im Dialogprozess geklärt werden – mit wissenschaftlichen Gutachten in einem entsprechenden Kreis, wo alle Beteiligten an einen Tisch sollen. Das sind die Kommunen, die Wasserbehörden, die Umweltverbände, die Landesbetriebe, Bürgerinitiativen und auch die Vertreter der Wirtschaft an dieser Stelle.

Unsere Linie hier in Nordrhein-Westfalen ist daher klar: Der Schutz von Gesundheit und des Trinkwassers steht an allererster Stelle. Das ist die NRW-Position. Und so steht es im Übrigen auch im Koalitionsvertrag von SPD und CDU auf Bundesebene.

Was liegt nun vor? Ein Gesetzes- und Verordnungspaket zum Wasserhaushaltsrecht, zum Naturschutzrecht und auch zu bergrechtlichen Veränderungen ist in der Ressortabstimmung. Die Länder und Verbände werden beteiligt. Und, meine Damen und Herren, Herr Rohwedder, wir haben nicht das Gefühl, dass hier irgendetwas übers Knie gebrochen werden kann.

Erlauben Sie mir die Prognose: Am Ende werden wir kein Fracking-Erlaubnisgesetz haben, wie Sie es sich vielleicht vorgestellt haben, am Ende werden wir sicherlich ein anderes Ergebnis haben. Und viele Punkte, die in diesem Paket stehen, müssten eigentlich auch Ihre Zustimmung finden. Wir haben ein Verbot in Wasserschutzgebieten. Es gibt deutliche Aussagen zum Einsatz toxischer Substanzen. Wir führen eine umfassende UVP-Pflicht ein, und die Bergbehörde muss zukünftig im Einvernehmen mit den Wasserbehörden diese Dinge regeln.

Meine Damen und Herren, wir müssen – das hatte ich schon gesagt – Bedenken der Bürger ernst nehmen. Aber wir dürfen nicht mit ihren Ängsten spielen, um auf einen kurzfristigen politischen Erfolg zu zielen. Unsere Politik ist gekennzeichnet durch Aufklärung und nicht durch Angstmacherei. Und Aufklärung ist nichts anderes als der Austausch von Argumenten, meine Damen und Herren. In diesem Sinne ist Ihr Antrag kein seriöser Beitrag zum Austausch von Argumenten. Wir lehnen ihn ab. – Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sundermann. – Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Schulze Föcking nun das Wort.

Christina Schulze Föcking[*)] (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon mehrfach haben wir hier zu diesem Thema intensiv und ausführlich diskutiert, zum letzten Mal im Mai 2013. Wir führen also keine neue Debatte. Und da wir schon viele Argumente bereits ausgetauscht haben, sollten wir nach wie vor sehr sensibel mit diesem Thema umgehen. Und das machen wir ja auch.

Mitunter kommt es auf jedes Wort und jeden kleinen Nebensatz an. Sachlichkeit, Klarheit und Verbindlichkeit in der Aussage sind ein absolutes Muss, wie Herr Sundermann es bereits schon sagte.

Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren der Piraten, ein wenig Kritik an Ihrem Antrag: Die Überschrift erweckt den Eindruck, die Bunderegierung habe für ein flächendeckendes Fracking Tür und Tor geöffnet. Das stimmt nicht. Und Sie wissen das, zumindest hoffe ich, dass Sie das wissen.

(Beifall von der CDU)

Weder will die Bundesregierung gefährliches Fracking in Deutschland ermöglichen, noch ist es bereits als Gesetz verabschiedet. Wir stehen am Anfang einer intensiven parlamentarischen Debatte mit Befassung in den Ausschüssen, Anhörungen und allem, was dazu gehört. Sie fordern in Ihrem Antrag ein Komplettverbot und stellen den Antrag hier und heute zur direkten Abstimmung. Das zeigt, dass Sie nicht wirklich willens sind, sich entsprechend intensiv mit der Materie und dem Vorhaben der Bundesregierung auseinanderzusetzen. Sie stellen heute eine Maximalforderung zur Abstimmung. In unseren Augen geht es Ihnen um den Effekt, nicht aber wirklich um die Sache.

(Beifall von der CDU)

Wir als CDU haben jedoch den Anspruch, das Thema „Fracking“ ganzheitlich zu betrachten und differenzierte Antworten zu geben. Sie bekommen von uns weder die Zustimmung zu einem immer währenden Komplettverbot noch die Zusage zu einem Start ohne Auflagen. Unsere Position ist klar: Wir lehnen die Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten durch Fracking mit den zurzeit angewandten Technologien ab.

Herr Rohwedder, am 14. Mai 2013 haben wir bereits in einem Entschließungsantrag hier im Hause unsere Haltung wie folgt dargelegt:

> „Der Landtag lehnt die Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten durch Fracking nach dem jetzigen Stand der Technik ab.
>
> (Beifall von der CDU)
>
> Die Ausbeutung dieser Lagerstätten kann erst dann zugelassen werden, wenn sie technisch ohne den Einsatz giftiger und wassergefährdender Stoffe möglich ist.“
>
> (Beifall von der CDU und der FDP)

Diesem Antrag haben neben der CDU die SPD, die Grünen und die FDP zugestimmt. Wie gesagt, unsere Position ist klar. Wir brauchen hier keine Ängste zu schüren.

(Beifall von Robert Stein [CDU])

Sollte es zukünftig eine Technik geben, die irgendwann eine unbedenkliche Förderung zulässt, können wir dann über das Thema auf dieser neuen Grundlage sprechen. Wir werden auch dann den gesamten Sachverstand zu Rate ziehen und alle Stimmen hören, denn Sorgfalt und ein ganzheitlicher Ansatz sind bei einer solchen Entscheidung wichtiger als vorschneller Tatendrang.

(Beifall von der CDU)

Und nebenbei: Mitunter wird über das Fracking gesprochen, es läge darin die einzige Lösung unserer Energiefrage. Wie aber sehen die Fakten genau aus? Nach Erhebung der Internationalen Energieagentur betragen die Schiefergasreserven in Deutschland rund 200 Milliarden m^3. Bedenkt man jedoch, dass alleine der Erdgasverbrauch in Deutschland im letzten Jahr rund 84 Milliarden m^3 betrug, dann relativiert sich diese Zahl sehr schnell.

Die Gesundheit des Menschen, eine intakte Natur und die Reinheit unseres Trinkwassers sind für uns nicht verhandelbar. Dazu stehen wir nach wie vor.

(Beifall von der CDU)

Solange die Unversehrtheit dieser Güter nicht garantiert werden kann, so lange kommt für uns hier Fracking nicht infrage.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze Föcking. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie wir gerade gehört haben, haben wir in der Tat schon viel über Fracking debattiert. Wir scheinen in unserer Ablehnung dieser Hochrisikotechnologie auch nahe beieinander zu sein. Leider gibt es in einigen Nuancen manchmal Unterschiede. Die FDP schert an der einen oder anderen Stelle bedauerlicherweise am meisten aus. Ich finde das sehr schade. Klar ist aber: Wir lehnen das Fracking ab.

Für die rot-grüne Koalition steht der Schutz unseres Lebensmittels Nummer eins vor möglichen Wirt-

schaftsinteressen. Das haben wir schon 2012 im Koalitionsvertrag festgehalten. Außerdem haben wir im Oktober 2012 hier einen rot-grünen Antrag beschlossen, in dem genau diese Aspekte dargestellt sind. Eben wurde auch schon auf den Antrag aus dem letzten Jahr eingegangen, der hier von vielen Fraktionen gemeinsam getragen wurde. Das heißt: Wir haben an vielen Stellen unsere Kritik deutlich gemacht.

Ich persönlich möchte auch noch einmal klarstellen, dass ich die Aussage von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, solange sie in Nordrhein-Westfalen Ministerpräsidentin sei, werde es hier kein Fracking geben, nur absolut unterstützen kann. Meine Unterstützung und die Unterstützung unserer Fraktion hat sie an dieser Stelle also auf jeden Fall.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt liegen Vorschläge von zwei Bundesministern – Umwelt und Wirtschaft – vor. Wir haben an einigen Punkten schon Kritik. Zwar gäbe es, wenn diese Vorschläge genauso umgesetzt werden würden, sicherlich einige Verbesserungen im Vergleich zur jetzigen Situation. Herr Sundermann hat sehr stark darauf abgestellt. Unserer Meinung nach ermöglicht dieses angebliche Verbotsgesetz aber zahlreiche Ausnahmen. Ich möchte auf vier Aspekte kurz eingehen.

Erstens. In dem Vorschlag von Ministerin Hendricks und Minister Gabriel wird davon ausgegangen, dass Fracking unterhalb von 3.000 m doch wieder zulässig sein soll. Diese Grenze ist absolut willkürlich gewählt. Wir hätten das Problem, dass nach den in Nordrhein-Westfalen erstellten Gutachten Vorkommen von unkonventionellem Erdgas auch in dieser Tiefe in Nordrhein-Westfalen zu finden sind. Damit wäre schon klar, dass nach den Vorschlägen in Nordrhein-Westfalen Fracking möglich wäre. Es wäre dann sehr schwierig, das hier auszuschließen.

Zweitens. Es werden keinerlei Aussagen dazu getroffen, wie mit dem Abfall umgegangen wird, also mit dem Flowback der Chemikalien, die man erst nach unten gepumpt hat und dann wieder nach oben holt. Es wird also weiter nach dem Prinzip „aus den Augen, aus dem Sinn“ verfahren, das in den letzten Jahren und Jahrzehnten leider in Niedersachsen praktiziert worden ist. Wir sind der Meinung: So kann man das nicht machen. Deswegen lehnen wir das ganz klar ab.

Drittens. In den Entwürfen von Ministerin Hendricks und Minister Gabriel wird darauf verwiesen, in Zukunft solle eine Expertenkommission Empfehlungen über die Entscheidung abgeben. Ich sehe es kritisch, dass diese Entscheidung an ein Gremium ausgelagert werden soll, obwohl noch gar nicht klar ist, welche konkreten Kompetenzen es haben wird. Nach den bisherigen Vorstellungen ist leider davon auszugehen, dass dort frackingfreundliche Experten die Mehrheit stellen sollen. Daher ist fraglich, wie diese Expertenkommission sich äußern würde.

(Beifall von den GRÜNEN)

Viertens. Einen weiteren Kritikpunkt an diesem Entwurf, der noch nicht einmal im Bundeskabinett gewesen ist, hat Frau Schulze Föcking dankenswerterweise schon angesprochen, und zwar die vorgetäuschte Unabhängigkeit von Gasimporten. An einigen Stellen der Entwürfe heißt es, damit könne die Abhängigkeit reduziert werden. Andererseits – das halte ich für eine Kuriosität – hat die Bundesregierung schon Antworten auf FAQs, also auf häufig gestellte Fragen, veröffentlicht. Darin steht, dass sie selbst in Deutschland keinen substanziellen Beitrag von Fracking zur Energieversorgung sieht. Andererseits soll das Fracking an unterschiedlichen Stellen mit zahlreichen Ausnahmen ermöglicht werden. Das ist ein Widerspruch in sich. Die Unabhängigkeit, die man sich damit angeblich verschaffen will, sehen wir nicht. Unabhängigkeit vom Ausland kriegen wir wirklich nur mit erneuerbaren Energien hin.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Kritik an den im Bund verfolgten Plänen habe ich hier dargestellt. Ehrlich gesagt, müssen wir aber erst einmal abwarten, was in den nächsten Wochen und Monaten aus diesen Plänen überhaupt wird. Die Vorlagen sind, wie gesagt, noch nicht einmal durchs Kabinett gegangen. Sie befinden sich seit Wochen in der Ressortabstimmung. Wir hatten schon einmal ein ähnliches Verfahren. Damals hießen die Minister noch Rösler und Altmaier. Daraus ist auch nie etwas geworden. Daher sollten wir doch einmal abwarten, was da passiert.

In der Zwischenzeit setzen wir uns natürlich dafür ein, dass unsere Kritikpunkte berücksichtigt werden. Ich hoffe, dass es an den von mir genannten Stellen noch Veränderungen gibt.

Wir haben an dieser und vielen anderen Punkten als Grüne unsere Kritik geäußert und unser Engagement dargestellt. Daher benötigen wir von Ihnen weder eine Aufforderung zu einem Bekenntnis noch Handlungsaufträge. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die FDP spricht nun Herr Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Ich bin Frau Brems ausgesprochen dankbar für den Schluss ihrer Rede und die darin festgestellte Tatsache, dass wir im Grunde genommen keine Debattenlage haben; denn es gibt de facto keine neue Sachlage. In Berlin hat sich das Kabinett noch nicht einmal mit dem Thema befasst. Die Entwürfe befinden sich in der Ressortabstimmung. Ob wir

jemals eine Vorlage bekommen und gegebenenfalls welche, bleibt dahingestellt. Daher sehen wir auch keine veränderte Basis für die Situation in NRW.

Frau Schulze Föcking hat zudem auf den gemeinsamen Beschluss des Landtags hingewiesen – an dem die FDP im Übrigen beteiligt war, Frau Brems. Insofern sehe ich an dieser Stelle auch kein Ausscheren meiner Fraktion.

Ich kann hier nur noch einmal betonen: Die Haltung der FDP-Fraktion zum Thema „Fracking“ hat sich in dieser Hinsicht nicht verändert. Wir sind als FDP-Fraktion unter keinen Umständen bereit, unkalkulierbare Risiken für die Gesundheit der Menschen in diesem Land einzugehen. Das war so, das ist so, und das wird so bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Gerade deshalb halten wir es nach wie vor für sehr wichtig, dass wir aufklären, dass wir verantwortlich mit dem Thema umgehen, dass wir sehr transparent vorgehen und dass wir die Forschungsergebnisse kommunizieren. Das war im Übrigen auch das Ziel der Aufforderung an die Landesregierung. Es geht darum, hier weiterhin Grundlagen zu schaffen, um gerade den Menschen am Niederrhein, im Münsterland und anderswo, die natürlich Sorgen haben, diese Sorgen zu nehmen.

Ein Antrag – da kann ich dem Kollegen Sundermann nur beipflichten –, der in erster Linie mit den Ängsten der Menschen spielt, ist da mit Sicherheit nicht zielführend. Wir sollten hier keine politischen Spielchen spielen, sondern ganz sachlich und verantwortlich mit diesem Thema umgehen und zur Aufklärung der Menschen beitragen.

(Beifall von der FDP)

Im Übrigen haben nicht wir erfunden, dass mit dieser Technologie auch durchaus Chancen verbunden werden. Der Weltenergierat und das Hamburgische WeltWirtschaftsInstitut formulieren, dass hier Chancen und Potenziale sind, und fordern auf, ergebnisoffen zu prüfen. Nichts anderes sagen wir. Derzeit sehen wir keine Grundlage für mehr. Wir sind aber klar der Meinung, dass hier weitergeforscht werden muss.

Die Industrie ist laut Äußerungen des BDI inzwischen in der Lage, Frackingflüssigkeiten ohne giftige Chemikalien herzustellen. Auch dort wird es darum gehen, sich das genau anzuschauen, zu prüfen, das sonstige Verfahren – Stichwort „Flowback“, anderes mehr ist angesprochen worden – auch weiterhin genau unter die Lupe zu nehmen, sich alle Risiken anzuschauen, aufzuklären, abzuwägen und letztendlich unter ganz streng reglementierten und klar eingegrenzten Gesichtspunkten zu entscheiden, ob man irgendwelche Projekte zulassen kann, die aber sicher unkalkulierbare Risiken – ich wiederhole es noch einmal – für die Gesundheit der Menschen ausschließen müssen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Müller-Witt?

Ralph Bombis (FDP): Bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. – Bitte schön, Frau Müller-Witt.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Kollege Bombis, mich würde interessieren, ob das die generelle Meinung der FDP ist. Denn in der Haushaltsberatung am Mittwoch hat sich Ihr Kollege Ellerbrock gänzlich anders geäußert. Er hat sich pro Fracking geäußert.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Stimmt nicht! – Dietmar Brockes [FDP]: Nachlesen hilft!)

Ralph Bombis (FDP): Ich empfehle – es tut mir leid, dass ich die Zwischenfrage nur so beantworten kann, Frau Kollegin –, da noch einmal genau nachzulesen. Auch der Kollege Ellerbrock hat den Beschluss der Fraktion mitgetragen, der beinhaltet, dass unkalkulierbare Risiken für die Gesundheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen auf jeden Fall auszuschließen sind und dass wir dann, wenn es eine neue Sachlage gibt, auf der Grundlage neuer Ergebnisse darauf reagieren und darüber diskutieren. Das ist noch nicht eine Automatisierung im Hinblick auf eine Erlaubnis. Dass wir aber gegebenenfalls neue Fakten prüfen und dann weiterdiskutieren, das ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit. Das wird Ihre Fraktion vermutlich nicht anders sehen.

(Beifall von der FDP und Lutz Lienenkämper [CDU] – Kai Abruszat [FDP]: Dass das Ihre Umweltministerin in Berlin ist, das wissen Sie schon, Frau Kollegin? – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Genau die Position hat Herr Ellerbrock hier vertreten!)

Meine Damen und Herren, ich will allerdings eines deutlich sagen: Wir möchten die Debatte schon nutzen, um die Landesregierung aufzufordern, die Aufklärungsarbeit weiter mit Nachdruck zu betreiben und den Menschen in verantwortlicher, sachlicher Art und Weise möglichst transparent darzulegen: Welches sind die Risiken der Technologie? Welche Chancen bietet die Technologie möglicherweise? Wie ist das weitere Vorgehen? Dann hat man vielleicht irgendwann Entscheidungsgrundlagen, auch mit einer entsprechenden Basis aus Berlin.

Aber eines wollen wir nicht – das will ich ganz deutlich an die Adresse der Piraten sagen –: Wenn wir ohne Kenntnis solcher Grundlagen und ohne

eine Basis, ohne eine Ahnung – auf Deutsch gesagt – einfach per se alles verbieten, meine Damen und Herren –

(Beifall von der FDP)

das ist eine Haltung, die die FDP niemals mittragen kann –, dann bedeutet das für ein so sehr von Innovationen abhängiges Land wie Deutschland und auch Nordrhein-Westfalen das Ende aller Möglichkeiten. Dann – das sage ich ganz klar – werden wir uns niemals weiterentwickeln. Dann kann man nur sagen: Gute Nacht, Nordrhein-Westfalen! Gute Nacht, Deutschland!

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Eine wirkliche Innovation wäre es, mit dem auszukommen, was täglich reinkommt!)

In diesem Sinne jetzt von mir: Schönes Wochenende!

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat beschäftigt das Thema „Erdgasgewinnung durch Fracking“ die Menschen nicht nur in Nordrhein-Westfalen, die Öffentlichkeit, die Politik, den Landtag bereits seit mehreren Jahren. Ich bin kein Prophet, wenn ich an dieser Stelle sage: Es wird uns auch noch längere Zeit gemeinsam beschäftigen.

Die Bundesregierung hat nach den gescheiterten Versuchen der letzten Jahre nun ein neues Gesetzespaket vorgestellt. Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube: Dieses Gesetz ist an vielen Stellen nicht geeignet, den Vorstellungen, die der Landtag und die Landesregierung geäußert haben, vollumfänglich Rechnung zu tragen. Ich will das an mehreren Punkten deutlich machen:

Wir haben uns in der Tat verabredet, auf wissenschaftlicher Basis einen Dialogprozess mit allen Beteiligten zu führen. Dieser Dialogprozess bedeutet, dass man sich gegenseitig die Meinung sagen kann, dass man den Raum hat, das zu tun, und nicht unter Druck steht, Genehmigungsentscheidungen in die eine oder andere Richtung zu treffen. Insofern hätte ich mir gewünscht, dass der Raum für einen solchen Dialogprozess durch eine entsprechende Gesetzesregelung auf Bundesebene eröffnet worden wäre.

Zum Zweiten müssen wir in Nordrhein-Westfalen konsistent bleiben, wenn es darum geht, gemeinsame Positionen zu vertreten – so hat der Landtag die Landesregierung jedenfalls aufgefordert –, auch gegenüber unseren niederländischen Nachbarn, die derzeit ähnliche Vorhaben diskutieren.

Es geht weiter darum, in einem Gesetzesvorhaben auf Bundesebene die Begriffsverwirrung, die es derzeit gibt, zu beseitigen. Die einen reden von unkonventionellen Lagerstätten, die anderen von unkonventionellem Erdgas, die Dritten wieder von unkonventionellem Fracking. Was derzeit gesetzestechnisch vorliegt, klärt die Begriffsverwirrung nicht, sondern es bleibt bei der bisherigen Strukturierung.

Im Übrigen rate ich sehr dazu – das ist die Haltung der Landesregierung –, dass bisher bewährte Verfahren der Genehmigung nicht auf Expertengremien oder Sonstiges verlagert werden, sondern es muss bei nachvollziehbaren Genehmigungsschritten und dann auch bei den entsprechenden rechtlichen Möglichkeiten bleiben.

Letztlich geht es um die Schutzgüter Wasser, Boden und Luft. Hier sind die Interessen in Nordrhein-Westfalen sehr eindeutig gelagert. Wir haben einen sehr wichtigen Schatz, den wir schützen müssen, nämlich unser Trinkwasser. Wir nehmen die Ängste der Bürgerinnen und Bürger und die Bedeutung der Schutzgüter besonders ernst.

Ziel der Landesregierung ist es, den Einsatz von Fracking in NRW insbesondere zum Aufschluss von sogenannten unkonventionellen Lagerstätten rechtssicher auszuschließen, da nicht gewährleistet ist, dass es durch den Einsatz dieser Technik nicht zu Gefährdungen für Mensch und Umwelt kommt. Das hat die Ministerpräsidentin mehrfach betont. Sie verweist dabei nicht nur auf die Gefährdungen durch die entsprechende Technologie, sondern auch auf die Auswirkungen auf die Fläche, auf den Lärm und auf die sehr enge Bebauung und Siedlungsstruktur, die wir in Nordrhein-Westfalen haben.

Wir werden uns deshalb auch im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Interessen Nordrhein-Westfalens gewahrt bleiben, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Beachtung finden und wir insbesondere in unserer Positionierung, sowohl im Land als auch gegenüber Dritten, konsistent bleiben.

Deshalb führen wir den transparenten Dialogprozess so, wie ihn der Landtag in seinem Beschluss Drucksache 16/2958 unterstützt und begrüßt hat, fort. Dieser Dialogprozess hat begonnen, und er wird im nächsten Jahr durch eine professionelle Begleitung seine Fortsetzung finden.

Insofern finde ich bedauerlich, dass an dieser Stelle durch einen Antrag der Piraten, der heute beschlossen werden soll, dieser Prozess ein Stück infrage gestellt wird, die Einigkeit, die im Landtag herrscht, möglicherweise unterminiert werden soll. Ich würde mir eine einvernehmliche Interessenvertretung des Landtags für die Interessen Nordrhein-Westfalens an allen Stellen, hier und in Berlin und gegenüber Dritten, wünschen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Für die Piratenfraktion spricht noch einmal Herr Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer!

(Unruhe – Glocke)

Herr Sundermann von der SPD sagte als erster Redner einiges zum Thema. Ich sage Ihnen, Herr Sundermann, die Bundesgesetzgebung ist jetzt in Gang gesetzt. Nordrhein-Westfalen muss sich jetzt positionieren. Die ersten Punkte in diesem Gesetzespaket, in diesen Reformvorschlägen wurden bereits aufgeweicht. Die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Sie angesprochen haben, hilft uns nicht weiter. Umweltverträglichkeitsprüfungen sollen Projekte ermöglichen und durchsetzen und sie nicht verhindern.

Frau Schulze Föcking, die direkte Abstimmung brauchen wir jetzt, weil wir jetzt eine Positionierung brauchen. Es gibt kein unbedenkliches Fracking. Es geht nicht nur um wasserkritische Chemie, die bisher eingesetzt wurde, es geht auch um das Flowback, das Lagerstättenwasser, den Wasser- und Flächenverbrauch, den Lärm, die Methanverluste, den CO_2-Abdruck dieser Technologie.

Ich wollte diese ganzen umweltkritischen Punkte eigentlich nicht mehr erwähnen, aber es ist anscheinend nötig, das noch einmal zu tun.

Frau Brems von den Grünen hat Frau Kraft zitiert, deren Ziel es ist, kein Fracking zu erlauben, solange sie Ministerpräsidentin ist. Davor kann ich aber nur warnen. Bundesrecht bricht Landesrecht. Wenn Sie jetzt ein Fracking-Ermöglichungsgesetz bekommen, dann zerschießt Ihnen das Ihr Moratorium und Ihre Landesgesetzgebung, Frau Kraft, und auch Ihre Wünsche.

Wir müssen uns also jetzt positionieren, frühzeitig, während dieser Gesetzgebungsprozess in Gang ist und nicht danach, wenn es zu spät ist. Die Bürger hier wollen kein Fracking. Das Land braucht kein Fracking.

(Beifall von den PIRATEN)

Der Dialogprozess, der hier mehrfach erwähnt wurde, wird von dieser Bundesgesetzgebung überholt und nicht von unserem Antrag, Herr Minister Remmel. Wir brauchen den rechtssicheren Ausschluss von Fracking, und deshalb brauchen wir jetzt ein Verbot von Fracking. Unser Antrag läuft darauf hinaus, dass Sie sich bitte dafür einsetzen mögen. Ich bitte um Zustimmung. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rohwedder. – Wir sind am Ende der Debatte und kommen zur Abstimmung.

Die Piratenfraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 16/7410** mit großer Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

5 Einrichtung einer Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 16/7399 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD hat als Erste Frau Kollegin Altenkamp das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik genießt in der Zwischenzeit auch in allen gesellschaftlichen und politischen Diskussionen einen hohen Stellenwert, und das nach den vielen Jahren als Nischenthema. Ich will nicht verhehlen, dass es auch einmal einen sozialdemokratischen Kanzler gegeben hat, der von Gedöns gesprochen hat.

Endlich ist es so, dass wir mit dem Thema „Familienpolitik“ mitten in der Gesellschaft, im gesellschaftspolitischen Diskurs angekommen sind. Ich glaube – das kann ich sagen –, es ist auch ein bisschen den engagierten Familienpolitikerinnen und -politikern auf allen politischen Ebenen zu verdanken, dass das in der Zwischenzeit so ist.

Das Politikfeld „Familienpolitik“ genießt auch einen hohen Stellenwert in allen Parteien. Kinder- und Familienpolitik ist – mit unterschiedlichen Ausprägungen – natürlich in der Zwischenzeit auch der Markenkern vieler politischer Diskurse innerhalb der unterschiedlichen Parteien. Unabhängig von der Farbenlehre in den Regierungen auf Landesebene wurde deshalb dementsprechend in den zurückliegenden Jahren für Familien und Kinder viel in die Wege geleitet.

Über manche Förderinstrumente, zum Beispiel die Herdprämie,

(Unruhe – Glocke)

lässt sich zweifellos auch in diesem Haus vortrefflich streiten. Unstrittig ist jedoch, dass mit dem Ausbau der Kita-Betreuungsplätze, dem Elterngeld und

jetzt dem Elterngeld Plus – um nur einige Punkte zu nennen – Maßnahmen geschaffen wurden, um Eltern das Leben in unserer Gesellschaft zu erleichtern. Flankiert wird diese Förderung mit fiskalischen Instrumenten, die sich – bestenfalls – bewährt haben, aber auch den heutigen Familienmodellen nicht mehr wirklich entsprechen.

Doch es bleibt fraglich, ob wir damit den Bedürfnissen von Familien ausreichend gerecht werden. Es ist selbstkritisch zu hinterfragen, ob wir nicht in einer sich stetig wandelnden Gesellschaft die immer neuen Herausforderungen an Familie, Kinder und Eltern immer wieder mit neuen Diskussionen und mit dem Ringen um Antworten, um Probleme lösen zu können, tatsächlich beantworten müssen.

Wir müssen auch hinterfragen, inwieweit bestehende Angebote tatsächlich von Familien genutzt werden und wie wir es schaffen, dass bereits existierende Angebote noch mehr genutzt werden, ohne dass Eltern das Gefühl bekommen, sie sollen bevormundet werden, sondern sie sollen die Angebote als das verstehen, was sie sind: Unterstützungsleistungen. So wird zum Beispiel das wirklich gute Elternstartprogramm noch nicht in der Form frequentiert, wie wir uns das alle wünschen. Auch beim Elterngeld müssen wir dahinkommen, dass Elternzeit nicht mehr in Haushalten mit Doppelverdienern oder nach dem Einkommen, sondern nach dem Willen und dem Wunsch nach Elternzeit entschieden wird.

Was die Chancen von Kindern betrifft, haben wir bereits im Jahr 2008 eine Enquetekommission gemeinsam erfolgreich abgeschlossen. Die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen des damaligen Berichts – wie die Versorgung mit U3-Plätzen oder die Abschaffung der Elternbeiträge – bestimmen noch heute unsere politischen Debatten und sind zum Teil auch schon umgesetzt.

Dank dieser Enquetekommission wissen wir, welche Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen erforderlich sind. Aber wir müssen noch einen Schritt weitergehen und uns tatsächlich den Familien zuwenden.

Ich glaube, ein Angebot dieser Enquetekommission besteht darin, dass wir die traditionellen Familien- und Weltbilder einem ausgiebigen Faktencheck unterziehen und uns Gewissheit darüber verschaffen, was die Familien in unserem Land tatsächlich brauchen. Allem voran müssen wir mit dieser Enquetekommission die sozialen Milieus betrachten und uns intensiv mit ihnen auseinandersetzen, um ein realistisches Bild vom Lebensalltag von Familien, von Alleinerziehenden, Kindern, Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten, Einelternfamilien oder Großelternfamilien zu bekommen.

Uns ist klar, dass ein Bild von Familienpolitik ohne den Blick auf Lebensstile, soziale Lage und Wertediskurse in den Milieus unvollständig ist; denn diese soziologischen Faktoren bestimmen Familien und Jugendliche, und sie bestimmen auch die Art und Weise, wie diese die Instrumente nutzen, die wir Ihnen anbieten.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Punkt für uns ist die Frage nach der Zeit, die die Familienmitglieder miteinander verbringen. Eine weitere wichtige Frage ist, wie die Vereinbarkeit von Familien mit dem Arbeitsleben besser in Einklang gebracht werden kann. Nicht ganz zu Unrecht sprechen heute viele im gesellschaftlichen Diskurs von der Vereinbarkeitslüge. Hier müssen wir die Instrumente, die wir heute haben und die den Familien zur Verfügung stehen, hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und hinsichtlich der Frage, wie Familien sie empfinden, kritisch hinterfragen und überprüfen.

Wir wollen noch einen letzten Aspekt einbringen: Jugendliche sind beim Diskurs über Kinderbetreuung und über die Frage, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf hergestellt werden kann, ein bisschen aus dem Blick geraten. Deshalb wollen wir uns neben der Frage nach der Zeit, die Familienmitglieder miteinander verbringen, auch damit auseinandersetzen, wie für Jugendliche mehr Freiräume geschaffen werden können, um selbstbestimmte Wesen in der Gesellschaft zu werden.

Meine Redezeit ist leider zu Ende. Über Familien könnte man lange sprechen. Aber wir haben jetzt zwei Jahre intensiver Diskussionszeit vor uns. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Nun spricht Herr Kollege Kern für die CDU-Fraktion.

(Beifall von Bernhard Tenhumberg [CDU] – Daniel Düngel [PIRATEN]: Beifall schon vorher?)

Walter Kern[*)] (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Die Familie steht unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Dabei müssen wir uns so aufstellen, dass auch die heutigen Familien mit einem stark veränderten Anforderungsprofil unterstützt werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Um gute Lösungen zu finden, werden wir uns in dieser Kommission immer wieder die Frage stellen müssen: Was nutzt der Familie?

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Die CDU sieht die Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ als eine konkrete Fortsetzung von Leitbildern in Nordrhein-Westfalen, die wir aus der Enquetekommission „Pflege“ in der 14. Legislaturperiode, der Enquetekommission „Chancen für Kinder“ in der 14. Legisla-

turperiode und der in der 16. Legislaturperiode – also jetzt – arbeitenden Enquetekommission „Demografie“ gewonnen haben. Ich glaube, dass wir daraus wichtige Impulse bekommen.

Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, Papst Franziskus hat in diesen Tagen in einer Rede vor dem Europaparlament eindrucksvoll gemahnt, die Würde des Menschen wieder stärker in den Mittelpunkt politischen Handelns zu stellen. Der Heilige Vater sagte unter anderem, dass die Stunde gekommen sei, ein Europa aufzubauen, das sich nicht um die Wirtschaft, sondern um die Heiligkeit der menschlichen Person drehe.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen ist ein wesentlicher Teil dieses Europa. Familie erlebbar zu machen, hat sehr viel mit der Würde des Menschen zu tun. Familie erlebbar zu machen, ist nicht nur eine Zeitmanagementaufgabe. Das wäre zu kurz gesprungen. Nur die kostbare Zeitreserve macht Familie tragfähig. Gerade Familien mit nur einem Elternteil oder Mehrkinderfamilien können ein Lied davon singen. Aber auch Doppelverdiener in Vollzeit mit Kindern müssen in den Fokus genommen werden. Insbesondere Familien mit pflegebedürftigen Verwandten im heimischen Umfeld sind zu unterstützen.

Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, Familie ist kein Modell von gestern, sondern ein Modell von morgen.

(Lebhafter Beifall von der CDU – Michele Marsching [PIRATEN]: Ein Modell – sehr gut!)

Nach der Shell-Studie ist die Bedeutung der Familie für Jugendliche angestiegen. Fast zwei Drittel der jungen Menschen stellen fest, dass man Familie braucht, um glücklich leben zu können. Familie schützt vor Einsamkeit. Zugenommen hat auch der Wunsch nach eigenen Kindern. Wir, die wir diese Rahmenbedingungen beeinflussen können, haben dafür zu sorgen, dass dieser Lebenswunsch gut gelingen kann.

Deshalb stellen sich einige Fragen: Wie erreichen wir es, dass Familienmitglieder in Nordrhein-Westfalen unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Verantwortung füreinander übernehmen können? Wie erreichen wir es, dass Zeit als Leitwährung moderner Familienpolitik durchgesetzt wird? Wie sichern wir echte Wahlfreiheit für die Eltern beim wichtigen Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

(Beifall von der CDU)

Wie erreichen wir familienfreundliche Arbeitszeitgestaltungen? Wie holen wir die Eltern aus ihrer Sandwichfunktion heraus, die insbesondere die Frauen betrifft: Arbeit, Familie, Kinder und Pflege? Wie können sich Männer kompetent hierbei einbringen?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten müssen und können im jeweiligen kommunalen Sozialraum konsequent genutzt werden? Wo liegen Chancen, Familien zu stärken? Welche Rolle können dabei zum Beispiel Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser spielen? Welche Rolle und welche Verantwortung müssen Arbeitgeber übernehmen?

(Beifall von der SPD)

Wie schaffen wir die Balance zwischen Zeitarmut und Zeitwohlstand? Welche tragende Rolle können wir als Gesetzgeber für die Familien spielen?

Es geht insbesondere um ein gutes Klima für die Familien in Nordrhein-Westfalen. Gerade im lokalen Umfeld liegt hier eine große Verantwortung und bieten sich Lösungschancen. Wir können mit Handlungsempfehlungen aus der Kommission viele Ideen für Nordrhein Westfalen auf den Weg bringen.

Junge Väter wollen heute mehr als bisher für ihre Kinder da sein, und sie bringen sich in Haus- und Erziehungsarbeit regelmäßig ein – mehr als unsere Generation. Ich kann das an meinem Schwiegersohn sehr gut erkennen.

Auch hier liegt ein Schlüssel für gut funktionierende Familie.

Familienbewusste Arbeitszeitmodelle müssen auch durch die Tarifvertragspartner viel selbstverständlicher in die Tarifverhandlungen eingebracht werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Achte Familienbericht des Bundes gibt uns hier sehr wertvolle Hinweise. Weiterhin ist die Familie auch der Leistungsträger in der Pflege. Pflege hat immer zwei persönliche Seiten: einen Geber und einen Nehmer. Gerade der familiäre Geber bedarf der ausdrücklichen Unterstützung.

Meine Damen und Herren, die CDU freut sich auf die Arbeit in der Kommission und stimmt dem Einsetzungsbeschluss natürlich mit großer Überzeugung zu. Ich denke, es wird eine lebhafte und interessante Zeit. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Velte das Wort.

Jutta Velte[*)] (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal! Das Einrichten einer Enquetekommission, die sich mit der Zukunft der Familienpolitik in NRW beschäftigt, begrüßen wir sehr. Wir teilen die Ansicht, dass wir uns mit diesem Thema verstärkt beschäftigen müssen.

Unter anderem müssen wir uns mit solchen Fragen beschäftigen, wie Sie sie gerade gestellt haben, Herr Kern: Das Familienmodell ist das Modell von morgen. – Aber welches Familienmodell unterstellen wir eigentlich? Wir haben Regenbogenfamilien, wir haben Mehrgenerationen-Familien, wir haben Ein-Eltern-Ein-Kind-Familien, wir haben Familien, die sich mit dem Thema „Pflege“ beschäftigen usw. Dies wird uns in der Enquetekommission Gott sei Dank und richtigerweise beschäftigen.

Die zweite generelle Frage, mit der wir uns werden beschäftigen müssen, lautet: Kommt das, was wir an politischen Rahmenbedingungen setzen, überhaupt bei den Familien an? Deswegen bin ich sehr gespannt auf die Diskussion über die unterschiedlichsten Frage: über Sozialmilieus, über Familienbilder, die in migrantischen Kulturen geschaffen worden sind und die hier gelebt werden, über Großfamilien und über Regenbogenfamilien.

Ich bin auch gespannt darauf, wie man mit diesen Milieus umgehen kann, wie man Instrumente schaffen kann, die punktgenau da unterstützen, wo Unterstützung gebraucht wird, und die das Familienbild im Sinne der modernen Zeiten fördern – also das Modell von morgen, Herr Kern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als integrationspolitische Sprecherin werde ich mich in dieser Enquetekommission natürlich stark mit der Frage auseinandersetzen wollen, wie es mit der Vielfalt der Familienauffassungen aus migrantischen Kulturen weitergeht, die in unserer Gesellschaft Fuß gefasst haben, in denen es aber auch immer zu Reibungen kommen kann.

Eine weitere wichtige Frage betrifft die Familienarbeit von Frauen, die immer noch die Hauptlast der Familien tragen. Hiermit müssen wir uns aus meiner Sicht noch einmal sehr intensiv beschäftigen. Es kann nicht sein, dass aufgrund eines fehlenden Zeitmanagements insbesondere die Frauen auf Berufstätigkeit verzichten oder in prekäre Arbeitsverhältnisse – wie zum Beispiel eine Halbtagsbeschäftigung – hineingehen, nur weil die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr hergeben als diese Halbtagsbeschäftigung.

Wir müssen am Zeitwohlstand arbeiten. Wir müssen prüfen, wie wir ein Umfeld schaffen können, in dem Zeit für die Menschen innerhalb der Familie bleibt. Das ist auch schon gesagt worden.

Wir können uns ebenfalls noch einmal intensiv mit dem Thema „Familienarmut“ auseinandersetzen. Es bedeutet eine große gesellschaftspolitische Herausforderung, Wege zu finden, wie es uns gelingen kann, auch Kindern und Jugendlichen aus besonders armen Familien Zugang zu Bildung und Weiterentwicklung zu verschaffen.

Wir alle freuen uns auf die Enquetekommission. Bevor ich nun meine Rede beende, möchte ich noch einen kleinen Hinweis geben: Wir streiten uns intensiv über viele Themen: über die Frage der Öffnungszeiten von Kitas, Herr Hafke, oder darüber, wie flexibel etwas sein soll. Ich hoffe, dass wir uns in der Enquetekommission über viele der inhaltlichen Streitpunkte – die haben wir, weil wir alle ein bestimmtes Bild im Kopf haben – so verständigen können, dass Familienpolitik in NRW im Sinne der jüngeren Generation nach vorne entwickelt wird. Ich freue mich auf die Diskussion. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion spricht als nächster Redner der von Frau Kollegin Velte bereits angesprochene Kollege Hafke. Bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Familienpolitik offenbaren sich derzeit schwierig zu beantwortende persönliche Fragen unserer Zeit: Wie bekommen wir Arbeit, Familie und auch Freizeit miteinander vereinbart? Ist Familiengründung nur auf Kosten von Arbeitszeit und Freizeit möglich? Welche materiellen Folgen hat die Gründung einer Familie?

Wir Liberalen wollen allen Menschen die persönliche Entscheidungsfreiheit darüber geben, ob und wann sie eine Familie gründen. Die Familienpolitik muss daher genau auf dieses Prinzip der Entscheidungsfreiheit ausgerichtet werden. Jedes Lebensmodell ist legitim – darüber hat die Politik nicht zu urteilen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Gründung einer Familie ist in vielen Fällen allerdings nicht ohne staatliche Entlastung möglich. Eine gute Familienpolitik lässt sich dabei aus meiner Sicht anhand von fünf Kriterien messen.

Erstens. Gute Familienpolitik ermöglicht wirtschaftliche Stabilität. Familien benötigen ein ausreichendes Familieneinkommen, das auch nach Eintritt in das Rentenalters soziale Teilhabe ermöglicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wirtschaftliche Stabilität ist die Grundvoraussetzung, damit alle Familienmitglieder die Möglichkeit zu guter Bildung haben, gesund leben können, sozial vernetzt sind und damit eine Wohnung in einem adäquaten Wohnumfeld bezogen werden kann.

Auch die im Antrag hervorgehobene Familienzeit ist von der wirtschaftlichen Stabilität abhängig. Es ist sicherlich die größte Herausforderung der Familienpolitik, Familien so zu entlasten, dass dies alles möglich ist. Das erfordert auch eine gewisse Flexibilität, denn die angesprochenen Unterpunkte werden

sicherlich in unterschiedlichem Ausmaß beansprucht.

Damit einher geht aus meiner Sicht das zweite Kriterium für eine gute Familienpolitik: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieser Punkt betrifft nach wie vor besonders Mütter; denn noch immer wirkt sich das Mutterwerden sehr nachteilig auf den beruflichen Werdegang aus. Die Ursachen für diese Benachteiligung von Frauen müssen endlich beseitigt werden.

Aber nicht nur Mütter, sondern auch ganze Familienformen erleiden Nachteile. Alleinerziehende, Familien mit kleinen Kindern und Familien mit mehreren Kindern sind vor sehr große Herausforderungen gestellt. Gute Familienpolitik ist also drittens so ausgestaltet, dass diese Nachteile ausgeglichen werden.

In der Frühphase des Lebens werden die Weichen für die komplette weitere Biografie gestellt. Kinder müssen daher unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die gleichen Chancen auf die beste Bildung haben. Gute Familienpolitik zeichnet sich viertens durch eine frühe und gute Förderung der Kinder aus.

Das letzte Kriterium einer guten Familienpolitik ist die Fertilitätsquote. Der Kinderwunsch ist bei vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen vorhanden, wird aber nicht realisiert, weil eine der genannten Bedingungen zu ungünstig ist. Sobald wir in diesem Land endlich Familienpolitik machen, die unsere Familien wirklich entlastet, werden wir auch wieder mehr Kinder in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen haben.

Eine milieuorientierte Bestandsaufnahme, wie Familien ihre Zeit verwenden, ist daher eine sinnvolle Grundvoraussetzung für eine gute Familienpolitik. Die ebenfalls sehr wichtige Prüfung, welche familienpolitischen Förderinstrumente auf Landesebene sich für eine gute Familienpolitik eignen, könnte aber schon längst in Arbeit sein.

(Beifall von der CDU)

Diese Evaluation der familienpolitischen Leistungen ist eine Forderung der FDP, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, noch Anfang dieses Jahres abgelehnt haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist es schade, dass damals diese Chance vertan wurde. Eine solche Evaluation wäre für die Enquetekommission eine hervorragende Grundlage gewesen. Wir plädieren nach wie vor dafür, die Wirksamkeit der familienpolitischen Leistungen in Nordrhein-Westfalen von unabhängigen Gutachtern überprüfen zu lassen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Genau solch eine Evaluation der familienpolitischen Leistungen hat auf Bundesebene bekanntlich schon stattgefunden. Die Ergebnisse wurden aber von Bundesfamilienministerin Schwesig nicht weiter berücksichtigt. Wir sind daher sehr gespannt, welche Maßnahmen die Enquetekommission vorschlagen wird, und wie die Landesregierung mit den Ergebnissen umgehen wird.

Die FDP-Fraktion wird selbstverständlich und sehr gerne diesem Enquetevorschlag zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Düngel das Wort.

Daniel Düngel (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten über die Einrichtung einer Enquetekommission zum Thema „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“. Zunächst geht mein Dank an Frau Kollegin Altenkamp bzw. an die gesamte SPD-Fraktion für die Einbringung dieses Enquetevorschlags.

Wir sind – da spreche ich auch für meine Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen –, erst einmal dankbar dafür, dass diesem – Frau Altenkamp, ich glaube, Sie nannten es eingangs auch schon so – „Nischenthema“ hier eine gewisse Bedeutung zukommt, die ihm übrigens auch zusteht. Das wissen wir als Familienpolitiker selber ganz genau, und die Ministerin natürlich auch.

Einige Fragestellungen sind hier schon aufgegriffen worden; ich will jetzt nicht noch einmal auf alles eingehen. Wir werden ja in der Enquetekommission viel Zeit miteinander verbringen und diese Themen dort diskutieren. Dennoch möchte ich auf den einen oder anderen Punkt zu sprechen kommen.

Ich denke, wir müssen in der Enquetekommission erst einmal über den Familienbegriff an sich reden; darauf ist schon ein paar Mal hingewiesen worden. Reden wir über den klassischen Familienbegriff, der Mutter, Vater, Kind oder mehrere Kinder meint? Reden wir – Frau Velte hatte das eben schon gesagt – dann auch über Regenbogenfamilien etc.? Wir müssen über Alleinerziehende reden. Das steht alles auch im Einsetzungsauftrag dieser Enquetekommission.

Wir Piraten halten dies natürlich für sehr wichtig. Wir setzen uns für eine gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Dies tun wir unabhängig vom gewählten Lebensmodell. Wir wollen die Familien fördern und den Familienbegriff erweitern. Er soll überall da gelten, wo Menschen füreinander da sind, wo Kinder aufwachsen oder wo schwache Menschen versorgt werden müssen.

Wir werden diese Fragen in der Enquetekommission hoffentlich offen behandeln, auch wenn in den unterschiedlichen Parteifarben vielleicht unterschiedliche Interessenlagen vorliegen. Ich bin sehr gespannt, inwieweit wir da zu konsensualen Ergebnissen kommen.

Ein paar Mal erwähnt worden ist hier schon die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich glaube, unter den Rahmenbedingungen, wie wir sie derzeit in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen vorfinden, gibt es keine 100%-ige Vereinbarung von Familie und Beruf. Wir haben die Situation, dass beide Ehepartner oder beide Elternteile arbeiten gehen müssen. Da wird es tatsächlich schwierig mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere dann, wenn ich vielleicht einen Arbeitgeber habe, der auf die entsprechenden Rahmenbedingungen nicht ganz so flexibel reagiert oder reagieren kann.

Wir als Piraten werden auch noch einen anderen Ansatz mit einbringen. Sie wissen, dass wir uns programmatisch auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen. Dieses bedingungslose Grundeinkommen würde diese Vereinbarkeit von Familie und Beruf zumindest teilweise entspannen können und wäre vielleicht sogar ein Lösungsansatz.

Freiräume sind ebenfalls angesprochen worden. Wir haben hier im Land die Aktionen des Landesjugendrings. Das wissen wir als Familien- und Jugendpolitiker ebenfalls alle. Da bin ich ebenfalls sehr gespannt, wie wir die Sichtweise der Kinder und Jugendlichen in diese Enquetekommission einbeziehen können. Neben dem Schwerpunkt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist es wichtig, auch den Aspekt der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzubringen. Es wäre sicherlich spannend, wenn dann auch die Kinder und Jugendlichen in dieser Enquetekommission zu Wort kommen könnten. Da müssen wir schauen, wie wir das hinbekommen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die vergangenen Enquetekommissionen sind ebenfalls angesprochen worden, ebenso die laufende Enquetekommission. Ich bin gespannt, wie diese Ergebnisse in die tatsächliche Politik einfließen werden. Es bringt uns nichts, eine Enquetekommission einzurichten, bei der wir am Schluss ein schönes Buch fertig haben mit Ergebnissen, die dann aber nicht in die Politik einfließen. Dies zu vermeiden, ist ein wichtiger Punkt.

Ein Wort noch zum Schluss: Mir ist vorhin beim Durchlesen etwas aufgefallen; und zwar geht es um § 57. § 57 ist jedoch für die Einsetzung einer Enquetekommission nach der alten Geschäftsordnung maßgebend; nach der neuen Geschäftsordnung wäre es § 61. Ich bin Pirat, und ich kann mir diesen Hinweis auf das Formale leider nicht entgehen lassen. Nun weiß ich nicht, wie wir das heilen können. Mir ist es letzten Endes aber gleich, welcher Paragraf genannt ist. Richtig wäre jedoch § 61.

Ich danke Ihnen jedenfalls. Ich freue mich auf die Arbeit in der Enquetekommission und bin gespannt auf die Ergebnisse. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Düngel. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Titel für die Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ im vorliegenden Antrag drückt etwas sehr Wichtiges aus: Familienpolitik hat Zukunft, denn sie gestaltet Zukunft. Angesichts des demografischen Wandels trägt der bekannte Satz von Konrad Adenauer, den ich einmal zitieren möchte, leider nicht mehr. Er hat seinerzeit gesagt: Kinder kriegen die Leute immer.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber Familienwunsch und Familiengründung fallen häufig auseinander. Es kommt jetzt darauf an, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen die Familie wieder verstärkt zu einem attraktiven Lebensmodell wird. Wir müssen jungen Menschen Mut machen, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen.

Die Lebensrealität von Familien hat sich in den letzten Jahrzehnten jedoch grundlegend verändert, und es ist wichtig, dass Familienpolitik mit diesen Veränderungen Schritt hält. Denn sie kann nur dann wirkungsvoll sein, wenn sie die Veränderungen erkennt, reflektiert und gegebenenfalls Neujustierungen vornimmt.

Deshalb begrüße ich den Antrag der SPD-Fraktion sehr. Die Enquetekommission wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Familienpolitik nahe an den Bedürfnissen von Familien dranbleibt.

Meine Vorredner und Vorrednerinnen haben schon gesagt, dass der Schwerpunkt die Zeit sein soll: Zeit für Familie. Tatsächlich trifft dieses Thema einen wunden Punkt. Fast drei Viertel der Mütter und Väter von Kindern unter 16 Jahren wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie. Zeitstress kann krank machen. Die Eltern, die über gesundheitliche Probleme klagen, geben als häufigste Ursache zeitliche Belastungen an.

Dabei liegen die Ursachen oft auch in der beruflichen Sphäre begründet. Denn in der Arbeitswelt werden Arbeitskräfte bevorzugt, die rund um die Uhr verfügbar sind. Das gilt nicht nur für Fach- und Führungskräfte, sondern das gilt im Einzelhandel, im Pflegebereich, in der Logistik und in vielen anderen Bereichen. Durch die Arbeitsverdichtung und ge-

stiegene Mobilitätserfordernisse ist Arbeit sehr viel anstrengender und stressiger geworden.

Meine Damen und Herren, Betreuung entlastet Familien; aber sie kann Familie nicht ersetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei allen berechtigten Wünschen nach flexibleren Betreuungsangeboten müssen wir das im Blick behalten. Denn wir alle wollen Familie nicht wegorganisieren, wir müssen aber dafür Sorge tragen, dass Familie gelebt werden kann, dass Zeit da ist für gemeinsame Mahlzeiten, für Ausflüge, für gemeinsames Spielen, aber vor allem auch für Gespräche. Und Familie – auch das ist schon betont worden, und das wissen wir aus Untersuchungen – ist für Kinder und Jugendliche von ganz zentraler Bedeutung.

Ich bin daher sehr froh, dass die SPD-Fraktion für den Antrag den Schwerpunkt „Zeitpolitik“ gewählt hat, und ich bin gespannt auf die Ergebnisse. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/7399 – Neudruck – beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/7399** – **Neudruck** – einstimmig vom Landtag Nordrhein-Westfalen **angenommen** und die Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ eingesetzt.

Ich rufe auf:

6 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften (Ökologisches Jagdgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7383

erste Lesung

In Verbindung mit:

Rot-grüne Verbotskultur in der Jagdrechtsnovelle schadet Natur- und Tierschutz – die Jagd nicht abschaffen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7400

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Remmel zur Einbringung des Gesetzentwurfs als erstem Redner das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Kabinett hat am 18. November 2014 beschlossen, den Gesetzentwurf zum Ökologischen Jagdgesetz und zur Änderung jagdlicher Vorschriften in den Landtag einzubringen. Diesem Beschluss ist ein langer, über zwei Jahre dauernder Dialogprozess vorangegangen

(Lachen von der CDU und der FDP – Zurufe von der CDU)

und eine ausführliche Befassung im Rahmen der Verbändeanhörung.

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich allen Beteiligten auch für die kontroversen Debattenbeiträge und für die konstruktiven, manchmal auch sehr kritischen Hinweise. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen, die bisher daran mitgewirkt haben, übrigens auch in einem begleitenden Arbeitskreis, in dem alle Beteiligten vertreten waren.

Ich hoffe, dass durch die parlamentarische Debatte und den Beratungsprozess das, was wir dort als Gemeinsamkeiten identifiziert haben – ich bin sicher, das sind 80 % bis 90 % dessen, was sich im Gesetz wiederfindet –, stärker in der öffentlichen Wahrnehmung zum Tragen kommt.

(Zurufe von der CDU)

Warum ein Ökologisches Jagdgesetz?

(Zuruf von der CDU: Ein ideologisches!)

Lassen Sie mich die entscheidenden Gründe nennen, die uns dazu bewogen haben, diese Novelle in Angriff zu nehmen. Aufgabe der Gesetzgebung ist es, aufgrund sich verändernder gesellschaftlicher Herausforderungen geltende normative Vorgaben und Regeln zu überprüfen und – falls nötig – zu novellieren, um sie auf der Höhe der Zeit zu haben und gesellschaftlichen Problemen und Erwartungshorizonten zu entsprechen.

Es geht nicht nur darum, auf der Höhe der Zeit zu sein, sondern in der Perspektive auch daran zu denken: Was wird in zehn Jahren diskutiert und wie wird in zehn Jahren über das, was wir heute entscheiden, gesellschaftlich und politisch gedacht?

Dass es in der Frage des Jagdrechtes und der Jagdpraxis eine gesellschaftliche Diskussion gibt, ist nicht zu leugnen. Wir haben diese Diskussion auch in anderen Bundesländern. In Brandenburg, Baden-Württemberg und Saarland sind entsprechende Gesetze unter ganz anderen Farbenlehren als hier in Nordrhein-Westfalen novelliert worden.

Die Jagdrechtsnovelle in NRW zielt daher – um das an dieser Stelle noch einmal deutlich zu unterstreichen – nicht darauf ab, die Jagd zu schwächen.

(Lachen und Zurufe von der CDU und der FDP: Nein!)

Sie zielt auch nicht darauf ab, um es klar zu sagen, Jägerinnen und Jägern am Zeug zu flicken, wie Sie das vielleicht meinen mögen.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

Nein, es geht darum, eine traditionsreiche Praxis unter sich wandelnden Bedingungen neu zu begründen und zukunftsfest zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Da klatschen nicht die Sozialdemokraten!)

Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Wahrung, Achtung und Respekt vor dem Eigentum, aber zugleich zur Regelung dessen, was wir als Gemeinwohl und Gemeinsinn betrachten, nämlich zur Regelung unseres Zusammenlebens. Darum geht es. Das entscheidet das Parlament, und es ist gut, dass dies das Parlament entscheidet und dass das nicht irgendwelche Lobbygruppen entscheiden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir haben uns bei der Aufstellung des ökologischen Jagdgesetzes von drei Leitlinien führen lassen: erstens den Tierschutz zu verbessern, zweitens den Artenschutz zu stärken und drittens den Waldschutz sichern.

Beim Tierschutz müssen wir gemeinsam feststellen, dass wir ihn in der Verfassung verankert haben. Insofern tragen wir mit dem Jagdgesetz in der Entwicklung dieser Regelung in der Verfassung Rechnung. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schaden zufügen, heißt es im Bundestierschutzgesetz. Das gilt für den Abschuss von Wildtieren ebenso wie bei der Jagdausbildung von Hunden. Deshalb sind Praktiken, die bisher üblich waren, mit dem Tierschutz nicht mehr vereinbar und sollen künftig auch anders geregelt werden:

(Beifall von den GRÜNEN)

die Fallenjagd, die Totschlagfallen oder auch die Baujagd, die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren sowie die Regelung über den Abschuss von Katzen und Hunden, was nun kein Problem des Jagdrechtes ist, sondern des Ordnungsrechtes. Es gibt ein Problem; hier muss es gelöst werden, und hier haben wir deshalb aktuell für Klarheit gesorgt.

Zum Artenschutz: Auch in Nordrhein-Westfalen schreitet das Artensterben voran. 45 % der hier lebenden Tiere und Pflanzen sind vom Aussterben bedroht und stehen auf der Roten Liste. Daher ist es nur folgerichtig, dass wir die Liste der jagdbaren Arten genau auf diesen Umstand hin überprüft haben. Die Liste wurde zuletzt in den 70er-Jahren reformiert. Geschützte Arten, die ohnehin jagdlich nicht von Bedeutung sind, werden künftig aus dem Jagdrecht herausgenommen und bleiben den Artenschutzbestimmungen unterstellt, um ihnen künftig noch besser helfen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die insgesamt 27 Arten auf der Liste machen gut 99 % – ich unterstreiche das hier noch einmal – der Jagdstrecke in Nordrhein-Westfalen aus. Insofern kann ich die Aufregung bei diesem Thema nicht verstehen. Es hat keine praktischen Auswirkungen auf die Jagd.

Zum Waldschutz: Durch überhöhte Schalenwildbestände entstehen in den Wäldern große Verbiss- und Schälschäden. Oberstes Ziel ist die Anpassung der Wildbestände an die natürlichen Gegebenheiten, damit neue Herausforderungen wie die Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels und die Notwendigkeit, mehr Wald in Nordrhein-Westfalen zu haben, realisiert werden können.

Hier spielt die Verbisssituation in unseren Wäldern eine entscheidende Rolle. An dieser Stelle – um das klar zu unterstreichen – brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Jagd. Deshalb gibt es die entsprechenden Regelungen, die im Jagdgesetz insbesondere auch bezüglich der Fütterung aufgenommen worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die durchgeführte Verbändeanhörung hat noch bestehende kontroverse Punkte offengelegt, zu denen teilweise ein Konsens hergestellt werden konnte. Die Proteste sind in der Tat sehr laut, intensiv und zahlreich, und sie verdienen auch meinen Respekt. Aber ich hoffe, ich kann deutlich machen, dass auf der anderen Seite ebenfalls unzählige Mails und Briefe eingegangen sind, die umgekehrt Zustimmung zum Gesetzentwurf deutlich machen.

(Zuruf von der CDU: Vom BUND!)

Dabei geht es nicht um die, wie Sie meinen, Jagdgegnerinnen und Jagdgegner, die keine Jagd mehr wollen, sondern es sind ganz normale Menschen, die nicht auf Antijagd aus sind, sondern Jagd zukünftig so gestaltet haben wollen, dass sie mehr im Einklang mit Tierschutz, Wald- und Naturschutz steht und auch die Bürgerinnen und Bürger einbezieht.

Ich betone nochmals: Die Jagdrechtsnovelle zielt gerade nicht darauf ab, die Jagd zu schwächen, sondern darauf, sie zukunftsfest zu machen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Meine Damen und Herren, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass die Landesregierung ihre Redezeit durch die Einbringungsrede von Herrn Minister Remmel um zwei Minuten und 54 Sekunden überzogen hat.

(Zurufe)

Diese zwei Minuten und 54 Sekunden stehen selbstverständlich allen Fraktionen des Landtags als zusätzliche Redezeit zur Verfügung. Alle Fraktionen haben jetzt also knapp drei Minuten zusätzliche Redezeit. Das ist ein Angebot. Aber es gibt natürlich keinen Zwang, diese Zeit auszuschöpfen; das weiß jeder.

Nach dieser Vorbemerkung erteile ich für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Busen das Wort. Bitte, Herr Busen.

Karlheinz Busen[*)] (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Remmel, die Jägerinnen und Jäger in Nordrhein-Westfalen sind seit Jahrzehnten Garant für artenreiche und vitale Wildtierbestände.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Jägerinnen und Jäger sind seit Jahren zuverlässige Partner der Städte und Kreise bei der Entsorgung von Fallwild, und die Jägerinnen und Jäger sind seit Jahren Partner der öffentlichen Hand, wenn es um Umweltbildung und Schulprojekte geht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die rot-grüne Landesregierung, Ihre rot-grüne Landesregierung, hat die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Jägern einseitig und ohne Anlass aufgekündigt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

SPD und Grüne haben damit das Vertrauen von Zehntausenden Menschen in die Wahrung von Eigentumsrechten, das Vertrauen in die Zuverlässigkeit politischer Entscheidungen und das Vertrauen in die fachliche Richtigkeit von Behördenentscheidungen zutiefst erschüttert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nahezu einmalig in der Landespolitik ist der kraftvolle Protest von mehreren Zehntausend Menschen gegen das neue Jagdgesetz der rot-grünen Landesregierung. Hinter diesen Menschen stehen die zehn Verbände der Naturnutzer in Nordrhein-Westfalen mit zusammen mehr als 500.000 Mitgliedern,

(Beifall von der FDP und der CDU)

eine gewaltige Zahl an Bürgerinnen und Bürgern, die sich von der rot-grünen Landesregierung verraten und verkauft fühlen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie sprechen von Respekt, Herr Minister Remmel. Ihnen fehlt eindeutig der Respekt vor den Menschen, die alltäglich in der Natur arbeiten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die Kritik am neuen, angeblich ökologischen Landesjagdgesetz ist vielfältig und sachlich sehr fundiert.

(Minister Johannes Remmel: Noch nichts Inhaltliches gesagt, nur Polemik!)

Sie, Herr Minister Remmel, mussten schon kräftig zurückrudern. Die Idee, Vereine und Verbände könnten ein moralisches Gewissen haben, hatten Sie von Anfang an sehr exklusiv. Aber Fragen der Verfassungsrechtlichkeit haben Sie und den Rest Ihrer Landesregierung ja noch nie interessiert, ob beim Haushalt oder beim Eigentum.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie wollen die Liste der jagdbaren Arten einschränken. Die Baujagd, die Fallenjagd, die Jagd auf Krähen, die Jagd in Naturschutzgebieten, all das wollen Sie verbieten.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Liste der Verbote ist noch ewig lang. Da es Ihnen nicht gelungen ist, den Flickenteppich bei der Jagd durch die Möglichkeit der Befriedung von Flächen juristischer Personen zu schaffen, versuchen Sie jetzt, die flächendeckende Jagd über die Einschränkung der Jagd in Schutzgebieten unmöglich zu machen. Mit diesen Schutzgebieten überziehen Sie bereits das ganze Land. Das ist die Abschaffung der Jagd als Eigentumsrecht durch die Hintertür.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ja, Herr Minister, Sie gucken. Sie stellen auf der einen Seite mit großem Tamtam Ihre Biodiversitätsstrategien in den Vordergrund und schlagen gleichzeitig die tragenden Säulen einer solchen Strategie weg.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das neue Jagdgesetz wird die angestrebte Artenvielfalt, die Sie angesprochen haben, vermindern. Zusätzlich wollen Sie auch noch Wälder für Windräder roden lassen. Das ist Unsinn.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Minister, wie wollen Sie die Menschen in Nordrhein-Westfalen in Zukunft noch gängeln und bevormunden – etwa, indem Sie die Umsetzung grüner Ideologie eventuell durch uniformierte Landschaftswarte als Umweltpolizei auf privatem Grundbesitz überwachen lassen? Das braucht niemand.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, die rot-grüne Verbotskultur in der Jagdgesetznovelle schadet dem Natur- und dem Tierschutz. Dabei konnte bis

heute kein fachlich begründeter Änderungsbedarf festgestellt werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Tierschutz als Staatsziel wird durch das gegenwärtige Jagdrecht bereits voll erfüllt. Dass die SPD diese ideologisierte Verbotspolitik mitmacht, obwohl die SPD-Abgeordneten vor Tausenden von Jägerinnen und Jägern betont haben, dass sie massiven Änderungsbedarf sehen,

(Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig!)

enttäuscht nicht nur mich.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Als finale Unverschämtheit – es handelt sich wirklich um eine Unverschämtheit – führen Sie die Strafsteuer auf die Jagd wieder ein. Wir wissen alle, dass die Jägerschaft seit vielen Jahren im öffentlichen Interesse Dienstleistungen für die Allgemeinheit erbringt, beim Biotopschutz, beim Artenschutz und bei der Umweltbildung. Eine solche Strafsteuer auf ehrenamtliches Engagement für Umwelt und Gesellschaft sucht in Deutschland seinesgleichen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aber das ist ja auch typisch für diese rot-grüne Landesregierung: Ob bei der Jagd oder auf anderen Gebieten, es fällt Ihnen nichts anderes ein, als die Steuern zu erhöhen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich fordere die Landesregierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Dabei brechen Sie sich nicht einmal einen Zacken aus der Krone. Halten Sie sich einmal an Ihr Wahlversprechen – „Wir machen Betroffene zu Beteiligten“ –, dann würde ein solcher Unsinn gar nicht passieren.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Lassen Sie das beste Jagdgesetz Europas, wie wir es in Nordrhein-Westfalen haben, so, wie es ist. – Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Busen. – Als nächster Redner spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Meesters.

(Beifall von der SPD)

Norbert Meesters (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, die Rede von Herrn Busen haben Sie eindeutig überwertet, muss ich einmal sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Alles, was er zu den Jägern gesagt hat, was ihre Wertigkeit angeht, was ihr Engagement für Natur und Umwelt angeht und was er zur Erhaltung der Arten gesagt hat,

(Ralf Witzel [FDP]: Alles richtig!)

war richtig

(Beifall von der FDP)

und kann man nur unterstreichen. Das war es aber auch schon.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das war richtig. Aber alles andere war Quatsch, Unsinn, grobe Verdrehungen bis hin zum groben Unfug, was Sie hier von sich gegeben haben.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP und der CDU)

Ich möchte zur Sache reden. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, dass das Jagdgesetz in Nordrhein-Westfalen novelliert wird, dass es modernisiert wird

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das war der erste Fehler!)

und dass die Akzeptanz der Jagd in unserer Gesellschaft gestärkt wird. Das machen wir nicht alleine – der Minister hat darauf aufmerksam gemacht –, sondern das machen auch andere Bundesländer. Da sind wir in guter Gesellschaft von Bayern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen, Brandenburg. Egal, welcher Couleur: Überall wird geändert, überall wird modernisiert, überall wird angepasst. Auch wir machen das, und wir haben unsere Leitlinien, nach denen wir das machen. Das sind der Schutz des Waldes, Tierschutz und Artenerhalt. Und die Jagd und die Hege sollen weiterhin garantiert, aber nicht abgeschafft werden, wie Herr Busen in diesem Antrag polemisch suggerieren möchte. Wir wollen sie weiter garantieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Hinzu kommt: Sie alle kennen das Verbändepapier der zehn Verbände, darunter Landesjagdverband, Landwirtschaftsverbände und Bauernverbände. Diese haben in ihrem Papier Kritik an dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landesjagdgesetzes geäußert; das ist richtig. Sie haben sich aber auch zu einer Reform des Landesjagdgesetzes bekannt

(Widerspruch von der CDU)

und ihre Punkte unter die Überschrift gestellt: „Jagdrecht ideologiefrei und mit Augenmaß weiterentwickeln“.

(Henning Höne [FDP]: Aber nicht so!)

Der FDP-Antrag, den wir zu beraten haben,

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist das Gegenteil von dem, was Sie sagen!)

redet nicht von Weiterentwicklung, sondern beharrt auf dem Status quo, und die FDP verweigert sich jeder Diskussion, verschließt sich der Realität in unserer Gesellschaft

(Beifall von der SPD)

und beschränkt sich damit

(Zurufe von der CDU und der FDP: Das glauben Sie doch selbst nicht! Was erzählen Sie denn da?)

auf einen Politikansatz für die 4 % Wähler, die ihnen die Umfragen noch zugestehen. Im Verfahren werden wir das sicherlich noch näher beleuchten, aber ich glaube nicht, dass der Antrag dadurch besser wird.

(Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Unser Antrag besteht darin, das Jagdrecht ideologiefrei und mit Augenmaß weiterzuentwickeln, und die Betonung liegt auf „weiterentwickeln“ – da können Sie hier im Saal noch so viel rumbölken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin der Überzeugung, dass uns der jetzt vorliegende Entwurf Kompromisslinien zwischen den berechtigten Jagdinteressen

(Zurufe von der CDU und der FDP – Lutz Lienenkämper [CDU]: Ignorant!)

und dem Arten- und Tierschutz aufzeigt.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist ignorant!)

Über die Verbändeanhörung hinaus haben weit über 10.000 Jäger in fünf Regionalkonferenzen Flagge gezeigt und ihre Forderungen an die Politik beeindruckend zum Ausdruck gebracht.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich habe selbst an vier dieser Veranstaltungen teilgenommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das war nicht immer vergnügungsteuerpflichtig, aber es war wichtig,

(Zurufe von der CDU und der FDP)

zu hören, was von den Jägerinnen und Jägern hier im Land gefordert wird.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Hören Sie es nicht nur! Machen Sie es doch einfach!)

Ich habe immer gesagt, dass dieser Entwurf nicht in Stein gemeißelt ist, sondern ein Entwurf ist, der sich im Verfahren weiterentwickelt,

(Zurufe von der CDU und der FDP)

und wir haben Wort gehalten. Nun gibt es bereits, wie Sie selbst festgestellt haben,

(Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

mehrere Verbesserungen und Korrekturen, und die beste und wichtigste Korrektur ist die von der SPD-Fraktion geforderte Streichung der Befriedung von Jagdbezirken für juristische Personen.

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Warum seid ihr so aufgeregt?)

Ich habe das in Köln, in Wesel, in Münster und in Bielefeld gesagt: Dieser Passus muss raus. – Und hier im Plenum in Düsseldorf sage ich, dass wir unser Wort gehalten haben. Er ist gestrichen worden.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, zwei Kollegen würden Ihnen gerne eine Frage stellen,

(Jochen Ott [SPD]: Die können sich doch gleich zum Kaffee treffen!)

zum einen Herr Kollege Busen und zum anderen Frau Kollegin Schulze Föcking. Wären Sie bereit, ihre Fragen zu beantworten?

Norbert Meesters (SPD): Gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Gut. – Herr Kollege Busen.

Karlheinz Busen[*)] (FDP): Herr Kollege Meesters, warum haben Sie auf den Regionalkonferenzen dem neuen Jagdgesetzentwurf in fast allen Punkten widersprochen, erzählen hier aber genau das Gegenteil?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Norbert Meesters (SPD): Es wäre komisch, wenn es so wäre, Herr Busen, aber es trifft eben – wie so vieles verdreht Formuliertes in Ihrem Antrag – nicht zu.

(Lachen von der FDP)

Ich habe auf den Jagdkonferenzen gesagt, dass ich mit dem Entwurf unglücklich bin und einige Punkte nicht stimmen. Diese haben wir auch benannt, und einige dieser Punkte haben wir auch abgeräumt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Jetzt stehen wir am Anfang des Verfahrens, und wir werden auch im weiteren Verfahren noch sehen, wie es bis zum Ende weitergeht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – Frau Kollegin Schulze Föcking, bitte sehr.

Christina Schulze Föcking[*)] (CDU): Herr Meesters, herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Ich knüpfe an das an, was Herr Busen gesagt hat. Ich sehe nämlich die großen Veränderungen, die Sie auf den Regionalkonferenzen angekündigt haben, eben nicht.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das ist Ihr Problem!)

Daher frage ich mich: Wo sind denn die Änderungsanträge, die Sie den Jägern wirklich versprochen haben und auf die die Jäger gehofft haben?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Norbert Meesters (SPD): Auch diese Frage ist relativ einfach zu beantworten. Wir haben den wichtigsten Punkt – ich habe es gerade gesagt – abgeräumt,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

nämlich die Befriedung durch juristische Personen. Nun steht die Liste der jagdbaren Arten im Gesetz und nicht mehr in der Verordnung; auch das war ein großer Wunsch des Landesjagdverbandes. Wir haben auch für das Sikawild Lösungen gefunden; an dem Punkt muss man vielleicht noch weiterdiskutieren; da gibt es noch weitere Zuschriften.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir haben für die Meldepflicht bei Zusammenstößen von Fahrzeugen und Schalenwild Lösungen gefunden. Beim Hundeabschuss erfolgt eine Streichung der Beweis- und Anzeigepflicht. Es erfolgt eine Streichung des Jedermannsrechts, krankes Federwild aufzunehmen; das ist eine wichtige Forderung gewesen.

(Erneut Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir haben auch Anpassungen bei den Anforderungen des Schießnachweises an die praktischen Notwendigkeiten durchgeführt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden sehen, was sich in der weiteren Diskussion – es gibt noch ein paar offene Fragen – noch ändern wird,

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Da braucht man nicht so rumzuschreien! Furchtbar! Sachlich bleiben! – Gegenruf von Christina Schulze Föcking [CDU]: Das sagt der Richtige!)

damit dieses Gesetz ein praktikables, ausgewogenes und ideologiefreies Gesetz sein wird.

(Lachen von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Sie haben sich drei Tage lang gesammelt! Jetzt sind alle da!)

Wie gesagt, einige Kritikpunkte wurden bereits abgeräumt, und weitere Kritikpunkte werden wir noch debattieren; das habe ich schon gesagt. Wir beginnen schließlich gerade erst mit dem parlamentarischen Verfahren.

Jetzt möchte ich noch zu einem Punkt kommen, der ganz wichtig ist und den Herr Busen in seiner unnachahmlichen Art angesprochen hat. Ich möchte einige Worte auf die Wiedereinführung der Jagdsteuer verlieren.

Als die Jagdsteuer von Schwarz-Gelb abgeschafft wurde,

(Beifall von der CDU und der FDP)

erfolgte 2009 eine Stellungnahme des Landkreistages, in der dieser gesagt hat: Wir können nur akzeptieren, dass diese Steuer wegfällt, wenn es zu einer Kompensation der uns wegfallenden Mittel kommt.

Deshalb ist das auch in den Koalitionsvertrag von Rot-Grün aufgenommen worden: um das Notsignal der kommunalen Familie, die dieses seinerzeit gesendet hat, nachdem Sie Politik gemacht hatten, aufzunehmen.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Der Landkreistag ist sicherlich nicht Urheber der neuen Jagdsteuer. Das steht in unserem Koalitionsvertrag. Anlass war aber der Wunsch des Landkreistages. Wir wollten die kommunale Familie entsprechend unterstützen. Da gibt es eine Stellungnahme des gleichen Landkreistages zum ersten Entwurf des Kabinetts, und darin spricht er sich für die Ermöglichung der Jagdsteuer aus.

(Zuruf von der SPD: So ist das!)

Ich zitiere: Die Wiedererermöglichung der Erhebung der Jagdsteuer sollte allerdings unter vollständiger Wiederherstellung der früheren Rechtslage erfolgen. – Originalton Landkreistag.

(Zuruf von der SPD: Genau! Hört, hört!)

Was ist damit gemeint? Ich zitiere weiter: Die Begrenzung der Steuererhebung auf 20 % der Jagdpacht wird abgelehnt, stellt diese Deckelung doch einen nicht erforderlichen und unangemessenen Eingriff in die kommunale Entscheidungsfreiheit dar.

(Beifall von der SPD)

So sieht es aus: Es war Wunsch und Wille des Landkreistages, sowohl die Ermöglichung der Steuer einzuführen – das ist ja ins Benehmen der Landkreise und der kreisfreien Städte gestellt, es zu tun – als auch diese Deckelung herauszunehmen. Es ist keine böse Erfindung von Rot-Grün, wie Sie

es hier immer wieder versuchen, den Menschen zu verkaufen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun gibt es andere Stimmen aus den Kreisen der Landräte, wie man jetzt hört. Das ist eine ganz interessante Diskussion, die jetzt im Lande aufblüht. Falls sich im parlamentarischen Prozess herausstellt – das sage ich hier ganz deutlich –, dass sich der Landkreistag die Ermöglichung einer Jagdsteuer nicht wünscht, dann hängt unser Herz nicht an dieser Jagdsteuer.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen niemanden zu seinem Glück zwingen. Das Verfahren, das heute beginnt, wird Gelegenheit bieten, dies klarzustellen. Die geplante Anhörung im Januar, die wir heute Morgen beschlossen haben, wird uns sicherlich weitere Erkenntnisse liefern.

Noch einmal: Ich gehe davon aus, es wird weitere Änderungen im nun begonnenen Gesetzgebungsverfahren geben, und freue mich selbstverständlich auf die kommenden Beratungen zu dem Gesetzentwurf in unserem Ausschuss. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Minister Johannes Remmel)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Meesters. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Ortgies das Wort.

Friedhelm Ortgies[*)] (CDU): Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorweg: Das war Meesters Märchenstunde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich war selbst auf drei dieser fünf Regionalveranstaltungen. Und was Sie heute erzählt haben, entspricht genau dem Gegenteil dessen, was dort auf Sie zugekommen ist.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Dann haben Sie nicht richtig zugehört!)

Aber zu Beginn, meine Damen und Herren, möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten mit einem Zitat beginnen:

Für unser bedrohtes Naturerbe, und wenn es um die Bewahrung dieses Erbes geht, ist die Jagd von Bedeutung, und wir nehmen die Jäger in die Pflicht. Wir brauchen Jägerinnen und Jäger als Mitspieler und Bundesgenossen. Gemeinsam müssen wir für den Erhalt und die Hege und Pflege unserer Kulturlandschaft arbeiten.

Das war ein Zitat unseres Ministers Remmel am 10. Mai dieses Jahres auf dem Landesjägertag in Köln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fünf Monate später kommt das Landesjagdgesetz auf den Tisch, welches die Jägerschaft regelrecht vor den Kopf stößt und genau diese Grundsätze ins Gegenteil verkehrt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Minister Remmel, Sie haben die Jäger regelrecht jahrelang eingelullt. Nun sehen wir, Sie haben sich verhalten wie der sprichwörtliche Wolf im Schafspelz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Inzwischen haben sich zehn Verbände des ländlichen Raumes mit 500.000 Mitgliedern mit den Jägern solidarisch erklärt. Die Ausübung der Jagd, die Hege und Pflege der Natur, die Bewahrung des Naturerbes, die Beseitigung und Entschädigung von Wildschäden – das gehört alles untrennbar zusammen. Neben diesen Pflichten ist natürlich die Jagd auch ein Hobby. Zu diesen Grundsätzen stehen 80.000 Jägerinnen und Jäger. Und Sie haben das alles mit einem Federstrich vom Tisch gewischt.

Mit der Anerkennung von Kleinstvereinen bei Jagdbeiräten, mit den vielfältigen Erschwernissen bei der Jagd auf Raubwild, mit der Wiedereinführung der Jagdsteuer – darauf kommen wir gleich auch noch zu sprechen – werden die Jäger an die Kandare genommen, mit Vorschriften und Verboten überhäuft, und das alles mit rot-grüner Mehrheit.

Dass die Vertreter der Grünen den Gesetzentwurf befürworten, ist für mich keine Überraschung. Überrascht war ich von der SPD,

(Beifall von der CDU und der FDP)

jedenfalls auf den Veranstaltungen der fünf Regionalverbände. Herr Meesters, Frau Watermann-Krass und einige andere, die dort anwesend waren, haben sich öffentlich hingestellt und in vielen Teilen den Gesetzentwurf abgelehnt:

(Norbert Meesters [SPD]: Dazu habe ich gerade etwas gesagt!)

Wir sind nicht glücklich, kein Gesetz kommt so heraus, wie es eingebracht wird, wir nehmen Ihre Argumente ernst.

(Norbert Meesters [SPD]: So ist es!)

Die stärkste Fraktion dieses Hauses kritisiert draußen im Lande einen vom Kabinett und von der Ministerpräsidentin abgesegneten Gesetzentwurf somit in vielen Dingen als falsch und kritikwürdig. Sie haben sich in der Öffentlichkeit weit aus dem Fenster gelehnt und mussten nun bei der Vorlage des zweiten Entwurfs am 18. November 2014 feststellen: Der Berg kreißte und gebar eine Maus.

(Norbert Meesters [SPD]: Das ist falsch!)

Das mit den juristischen Personen haben Sie doch vorher hereingeschrieben, damit sie es wieder streichen können.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, Sie haben überhaupt keinen Zutritt im Hause Remmel. Als Beweis: Am 18. November fand abends in Bielefeld die Veranstaltung mit 3.500 Jägern statt. Am selben Tag hat das Kabinett den zweiten Gesetzentwurf abgesegnet. Sechs Stunden später mussten Sie auf Nachfrage des Landesjagdpräsidenten zugeben, Herr Meesters: Sie hatten davon noch gar nichts gehört!

(Norbert Meesters [SPD]: Ich habe es nicht gelesen, habe ich gesagt!)

Als Sie nach der Jagdsteuer gefragt wurden, musste der Präsident Sie darauf hinweisen, dass dieser Vorstoß von der SPD-Fraktion kam.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Da haben Sie wörtlich gesagt: Ich kann nichts kommentieren, was ich nicht weiß.

(Norbert Meesters [SPD]: Was ich nicht gelesen habe! Schön bei der Wahrheit bleiben!)

So sieht die Mitsprache der größten Regierungsfraktion aus, wenn es um Belange des ländlichen Raums geht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Noch einmal zur Jagdsteuer und zu dem, was Sie hier mit der Argumentation durch den Landkreistag aufführen: Sie wollen hier listig wie ein Fuchs sein und uns irgendetwas vorschreiben. Herr Meesters, Sie sind ein Fuchs in Holzschuhen. Das haben wir alles verstanden.

(Zuruf von den PIRATEN: Was?)

– Sie sind ein Fuchs in Holzschuhen. Sie wollen ganz besonders listig sein, sind es aber nicht.

(Norbert Meesters [SPD]: Sie sind es bestimmt! Das merkt man gerade!)

Meine Damen und Herren, Sie – Ihre Kollegen übrigens auch – haben auf den Landesjägerveranstaltungen etwas ganz anderes versprochen. Sie haben versprochen, die Jagdsteuer abzuschaffen. Genau das Gegenteil tun sie.

(Norbert Meesters [SPD]: Das ist falsch!)

Besonders mit der Abschaffung der Kappungsgrenze haben Sie eine Verschärfung vorgenommen.

Meine Damen und Herren, ich muss meinem Kollegen Rainer Deppe noch ein bisschen Redezeit lassen. Ich sage Ihnen nur: Schreddern Sie diesen Entwurf, packen Sie ihn in den Papierkorb und nehmen Sie die Einwände und die Kritik der Verbände ernst. Dann können wir darüber reden. Oder lassen Sie alles beim Alten. Wir würden Sie dabei sogar unterstützen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ortgies. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Rüße das Wort.

Norwich Rüße[*)] (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was Sie, Herr Busen und auch Herr Ortgies, hier geboten haben, war schon starker Tobak. Ich finde, es ist einigermaßen enttäuschend, dass Sie einen Prozess, der so lange angedauert hat, jetzt so darstellen, als ob er nicht demokratisch abgelaufen wäre.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Genauso ist es!)

Es gab vonseiten des Ministeriums einen Beteiligungsprozess, bei dem sich alle relevanten Gruppen sich vorab hinreichend äußern und ihre Ideen einbringen konnten. Dass ein Minister am Ende …

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

– Bitte, drücken Sie sich doch ein, wenn Sie mich etwas fragen möchten.

Herr Busen, ich möchte zuerst auf Folgendes eingehen: Ihr ganzer Vortrag, den Sie eben gehalten haben, war – das ist, finde ich, erschreckend – inhaltlich null. Es war ein reiner Rundumschlag, den Sie hier gemacht haben. Mit dem Gesetzentwurf haben Sie sich überhaupt nicht auseinandergesetzt. Das ist, finde ich, enttäuschend!

(Widerspruch von der FDP)

Ich sage Ihnen: Das liegt an Ihrer Fundamentalopposition. Sie behaupten auch, wir hätten in Deutschland das beste Jagdrecht. Nein, das ist falsch: Wir bekommen mit diesem Gesetz hier in Nordrhein-Westfalen das beste Jagdrecht in Deutschland!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch von der CDU und der FDP)

Es ist auch notwendig, dass wir es einführen, weil sich die Welt in den letzten Jahren weiter gedreht hat, weil Tierschutz und ökologische Belange in dieser Gesellschaft inzwischen einen anderen Stellenwert haben. Genau deshalb werden wir jetzt eine verkürzte Liste der jagdbaren Arten bekommen. Genau deshalb werden wir bestimmte Jagdpraktiken, die Sie auch keinem mehr erklären können, abschaffen. Die Baujagd wird rausfliegen. Auch die Totschlagfalle wird rausfliegen. Und das ist auch richtig so!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden auch den Abschuss von Katzen verbieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade in Bezug auf diesen Punkt verstehe ich überhaupt nicht, wieso Sie und auch der Landesjagdverband sich da total verweigert haben. Wer in

diesem Jahr – im Jahr 2014 – darauf beharrt, er dürfe den Abschuss von Katzen noch vollziehen, und meint, er könne das heute noch genauso machen wie in den 30er-Jahren – da war das vielleicht noch üblich –, der liegt völlig daneben und befindet sich nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Noch eines sage ich Ihnen: Ich kann auch nicht akzeptieren und dulden, dass Sie immer von dem ländlichen Raum sprechen. Ich rede ja auch nicht von den Jägerinnen und Jägern; denn eine Menge Jägerinnen und Jäger haben mir gesagt, dass sie freiwillig schon lange keine Katzen mehr schießen, weil sie nämlich wissen, dass das überhaupt nicht mehr vertretbar ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich würde mich freuen, wenn Sie von der CDU und der FDP sowie auch der Landesjagdverband an dieser Stelle endlich einmal diesen Jägerinnen und Jägern folgen und mit dem Starrsinn, den Sie da an den Tag legen, aufhören würden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aus meiner Sicht – Herr Busen, Sie haben das eben eindrucksvoll unter Beweis gestellt – ist von Ihnen in der Debatte um ein neues Jagdrecht in den letzten Monaten eine Totalblockade vorgenommen worden. Das geschah selbst an einer Stelle, wo ich dachte, dass Sie das begrüßen würden. Sie müssten es als Jäger begrüßen, einen Schießnachweis einzuführen. Man kann darüber diskutieren, wie oft der stattfinden soll. Ich verstehe nicht, dass Sie das nicht begrüßen. Es geht dabei doch darum, dass jemand mit Waffen hantiert, die eine Tötungswirkung haben. Sie wissen das selbst viel besser als ich. Es geht dabei um öffentliche Sicherheit. Da müssten Sie doch sagen: Jawohl, das ist ein guter Punkt, den unterstützen wir ausdrücklich. – Aber selbst dazu haben Sie auf den Regionalkonferenzen gesagt, es sei alles Quatsch. Ich verstehe es nicht!

(Beifall von den GRÜNEN – Karlheinz Busen [FDP]: Bundesgesetz!)

– Nein, das ist doch Unfug! Das hat doch mit Bundesgesetz nichts zu tun! Herr Busen, ich greife das auf: Ich habe mich erkundigt, dass es kein Problem ist, den Schießnachweis auf Landesebene einzuführen. Wir haben auch im Tierschutzgesetz eine Bestimmung, dass man in ausreichendem Umfang über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen muss, um ein Wirbeltier töten zu dürfen.

Kenntnisse erwirbt man sicherlich durch den Jagdschein – das ist auch gut so –, aber seine Fähigkeiten, das tun zu können, muss man gelegentlich nachweisen. Hin und wieder muss man nachweisen, dass man es kann. Und dazu gehört das sichere Schießen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mich ärgert Folgendes: Wir haben in diesem Gesetz eine Menge guter Positionen, die das Jagdrecht deutlich nach vorne bringen. Ich nenne beispielsweise den Punkt, die Mindestdauer von Pachten auf fünf Jahre zu reduzieren. Das ist hervorragend, weil es auf beiden Seiten mehr Flexibilität erlaubt. Ich würde Ihnen gerne eine Menge Briefe von Bäuerinnen und Bauern zur Verfügung stellen, die sich über Wildschäden beklagt haben, die sie nicht ersetzt bekamen. Es ist hervorragend, dass wir die Frist jetzt von einer Woche auf zwei Wochen verlängern, damit sie ihren Anspruch durchsetzen können.

Mit dem Verbissgutachten werden wir endlich die überhöhten Wildbestände im Wald zurückführen können. Dasselbe gilt für den Punkt „Fütterung und Kirrung“. Schon das beweist hinreichend, dass es notwendig war, das Gesetz zu novellieren. Kein Gesetz – auch nicht das bestehende Jagdrecht – ist für alle Ewigkeiten in Stein gemeißelt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist unsere Aufgabe, Gesetze immer wieder an neue gesellschaftliche Erwartungen und neue Normen – der Tierschutz ist vom Minister erwähnt worden – anzupassen. Das machen wir jetzt.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Ich sage Ihnen eines: Wenn wir das Landesjagdrecht so lassen würden, wie es ist, dann würden wir die Jägerschaft in dieser Gesellschaft komplett in eine Sackgasse führen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass, in zwei oder Jahren – wenn wir diese Debatte, die wir sehr emotional führen, abgeschlossen haben – viele Jäger, wenn wir dann mit ihnen noch einmal darüber diskutieren, sagen werden: Diese Gesetzesnovelle war doch gut und richtig. Viele werden auch sagen: Das war nicht das von Ihnen prophezeite Ende der Jagd, sondern ein guter Neuanfang für die Jagd in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, für die weitere Debatte weise ich darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um zwei Minuten und 54 Sekunden überzogen hat.

Wir haben noch zwei Debattenredner, nämlich Kollege Rohwedder für die Fraktion der Piraten und Herr Kollege Deppe. Die anderen Fraktionen haben ihre Redezeit bereits zu einem großen Teil überzogen – das zur Klarheit. – Herr Kollege Rohwedder, Sie haben das Wort.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Aufgrund eines neuen Bundesjagdrechtes und weil das alte Landesjagdgesetz nach Verlängerung ausläuft, befassen wir uns heute mit dem Entwurf eines Jagdgesetzes mit ökologischem Anspruch. Es sind also nicht nur die angeführten formellen Gründe, die für ein neues Gesetz sprechen. Der Minister hat es schon gesagt: Die Gesellschaft und ihre Sicht der Dinge verändern sich ebenso wie die natürlichen Voraussetzungen der Jagd.

Neue Arten wandern ein, alte ausgerottete Arten kehren zurück. Die Zusammensetzung und die Biodiversität ändern sich. Manche Arten vermehren sich stark, andere gehen genauso stark zurück. Für diese Rückgänge ist im Übrigen überwiegend nicht die Jagd verantwortlich; aber die Jagd muss darauf reagieren. Nicht zuletzt brachte europäische höchstrichterliche Rechtsprechung den neuen Aspekt der Jagdbefriedung durch private Grundeigentümer aus ethischen Gründen.

Wir begrüßen die bisherigen Möglichkeiten der Partizipation für Betroffene – seien es die Naturschutzorganisationen oder der besonders aktive Landesjagdverband, der auch aus eigener Kraft Großveranstaltungen durchführte und sich damit als Organisation aktiver Bürger wirklich in die Diskussion einbrachte. Das ist eine Art der Bürgerbeteiligung, die wir ausdrücklich begrüßen, auch wenn wir mit den dort vorgetragenen Inhalten nicht 100%ig übereinstimmen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir sind dem Landesjagdverband aber dankbar für diese Großveranstaltungen. Im Entwurf sehen wir positive wie negative Entwicklungen. Ich begrüße ausdrücklich das Verbot von Bleimunition, auch die Streichung etlicher Arten aus dem Katalog der jagdbaren Arten. Viele dieser Arten hatten eh schon eine ganzjährige Schonzeit. Und das mit dem Katalog verbundene Hege- und Pflegegebot ist für viele dieser Arten gar nicht durchführbar: Seehund, Großtrappe, Samt- und Trauerente. Wann verirrt sich schon einmal ein Seehund den Rhein hinauf bis nach Düsseldorf? Die Großtrappe ist ein Brutvogel mit einigen Dutzend Brutpaaren in Brandenburg, ein Standvogel, der nur in sehr harten Wintern Kälteflucht durchführt. Im Jahre 2012 ist tatsächlich einmal eine Großtrappe in Nordrhein-Westfalen gesehen worden.

Samt- und Trauerenten sind arktische und subarktische Arten, die in Nord- und Ostsee überwintern, von denen einige wenige Exemplare auch mal weiter nach Süden fliegen, die auf den großen Stauseen dann zu sehen sind. Die können Sie gar nicht schießen. Selbst wenn die Jagd auf die Tiere erlaubt wäre, dann wäre die Jagdstrecke gleich null, weil sie hier so gut wie nie auftreten. Auch Hege und Pflege können Sie für solche Arten nicht wirklich sinnvoll durchführen. Von daher können sie aus dem Katalog raus.

Auch der bisher gestattete Abschuss von Katzen und Hunden kann wegfallen. Weniger als 100 abgeschossene Hunde im Jahr zeigen, dass das Problem gar nicht mal so groß sein kann. Die meisten streunenden Katzen dürfen gar nicht geschossen werden, weil sie sich zu dicht an menschlichen Siedlungen aufhalten. Wir haben schätzungsweise 500.000 streunende Katzen im Land, wovon etwa 5.000 bis 7.000 geschossen werden, also 1 bis 1,5 %. Das hat keinen Einfluss auf die Bestandsentwicklung dieser Katzen. Deshalb ist der vernünftige Grund, den das Tierschutzgesetz für die Tötung eines Wirbeltieres fordert, hier entfallen.

Dass Schutzgebiete jetzt wirklich Schutzgebiete sein sollen, das begrüße ich auch ausdrücklich.

Es gibt in diesem Entwurf aber auch Punkte, bei denen über das Ziel hinaus geschossen wird, wenn der Ausdruck in diesem Zusammenhang erlaubt ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Wer Jagd gestattet, muss auch eine vernünftige Jagdhundeausbildung ermöglichen. Das geplante Ausbildungsverbot an der lebenden Ente wird zu einem Ausbildungs- und Prüfungstourismus für Hunde führen. Das hatten wir schon mal. Damit ist niemandem gedient. Warum kann man aus den Fehlern der Vergangenheit nicht lernen? Ich frage mich, warum das wieder eingeführt werden muss.

(Beifall von den PIRATEN)

Ebenso ist die Wiedereinführung einer Jagdsteuer kontraproduktiv. Sie wird nicht zu mehr Einnahmen führen, sondern zu mehr Ausgaben, weil die Jäger völlig zu Recht die Verträge aufkündigen, die an den Wegfall dieser Bagatellsteuer gebunden waren.

Die bisherige Diskussion und die Veränderungen im Entwurf, die es bisher schon gegeben hat, zeigen aber, dass die Regierungsfraktionen Argumenten und vielleicht auch öffentlichem Druck zugänglich sind. Ich bin zuversichtlich, dass wir am Ende gute Kompromisse finden können. Ich freue mich auf die weitere Diskussion mit allen Betroffenen.

Ein Beispiel für eine nicht konstruktive Herangehensweise ist der FDP-Antrag, der schon im Titel ein geplantes Jagdverbot unterstellt. Der Vorwurf, der Jagdgesetzentwurf sei ideologisch geprägt, fällt voll auf diesen Antrag zurück, der nicht nur ideologisch, sondern auch populistisch formuliert ist.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Leider war auch die Rede von Herrn Busen zur Begründung dieses Antrags – bis auf den Teil, der sich mit dem Verdienst der Jäger befasste – populistisch.

Aufgrund der geänderten Ausgangsbedingungen in Natur und Gesellschaft, wie eingangs schon ausgeführt, ist ein neues Jagdgesetz sinnvoll. Es ist für mich in der vorliegenden Entwurfsform noch nicht in allen Details der Weisheit letzter Schluss. Aber die Aufforderung, liebe FDP, den Entwurf komplett zurückzuziehen, hilft hier gar nicht weiter.

Wir stimmen der Überweisung des Gesetzentwurfs und des Antrags zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und Norbert Meesters [SPD])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Remmel, Sie haben eben Ihre Rede so begonnen, wie Sie immer beginnen, die Jagd müsse sich gesellschaftlich rechtfertigen, man müsse der gesellschaftlichen Diskussion nachkommen.

Abgesehen davon, dass die Grünen ständig über ihre eigene Partei, über ihre befreundeten Organisationen dafür sorgen, dass sich das gesellschaftliche Klima verändert: Ihre Aufgabe als Fachminister – als der sind Sie ja verantwortlich – ist es, für die Verfassung neuer Gesetze fachliche Argumente und nicht ideologische Argumente heranzuziehen. Genau das haben Sie hier nicht getan.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Schulze Föcking zulassen?

Rainer Deppe (CDU): Ja, bitte.

Christina Schulze Föcking[*)] (CDU): Herr Kollege Deppe, herzlichen Dank, dass Sie diese Zwischenfrage zulassen. Sie passt genau zu dem, was Sie gerade gesagt haben. Herr Kollege Meesters hat in seinen Ausführungen noch einmal das parlamentarische Verfahren betont. Er stand dem optimistisch gegenüber. Aus aktuellem Anlass und vor allem mit Blick auf das Verhalten von Rot-Grün in dieser ominösen Sondersitzung möchte ich gerne wissen …

(Zurufe von Dr. Dennis Maelzer [SPD], Norbert Meesters [SPD] und Norwich Rüße [GRÜNE])

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum regen Sie sich so auf? Gestern habe ich noch gehört, es gehe Ihnen um Einladungspolitik. – Herr Kollege Deppe, wie schätzen Sie dieses weitere parlamentarische Verfahren ein? Besteht wirklich Interesse an einer Sachargumentation?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Rainer Deppe (CDU): Wie ich eben schon dargestellt habe, geht es bei diesem Verfahren um ein Fachgesetz. In den letzten Wochen erleben wir jetzt, dass gesagt wird, man nehme die gesellschaftliche Diskussion auf. An verschiedenen Orten im Land treffen sich Tausende von Menschen – zuletzt 3.500 in Bielefeld –, die ihre gesellschaftliche Position darstellen. Außerdem treffen sich andere Menschen. Das waren mal 20; das waren mal 30; das waren vielleicht auch mal 50. Dann nimmt man die Diskussion dieser zuletzt genannten Menschen auf und bildet sie hier ab. Das kann man ja machen. Man hat eben die Wahrnehmung, 3.500 seien wenig, und 50 seien viel, weil diese 50 natürlich das richtige Bewusstsein haben.

(Beifall von der CDU)

Zu dem, was wir dann heute Morgen erlebt haben, muss ich aber wirklich etwas sagen. Nachdem die Obleuterunde getagt hatte, wurde eine Sitzung des Ausschusses durch Unterschriften erzwungen. So etwas haben wir erst selten erlebt. Bevor der Gesetzentwurf überhaupt beraten worden ist, haben SPD und Grüne auch schon die Anhörung beantragt, obwohl das übliche Verfahren ist,

(Norbert Meesters [SPD]: Das war Ihr Vorsitzender, der das so gelegt hat!)

dass wir erst eine erste Beratung im Plenum machen, an deren Ende den Gesetzentwurf in den Ausschuss überweisen und dann eine erste Lesung im Ausschuss durchführen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Meesters, dann wurde –

(Norbert Meesters [SPD]: Das war Herr Ortgies!)

das war ein Glanzstück von Demokratie, Beteiligung und Beachtung der Rechte der Opposition –

(Norbert Meesters [SPD]: Das war Ihr Vorsitzender!)

der Termin der Anhörung mit Mehrheit durchgedrückt …

(Parl. Staatssekretär Horst Becker: Weil ihr nicht miteinander redet! – Gegenrufe von der CDU und der FDP: Aufhören! – Unverschämtheit! – Wo ist der Präsident?)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe. Es ist alles in Ordnung.

Zunächst einmal möchte ich einen Hinweis an die Landesregierung geben. Herr Staatssekretär Becker, es ist unüblich, von der Regierungsbank als Staatssekretär solche Zwischenrufe zu machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann gibt es eine weitere Zwischenfrage an Herrn Kollegen Deppe. Der Kollege Rüße hat sich gemeldet.

Rainer Deppe (CDU): Ich bin ja noch bei der Beantwortung der Frage.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Okay. Dann warten wir noch einen Moment ab.

Rainer Deppe (CDU): Ich kann ja versuchen, ein bisschen schneller zu machen. – Heute Morgen mussten wir sowohl den Sitzungstermin als auch die Uhrzeit mit Mehrheit beschließen. Außerdem wurde die Zahl der Sachverständigen begrenzt, obwohl eine solche Zuteilung an die Fraktionen in unserem Ausschuss vollkommen unüblich ist. Daher muss ich schon sagen: Das Interesse an einer sachlichen und fachlichen Debatte scheint nicht besonders ausgeprägt zu sein.

(Beifall von der CDU und der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Weil Sie sich auf nichts einlassen!)

Jetzt bitte die Frage von Herrn Rüße. Danach würde ich gerne weiter meine Rede halten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Norwich Rüße[*)] (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Deppe, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben eben über die Regionalkonferenzen berichtet und gesagt, wie viele Jäger dort waren. Dann haben Sie festgestellt, wie wenige die anderen gewesen seien. Damit haben Sie die Wertung verbunden, was das jeweils zu bedeuten habe. Insofern würde ich gerne wissen, wie Sie denn die heutige Demonstration von sechs Jägerinnen und Jägern hier vor dem Landtag gegen das neue Landesjagdgesetz bewerten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Rainer Deppe (CDU): Wir haben hier Demonstrationen mit vielen Teilnehmern und Demonstrationen mit wenigen Teilnehmern erlebt. Innerhalb so weniger Tage – am Dienstag ist der Gesetzentwurf überhaupt erst dem Landtag zugegangen – kommt es hier nicht auf die Zahl an, glaube ich.

Meine Damen und Herren, was Sie in Ihrem Gesetzentwurf missachten und überhaupt nicht bedenken, ist die Tatsache, dass wir in der Jagd in Deutschland den althergebrachten Grundsatz der Waidgerechtigkeit haben. Herr Remmel, das wird aus Ihren Äußerungen auch deutlich. Sie haben überhaupt kein Verständnis dafür. Wir brauchen aber nicht weniger Jagd, wie Sie hier gerade noch einmal gesagt haben, sondern mehr Jagd.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist jetzt beendet.

(Beifall von Matthi Bolte [GRÜNE] – Frank Herrmann [PIRATEN]: Gott sei Dank!)

Rainer Deppe (CDU): Diesen Satz will ich aber noch zu Ende führen. – Das haben Sie hier eben noch einmal wiederholt. Ihr Verständnis von Jagd ist offenbar ausschließlich das Verständnis von Schießen. Die Leistungen, die die Jäger für das Gleichgewicht im Naturhaushalt, für die Hege und für den Schutz der bedrohten Arten erbringen, bleiben dabei vollkommen außen vor.

Deshalb ist es völlig falsch, die Zahl der jagdbaren Arten zu reduzieren. Sie muss ausgeweitet werden; denn diese Tiere, die dem Jagdrecht unterstehen, sind die am besten geschützten Tiere in unserem Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön, Herr Kollege Deppe. Ihre Redezeit ist wirklich vorbei.

Rainer Deppe (CDU): Aus rein ideologischen Gründen wollen Sie die Jagd hier unmöglich und uninteressant machen. Das werden wir dann noch weiter diskutieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/7383** an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung bezüglich der Drucksache 16/7383 angenommen.

(Unruhe)

– Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. – Wir stimmen zweitens über die **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/7400** ab. Der Ältestenrat empfiehlt, auch diesen Antrag an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** zu überweisen. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer auch dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung von allen Fraktionen einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

7 Bedarfsgerechte Finanzierung des SPNV sicherstellen – Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei Verteilung der Regionalisierungsmittel beseitigen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6129 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr
Drucksache 16/6782

Der Antrag aller fünf im Landtag vertretenen Fraktionen Drucksache 16/6129 – Neudruck – wurde gemäß § 82 Abs. 2 Ziffer b) unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Becker das Wort.

Andreas Becker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fast am Ende einer langen Plenarwoche kommen wir nun zu einem äußerst wichtigen Thema für alle Menschen in unserem Land, die mit der Bahn unterwegs sind. Ich möchte mich dennoch auf drei Anmerkungen beschränken.

Erste Anmerkung: Alle im Landtag vertretenen Fraktionen sind sich einig, dass Nordrhein-Westfalen bei der Verteilung der Regionalisierungsmittel benachteiligt ist. Wir brauchen mehr Geld, welches zudem stärker dynamisiert werden muss, wenn wir nicht Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr abbauen wollen. Das ist gut.

Zweite Anmerkung: Unser Verkehrsminister Mike Groschek hat alle 16 Bundesländer im Bundesrat hinter einem Antrag versammelt, der besagt, dass Nordrhein-Westfalen bei der Verteilung der Regionalisierungsmittel benachteiligt ist. Es braucht mehr Geld, welches zudem stärker dynamisiert werden muss, wenn das Land nicht Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr abbauen soll. Das ist auch gut. Ich bin fast geneigt, zu sagen: sogar besser, in jedem Fall aber wichtiger. Deshalb gebührt ihm und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Hauses an dieser Stelle unser aller Dank.

(Beifall von der SPD)

Dritte Anmerkung: Jetzt wäre es super, wenn sich Bundestag und Bundesregierung unserer Auffassung und der der 16 Bundesländer anschließen würden. Ich glaube, daran müssen wir noch ein bisschen arbeiten. Aber die Zeichen stehen gut. Wir Sozialdemokraten sind gleich mit unserem ganzen Arbeitskreis nach Berlin gefahren und haben Überzeugungsarbeit geleistet. Wir sind auf einem guten Weg, aber noch nicht am Ziel.

Wir brauchen eine bedarfsgerechte Finanzierung des SPNV durch den Bund entsprechend dem gutachterlich ermittelten Bedarf. Der hierzu gefundene Kieler Schlüssel ist eine gute Grundlage. Vor allem aber hat die Revision der Regionalisierungsmittel unabhängig von der derzeitigen Diskussion um die grundsätzliche Regelung und Entflechtung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu erfolgen.

Meine abschließende Bitte ist deshalb: Helfen Sie mit. Sprechen Sie mit Ihren Bundestagsabgeordneten, wenn Sie noch welche haben.

(Christof Rasche [FDP]: Das ist doch gar nicht die Sache!)

Sprechen Sie mit den Bundesministern, sofern Sie welche treffen. Die Pendlerinnen und Pendler unseres Landes werden es Ihnen danken. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Rehbaum.

Henning Rehbaum[*)] (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Goethe hat einmal gesagt: „Wer Gründe anhört, kommt in Gefahr, nachzugeben.“ – Genau das haben Sie getan, Herr Minister Groschek. Sie haben sich die Gründe Ihrer Verkehrsministerkollegen angehört, warum diese mehr Regionalisierungsmittel brauchen, und Sie haben sofort nachgegeben – lange vor den Verhandlungen. Schon drei Monate vor der entscheidenden Verhandlung am 2. Oktober 2014 haben Sie sich mit einer nur schrittweisen Angleichung des Verteilerschlüssels und einer endgülti-

gen Anwendung ab 2030 einverstanden erklärt. Ihre Begründung für dieses Einknicken war – ich zitiere –: „Denn auch wir wollen nicht, dass woanders kurzfristig Züge abbestellt werden müssen.“ Ihnen, Herr Minister Groschek, waren die Interessen der anderen Länder wichtiger als Nordrhein-Westfalen.

(Reiner Breuer [SPD]: Was soll das denn? – Jochen Ott [SPD]: Was ist das denn? So ein Quatsch! Das glauben Sie doch selber nicht!)

Ihnen war die Solidarität mit den roten und grünen Verkehrsministern wichtiger als Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Von den Dankesbriefen Ihrer Kollegen für das Einknicken können wir in Nordrhein-Westfalen keine Züge bestellen. Bald müssen die Verbünde in Nordrhein-Westfalen Züge abbestellen. Nordrhein-Westfalen wird schon seit 18 Jahren benachteiligt. Grund: Verhandlungsfehler von Johannes Rau im Jahre 1993. – NRW stehen 21,24 % zu. Wir bekommen nur 15,76 %, das heißt 400 Millionen € im Jahr zu wenig.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ott zulassen?

Henning Rehbaum[*)] (CDU): Nein, danke.

(Reiner Breuer [SPD]: Das kann ich mir vorstellen! – Jochen Ott [SPD]: Ja, klar, wenn man so einen Mist erzählt!)

Das fehlende Geld aber ist bitter nötig für Fahrleistungen und für Sicherheit im Nahverkehr. In den Bereichen haben wir im Bundesvergleich einen sehr schlechten Platz. Hätten Sie herausgeholt, was uns zusteht, dann würde ab dem 1. Januar 2015 ein wahrer Geldsegen nach Nordrhein-Westfalen kommen. Hätten Sie herausgeholt, was uns zusteht, dann hätte uns der Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestags nur peripher tangiert. Dieser Beschluss wurde im Übrigen auch mit den Stimmen der SPD herbeigeführt.

Herr Minister Groschek, seit Jahren empören Sie sich darüber, dass der Bund das Land NRW benachteilige. Bis zu Ihrem Einknicken im Juli 2014 hatten Sie großspurig angekündigt, sich für den Teil einzusetzen, der NRW zusteht. Große Erwartung – große Enttäuschung! Dann gab es noch nicht einmal die Mittel, die uns zustehen, sondern nur 18,9 %, und auch die erst ab 2030. Sie, Herr Minister Groschek, haben uns das Ergebnis mit einem Riesenbohei als Verhandlungserfolg präsentiert, und zwar als 9,4-Milliarden-Plus für Nordrhein-Westfalen bis 2030.

Aus den Vorträgen des Ministers Groschek konnte man den Eindruck bekommen, das Verhandelte sei bombenfest. Vor zwei Wochen aber erfuhren wir: Aus den Ankündigungen des Ministers wird nichts. Der angebliche Erfolg erwies sich als Luftbuchung. Ab dem 1. Januar 2015 werden wir sogar noch weniger bekommen als bisher.

Blickt man zurück auf die Verhandlungen am 2. Oktober 2014, kann man leider nur sagen: außer Spesen nichts gewesen. Dabei hatten wir vorab den gemeinsamen Antrag unterzeichnet.

Denn der Schulterschluss im Bund muss sein. Durch den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen des Landtags hatte Minister Groschek die denkbar größte Rückendeckung, die man sich nur vorstellen kann. Leider hat er sie nicht genutzt.

Henry Kissinger hat einmal gesagt:

> „Damit es Fortschritte bei Verhandlungen gibt, ist ein Umfeld erforderlich, in dem ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte herrscht.“

Das herrscht aber in der Verkehrsministerkonferenz schon lange nicht mehr. Diese wird von Rot-Grün dominiert. 13 Verkehrsminister werden von Rot-Grün ernannt, auch die parteilosen. Heute kam noch ein wahres Prachtexemplar dazu, eine Kommunistin.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist Schemmers Rolle! Wie alt sind Sie denn? Das gibt es doch gar nicht!)

Seit heute ist dank SPD Frau Birgit Keller Infrastrukturministerin von Thüringen, eine langjährige SED-Parteifunktionärin. Da kann ich nur sagen: Glückwunsch SPD, nur weiter so!

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie einen Moment hierbleiben. Herr Abgeordneter Rehbaum, es liegt eine Kurzintervention des Herrn Abgeordneten Ott vor. – Herr Abgeordneter Ott, bitte schön.

Jochen Ott (SPD): Abgesehen von der Tatsache, dass ich mich schon frage, wie man in Ihrem Alter mit einem solchen Vokabular wie am Ende Ihrer Rede herumschmeißen und so undifferenziert über die Regierungsbildung in Thüringen sprechen kann, will ich auf drei Dinge hinweisen.

Erstens. Es ist objektiv durch alle Experten belegt, dass Nordrhein-Westfalen definitiv zu wenig Mittel bekommt.

Zweitens. Es ist eine gemeinsame Kraftanstrengung gewesen, dafür zu sorgen, dass sich die Bundesländer auf einen neuen Schlüssel verständigt haben, alle Bundesländer – 16 zu null.

Drittens. Es ist ausgewiesene Tatsache, dass alle Verkehrspolitiker in Berlin die Sache teilen.

Dann stellen Sie sich hierhin und versuchen, unseren Verkehrsminister auch noch vorzuführen, anstatt sich einmal klarzumachen, dass es jetzt an der Zeit wäre, sich nicht mehr in parteipolitischem Gezänk zu ergehen, sondern gemeinsam in Berlin zu kämpfen. Sie machen genau den Fehler wie Ihre Vorgänger in den letzten 30 Jahren, wie auch meine Vorgänger. Wir dürfen als junge NRW-Politiker ein solches Zeug hier doch nicht mehr erzählen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Letzter Punkt: Ist Ihnen bewusst, dass sowohl die Regierung Rüttgers als auch die Regierung Steinbrück die Chance gehabt hätten, eine Revision der Regionalisierungsmittel zu ermöglichen?

(Christof Rasche [FDP]: Wie denn?)

Aber sowohl Rüttgers 2006 als auch Steinbrück 2003/2004 haben das nicht genutzt, weil wir in NRW immer geglaubt haben: Wir sind so stark, wir bekommen das schon allein hin. Wir retten ganz Deutschland, und wir bekommen das bei uns noch hin.

Die Zeiten sind andere, und deshalb müssen wir jetzt zusammenhalten und nicht einen solchen Käu erzählen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Abgeordneter Rehbaum.

Henning Rehbaum[*)] (CDU): Herr Kollege Ott, ich glaube, das Alter teilen wir. Sie sind noch ein paar Tage jünger als ich. Man muss wirklich ganz klar sagen: Wir haben alle zusammen diesen Antrag unterschrieben.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es mangelt an dieser Stelle überhaupt nicht am gemeinsamen Willen. Unsere Kritik geht dahin, dass hier ganz große Dinge behauptet und versprochen werden und am Ende nach langen Verhandlungsnächten überhaupt nichts dabei herausgekommen ist.

(Jochen Ott [SPD]: Weil der Schäuble es doch gestoppt hat! – Christof Rasche [FDP]: Herr Schäuble? Die Teilnehmer stehen hier, auch die von der SPD!)

Ich habe manchmal den Eindruck, Sie glauben, dass in Berlin eine Diktatur herrscht. Sie sind mit in der Regierung. Die SPD ist mit in der Regierung und ist mit im Haushaltsausschuss.

(Weitere Zurufe)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Beu.

Rolf Beu (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist das mit Abstand am dichtesten besiedelte Flächenland in Deutschland. Immer mehr Menschen pendeln, pendeln zur Arbeit, pendeln zum Ausbildungsplatz und tendenziell auf immer weiteren Strecken.

Wie in jedem Ballungsraum gibt es an Rhein und Ruhr zu den Spitzenzeiten Verkehrsprobleme und Staus, trotz oder wegen einer über Jahrzehnte laufenden einseitigen Straßenbaupolitik und einer Politik gegen die Schiene. Die Trendwende muss her, um Verkehr umweltfreundlich zu ermöglichen.

Wir Grüne und die rot-grüne Landesregierung wollen diese Trendwende hin zur umweltfreundlichen nachhaltigen Mobilität. Für nachhaltige Mobilität braucht es einen guten Schienenpersonennahverkehr. Wir brauchen den RRX für Rhein und Ruhr und auf den Außenästen. Wir brauchen die schnellen Verbindungen zwischen den Ober- und Mittelzentren. Wir brauchen die Regionalbahnen, die Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum sind. Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen treibt dies voran. Wir bringen die Schiene in NRW nach vorn. Wir kümmern uns um Bahnhöfe, um den RRX, um neue Verbindungen. NRW muss noch besser werden. Das ist keine Aufgabe, die in ein paar Jahren erledigt ist, aber es ist eine Aufgabe, die lohnt.

Doch für diesen Ausbau der Schiene braucht es Geld, die Regionalisierungsmittel. Mit der Bahnreform Anfang der 1990er-Jahre ging die Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr von der Bundesbahn auf die Länder über. Seitdem erhalten die Länder das Geld als Regionalisierungsmittel. Mit diesem Geld wird der Nahverkehr auf den Schienen finanziert. Wichtig dabei ist, die Regionalisierungsmittel sind keine freundliche Wohltat des Bundes an die Länder. Die auskömmliche ÖPNV-Finanzierung ist grundgesetzlich vorgegeben. Es ist die verdammte Pflicht des Bundes, seiner Verantwortung nachzukommen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von Christof Rasche [FDP])

NRW erhält seit Jahren zu wenig Geld. Vergleicht man den Prozentsatz bei den Regionalisierungsmitteln von 15,8 % mit dem Königsteiner Schlüssel von gut 21 %, dann fließen jedes Jahr knapp 400 Millionen € zu wenig nach NRW.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Das ist ein Trauerspiel!)

Diese Ungleichbehandlung ist nicht nur fatal für das Angebot auf der Schiene, es sind auch Arbeitsplät-

ze und Steuereinnahmen im Verkehrssektor, die NRW entgehen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schemmer zulassen.

Rolf Beu (GRÜNE): Nein. Danach.

(Jochen Ott [SPD]: Obwohl, der Schemmer könnte es uns erklären!)

Dazu kommt eine viel zu geringe Fortschreibung der Mittel. Ich kann mir die Frage schon vorstellen. Ich gehe nachher auch darauf ein, Herr Schemmer.

Während die Kosten im Schienenverkehr steigen, wachsen die Zuweisungen mit 1,5 % jährlich viel zu gering. Wachsen? Wuchsen, muss man sagen. Denn was ist passiert? Die Länder haben sich auf eine neue Höhe und auf einen Verteilschlüssel in Kiel Anfang Oktober geeinigt. NRW würde dann statt 15,8 % mittelfristig 19 % der Mittel bekommen. Die Mittel würden erhöht und mit einem höheren Ansatz fortgeschrieben. Das Ergebnis ist – zugegeben – nicht das Optimum für NRW, aber es ist die beste Lösung, die erreichbar sein konnte, eine Lösung, der alle anderen 15 Bundesländer zugestimmt haben. Das heißt, auch der Größte kann sich gegenüber 15 anderen schlecht durchsetzen, auch wenn sich diese letztendlich einig sind, nicht viel Geld abgeben zu wollen.

Dass nun vor allem die CDU in Düsseldorf Herrn Groschek und Rot-Grün dafür angeht, finde ich persönlich nur noch aberwitzig. Mit der Einigung der Länder hatte Finanzminister Schäuble nicht gerechnet, und als Reaktion will er die Frage „Regionalisierungsmittel“ vertagen. Dabei zeigt ein eigenes Gutachten des Bundes, wie wichtig eine Anhebung der Mittel ist. Das schert Herrn Schäuble und die Bundesregierung aber nicht.

Stattdessen verschärfen sie den Konflikt noch, indem sie die Regionalisierungsmittel nicht wie bisher mit 1,5 % fortschreiben wollen, sondern sie werden 2015 komplett eingefroren. Für NRW macht dieser Verzicht auf die Dynamisierung allein einen Verlust von 17,5 Millionen € aus. Das ist angesichts steigender Kosten de facto eine Kürzung bei der Schiene. Leider machen die Haushaltspolitiker der Großen Koalition in Berlin das mit.

(Beifall von den GRÜNEN und der FDP)

Unsere Grünen-Freunde in Berlin sind klar: Wir haben uns mit offiziellen Anträgen im Bund für höhere Regionalisierungsmittel ausgesprochen. Liebe Kollegen von CDU und SPD, setzen Sie sich dafür ein, dass der Bund umsteuert. Zumindest von der SPD wissen wir ihren Sermon.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn mit ihrem Verhalten gefährdet die Große Koalition in Berlin das Angebot auf den NRW-Schienen. Geht das so weiter, kommt es nicht zum für den umweltfreundlichen Verkehr notwendigen Ausbau der Schienen, sondern zu Angebotsverschlechterungen und Angebotskürzungen. Dann kommen weniger Züge, und dann kommen vollere Züge. Anstatt Zeit mit der Pkw-Maut von Herrn Dobrindt zu vergeuden, sollte sich Berlin tatsächlich diesem Projekt widmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der FDP)

Mit dem vorliegenden Antrag machen wir klar und deutlich: Wir wollen mehr Regionalisierungsmittel, eine höhere Dynamisierung, einen höheren NRW-Anteil. Nur so kann die umweltfreundliche Verkehrswende gelingen. Die Schiene ist wichtig für die Stadt. Die Schiene ist wichtig für das Land. Die Schiene ist wichtig für NRW.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es passiert nicht oft, dass ich einem Kollegen von den Grünen voller Überzeugung applaudiere. Aber, Herr Beu, was Sie gesagt haben, passte im Großen und Ganzen ganz gut.

(Zuruf von der SPD: Im Großen und Ganzen! – Heiterkeit von der SPD)

Einen Satz von Herrn Beu möchte ich zitieren. Er sagte: Nordrhein-Westfalen muss besser werden. Damit hat er recht. Hätte das jemand von der CDU oder der FDP gesagt, hätten Sie uns vorgeworfen, wir redeten das Land schlecht.

Niemand von uns redet das Land schlecht. Aber wenn es schlecht regiert wird und wenn nicht das Optimum herausgeholt wird, muss man das so benennen. Herr Kollege Beu hat sehr recht, wenn er sagt – ich wiederhole das noch einmal –: NRW muss besser werden!

(Jochen Ott [SPD]: Das ist der beste Verkehrsminister seit Jahren! – Stefan Zimkeit [SPD]: Seit Jahrzehnten!)

Der Ursprungsantrag zu diesem Thema kam von der FDP. Daraus ist dann eine Initiative aller fünf Fraktionen geworden. Das ist gut.

Wir haben schon gehört: Nordrhein-Westfalen gehen jährlich 440 Millionen € verloren. Das Geld benötigen wir dringend für den wichtigen Schienenpersonennahverkehr. Der Schlüssel von 15,76 % sollte auf den normalen Schlüssel von 21 % angehoben werden. Herr Minister Groschek hat 19 % er-

reicht. Das ist respektabel, aber nicht das, was wir uns gewünscht haben und was in Nordrhein-Westfalen notwendig wäre. Daran müssen wir weiterarbeiten.

Dass dieser Kompromiss erst für 2030 erreicht wird, wurde zu Recht in der Pressemitteilung von den Grünen kritisiert. Aber zu einem Kompromiss gehört, dass man sich nicht zu 100 % durchsetzen kann.

(Beifall von Reiner Breuer [SPD] – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Deswegen sage ich: Das ist ein respektables Ergebnis, aber das, was wir uns gewünscht haben, ist es nicht.

(Beifall von Reiner Breuer [SPD] und Reiner Priggen [GRÜNE])

Jetzt kommen wir zum entscheidenden Punkt, dem Bereinigungsgespräch der Haushälter in Berlin. Es war eben nicht Minister Schäuble – vielleicht steckt er dahinter –, sondern es waren allein die Haushaltspolitiker der Großen Koalition, die mal eben mit der Sense die Vorschläge abgeräumt haben. Die Haushälter haben in Berlin eine viel größere Macht als bei uns. Sie haben all diese Vorschläge und damit ein halbwegs faires Behandeln von Nordrhein-Westfalen verhindert.

(Jochen Ott [SPD]: Das stimmt!)

Von der SPD sitzen dort zum Beispiel Petra Hinz aus Essen oder Dr. Krüger aus Wesel. Sie haben dieses Spiel mitgemacht.

(Jochen Ott [SPD]: Richtig!)

Von der CDU sitzt dort der Kollege Volkmar Klein, der jahrelang hier mit den Kollegen in der Landtagsfraktion zusammengearbeitet hat. Er macht genau das Gegenteil von dem, was Sie wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es tut mir leid, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Den Schwarzen Peter ausschließlich in Richtung SPD zu schieben, ist nicht fair.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das liegt an den gemeinsamen Haushaltspolitikern der Großen Koalition. Da haben wir noch eine Menge zu arbeiten.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Erzählen Sie mal was von Ihren Haushaltspolitikern in der letzten Legislaturperiode!)

Aber das müssen doch insbesondere die beiden Landtagsfraktionen von SPD und CDU leisten, damit man endlich einmal diese Leute überzeugt.

Die zweite Person, Herr Präsident, war der Kreisvorsitzende von Herrn Uhlenberg, Bernhard Schulte-Drüggelte, auch ein CDU-Mann, der im ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen viel zu sagen hat. Auch er war bei diesem Bereinigungsgespräch dabei. Aber die Argumente und die Ziele der CDU-Landtagsfraktion spielten dort keine Rolle.

Hier hat sich niemand mit Ruhm bekleckert. Wir haben unser Ziel, das wir uns gemeinsam gesetzt haben, nicht erreicht. Also liegt noch eine Menge Arbeit vor uns. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP, der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Jochen Ott [SPD]: Wir halten fest: Die CDU klatscht nicht! – Zuruf von der SPD: Es sind nur fünf Abgeordnete da, und keiner klatscht!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. Ich gebe das am Wochenende weiter. – Für die Fraktion der Piraten hat sich der Kollege Bayer gemeldet.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer und Zuschauer im Stream! Ich weiß nicht, ob Sie mittlerweile mitbekommen haben, worüber wir reden und was Regionalisierungsmittel sind. Das ist das Geld für die S-Bahnen, Regionalexpress und Regionalbahnen in diesem Land.

Was passiert, wenn diese S-Bahnen und Züge nicht fahren? Dann fallen sogar Plenartage aus.

(Heiterkeit und Beifall von Michele Marsching [PIRATEN])

Das haben wir am letzten Plenarfreitag gesehen. Dass dieser Antrag heute behandelt wird, ist ein Grund dafür.

Regionalisierungsmittel sind Steuergelder, die vom Bundestag verteilt werden. NRW erhält einen besonders geringen Anteil. Herr Rehbaum hat eben die Historie aufgegriffen.

Bundesregierung und Bundestag wissen, wie wichtig die Gelder sind und dass die Bundesländer nicht einfach dieses Geld ersetzen können, wenn es fehlt. Aber Berlin lässt NRW im Regen stehen. Mittendrin ist Herr Minister Groschek – sozusagen als übergossener Pudel. Obwohl Ministerpräsidentin Kraft und Herr Minister Groschek sogar an den Koalitionsverhandlungen in Berlin beteiligt waren, haben sie für NRW nichts erreicht. Auch mit seiner Verhandlungstaktik ist Minister Groschek leider baden gegangen.

(Jochen Ott [SPD]: Überhaupt nicht!)

Eigentlich wollte er baden gehen wie Chemieprofessor Andreas Faht. Er bekam vom zuständigen Ministerium wichtige Forschungsgelder für Analyseapparate in seiner Universität nicht und sprang in den Rhein. Er schwamm auch hier am Landtag vorbei und hatte Erfolg. Nun hat er das Geld beisammen.

Minister Groschek, gern hätte ich die Gelegenheit genutzt, bei diesem Antrag Ihren Erfolg zu feiern. Das hätte ich vielleicht sogar schon bei dem kleinen Kompromiss gemacht, der hier erwähnt wurde, der nur eine kleine Verbesserung vorsah – eine Lösung nach dem Motto: mehr für alle. Der Bund gibt 8,5 Milliarden € statt 7,3 Milliarden €. Dann gibt es den Kieler Schlüssel, und wir müssen lange warten, aber irgendwann wird es ein bisschen mehr. Aber Sie haben sich schon auf der Sandbank feiern lassen, als nur klar war, dass aus Berlin mehr kommen müsse, damit die Rechnung überhaupt aufgeht.

Ja, die Länder haben Berlin mit einer schnellen Einigung überrascht. Das ist erst einmal gut. Aber dann haben die Abgeordneten von SPD und CDU – Herr Rasche hat eben gerade aufgezählt, wer alles im Haushaltsausschuss sitzt – im Bundestag gesagt: Die Pendlerinnen und Pendler sind uns egal. Die Zukunft der Mobilität in den Ländern ist uns egal. Sollen die doch einfach mehr Autos kaufen und sich in größere Staus stellen. – So haben sie also besseren Wissens nicht mitgezogen.

Herr Minister Groschek, Sie haben gestern erwähnt, dass Sie eine Familie aufbauen würden, um die Position NRWs zu stärken. Ich dachte eigentlich, die Familie sei in Form von SPD und CDU schon da. Nun gut, dann machen Sie mit der Familie Minister Dobrindt doch ein Angebot, das er nicht ablehnen kann! Wenn NRW selbst Geld in die Hand nehmen würde, dann wäre das ein eindeutiges Zeichen für die Pendlerinnen und Pendler. Das wäre sowieso angebracht. Das ist genauso wie beim Abruf der Mittel im Straßenbau.

Oder bieten Sie ein Modell an, bei dem es einen Länderanteil gibt! Es ist klar, dass NRW die Mittel nicht komplett stemmen kann, aber man kann zumindest vorangehen. Zeigen Sie auch, wie wichtig Ihnen Nahverkehr für Wirtschaft und Gesellschaft ist, und zwar immer und überall! Das gilt natürlich auch, wie Herr Becker sagte, für uns Abgeordnete.

Die Praxis der Stations- und Trassenentgelte stellt für die Bahn und somit für Berlin einen Renditegoldesel dar. Diese ist für die Preissteigerung in diesem Bereich mitverantwortlich. Dass wir über diese Verantwortung sprechen müssen, ist auch klar. Für Rot, Schwarz und Grün in diesem Saal gilt: Bringen Sie dies nach Berlin und thematisieren Sie es nach oben! Fragen Sie Ihre Verkehrspolitiker danach und setzen Sie das Thema bundesweit auf die Agenda!

Zusätzlich zum Appell von Herrn Becker: Nehmen Sie bitte auch noch die Dynamisierung der Mittel mit in Ihre Verhandlungen auf! Die Verantwortung immer hin und her zu schieben, ist leider ein Systemversagen – auch, wenn ich, Herr Beu, natürlich die Kritik an der Mautverliebtheit von Herrn Dobrindt teile. Worte gibt es genug. Die Frage ist jetzt: Wer ist der Motor, der NRW weiterhilft?

Die Umsetzungsprobleme sind in Land und Bund unübersehbar. Es gilt jetzt, vor allem dafür zu sorgen, dass wir im Winter nicht nur nicht im Regen stehen, sondern vor allem nicht im Schneesturm landen. Denn wir wissen: Dann bricht der Bahnverkehr komplett zusammen. Die Dringlichkeit wird in Berlin viel zu gelassen und gleichgültig gesehen.

Ich komme zum Schluss. Auf keinen Fall können wir warten, bis die Verteilung von Geldern zwischen Bund und Ländern grundsätzlich verhandelt wird. Regionalisierungsmittel sind keine Verhandlungsmasse, sondern Folge der Bahnreform und gehören auch nicht in eine Föderalismuskommission. Darum ist und bleibt es wichtig, dass wir diesen Antrag gemeinsam aus diesem Land nach Berlin senden. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Rehbaum, dass Sie hier rhetorisch in den Kalten Krieg ziehen, beweist nur eines, nämlich, dass Sie von Herrn Laschet offensichtlich allesamt verpflichtet worden sind, Parteisoldateska zu spielen, statt Regionalpatriotismus zu beweisen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Das ist eine denkwürdige nordrhein-westfälisch-christdemokratische Entscheidung und wird als Bumerang auf Sie zurückfallen. Deshalb lohnt es der Mühe nicht weiter, ernsthaft auf Sie einzugehen. Wenn Sie wieder ernsthafte Argumentationsbeispiele bringen, werde ich das gerne tun. Soldaten spielen sollten wir aber nur dort, wo es hingehört: bei Reserveübungen und nicht im nordrhein-westfälischen Landtag.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Anmerkung: Der Kollege Rasche hat recht. Wir hatten eine Ausgangsposition, bei der 2002 und 2006 Landesregierungen keine Veränderung des Schlüssels geschafft haben. Beide Jahreszahlen sind die Jahreszahlen der letzten Revision der Regionalisierungsmittel. Sie hatten jetzt eine sehr schwierige Aufgabe, weil die Ostländer – aus ihrer Sicht völlig zu Recht – um jeden Euro und Cent gekämpft haben, weil – aus ihrer Sicht – immer noch die Bund-Länder-Umverteilung zu ihren Lasten droht. Deshalb war es ein sehr mühseliges Unterfangen.

Unsere Position: Wir haben gut begründet 20 % gefordert, statt 15,76 % durchzusetzen. Wir haben statt 20 % immerhin 18,99 % geschafft. Das hätten

wir nicht erreicht, wenn sich Bayern nicht mit uns solidarisiert hätte, um das klipp und klar zu sagen. Deshalb werde ich an dieser Stelle auch immer betonen: Bayern hat uns hier solidarisch geholfen. Deshalb habe ich auch gar keinen Grund, an dieser Stelle den Verkehrsminister in Berlin anzugreifen, sondern die Finanzpolitik. Das sind nicht die Abgeordneten des Haushalts-Ausschusses primär, sondern das ist ein Pflichtversäumnis der Bundesregierung.

Die Bundesregierung hätte ein Regionalisierungsfolgegesetz vorlegen müssen. Das hat die Bundesregierung fahrlässig unterlassen. Wir als Länder mussten 16:0 die Bundesregierung an ihre Pflichtvergessenheit erinnern. Es gab einen einstimmigen Bundesratsbeschluss, der den Bundestag und die Bundesregierung jetzt am 19.12. zwingt, Flagge zu zeigen. Sie tut es wieder nur kümmerlich. Warum? Weil ein Gesetzentwurf erwartet werden muss, bei dem jetzt noch gestritten wird, ob Minister Schäuble dem armen Minister Dobrindt in die Kasse greift, um 1,5 % Dynamisierung für 2015 auf die schmählichen 7,3 Milliarden € zu packen.

All das ist politische Geiselnahme des Bundesfinanzministers zulasten der 270.000 Berufspendler, die alleine an Rhein und Ruhr jeden Morgen wie Ölsardinen in Bimmelbahnen hocken. Deshalb müssen der Bundesfinanzminister und das Bundesfinanzministerium an Pflichterfüllung erinnert werden. Das werde ich tun – wahrscheinlich am 19.12. auch in Berlin selbst. Ich lade Sie herzlich ein, die Interessen des Landes und nicht Ihrer Parteien wahrzunehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Parteisoldateska war Johannes Rau, als er 1993, um Sprecher der A-Länder zu bleiben, den jährlichen 400-Millionen-Euro-Scheck über die sonstigen Bundesländer verteilt hat. Dieses Problem aus 1993 wirkt bis heute durch.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Beschämend!)

Ich mache da mal weiter: Statt die Forderung von 21,2 % durchzusetzen, haben Sie sich mit 19 % für 2030 zufriedengegeben. Das sind Milliardenbeträge, die uns ebenfalls noch bis 2030 fehlen und die uns zustehen. Da ist auch wieder der Sprecher der A-Länder wichtiger als die Interessen von Nordrhein-Westfalen. An den nordrhein-westfälischen Interessen haben Sie sich versündigt.

Dann gibt es eine zweite Spielwiese, die mit dieser ersten nichts zu tun hat.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, die Redezeit.

Bernhard Schemmer (CDU): Ich mache es auch ganz schnell, Herr Präsident.

Das ist die Frage: Muss das mit den Regionalisierungsmitteln vor den sonstigen Regelungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen laufen? Da sage ich Ihnen ganz einfach: Dass die Bund-Länder-Finanzbeziehungen einbezogen und geregelt werden, ist politische Praxis. Das war immer so. Das wird heute nicht anders sein. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Herr Becker gemeldet.

Andreas Becker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schemmer hat mich doch noch ein bisschen provoziert. Es liegt mir am Herzen, noch zwei Dinge klarzustellen.

Erstens. Wenn man heute 15,76 % Anteil an Regionalisierungsmitteln hat und mit der Forderung nach 21,8 % nach dem Königsteiner Schlüssel in die Verhandlungen geht und am Ende von allen Bundesländern unterstützt mit fast 19 % nach Hause geht, dann ist das in unseren Augen ein Erfolg,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

vor allem dann, wenn man bedenkt, dass es sofort über eine Milliarde insgesamt mehr gibt und die Dynamisierung demnächst 2 % statt 1,5 % beträgt.

Ich kann es auch anders sagen. Wenn es denn so kommt, hat unser Minister dafür gesorgt, dass wir 2015 rund 200 Millionen mehr für die Pendlerinnen und Pendler haben werden, 2017 rund 350 Millionen € mehr und 2019 500 Millionen € mehr für die Pendlerinnen und Pendler im öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen. Das ist gut. Wenn einer Ihrer Minister mit solchen Zahlen nach Hause gekommen wäre, hätten Sie ein großes Sommer-, Winter- und Herbstfest hier um den Landtag herum veranstaltet, um das zu würdigen.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Sie, Herr Schemmer, haben gestern in der Haushaltsdebatte gesagt, dass Sie im Geheimen diplomatisch in unserem Landesinteresse, in unserem Sinne tätig sind. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich habe Ihnen gestern schon nicht geglaubt – mit vielen Leuten aus meiner Fraktion –, dass Sie geheim tätig sind. Auch dass Sie diplomatisch tätig

seien, hat selbst bei den Abgeordneten Ihrer Fraktion ein Schmunzeln ins Gesicht getrieben.

(Lachen von Jochen Ott [SPD])

Nach Ihrem Beitrag heute ist das nicht anders. Deshalb fordere ich Sie nochmals auf: Beenden Sie Ihr politisches Klein-Klein! Beenden Sie Ihr kleines Karo! Denken Sie an die Pendlerinnen und Pendler in unserem Land! Helfen Sie mit, damit wir alle gemeinsam am Ende das Dingen wuppen! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die FDP-Fraktion hat sich der Kollege Rasche noch einmal gemeldet.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen Antrag hat getragen der gemeinsame Geist dieses Hohen Hauses, so wie es der Minister gestern auch mit einer großen Familie umschrieben hat, die gemeinsam arbeitet, um etwas Wichtiges für Nordrhein-Westfalen zu erreichen. In Berlin erleben wir dann, dass die Große Koalition, also sowohl CDU als auch SPD, davon nichts hören will.

Heute – die beiden Redner gerade haben es noch einmal bewiesen – ist nichts von einem Miteinander mit der Intention, gemeinsam in Berlin etwas für Nordrhein-Westfalen zu erreichen, zu spüren. Das Gegenteil ist der Fall.

Das ist doch auch schon die Politik der vergangenen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Bei Großprojekten geht Nordrhein-Westfalen leer aus, weil SPD und CDU sich gegenseitig blockieren, oft hier im Hohen Haus, aber spätestens dann bei den Kontakten in Berlin. Wenn hier nicht ein Umdenken bei den Kollegen von CDU und SPD entsteht, …

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Christof Rasche (FDP): … auch in ihrer Zusammenarbeit in Richtung Berlin, dann werden wir uns weiter gegenseitig blockieren und Nordrhein-Westfalen wird nichts erreichen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage.

Christof Rasche (FDP): Da kann der Minister machen, was er will. Wenn es hinterher von zwei großen Fraktionen hintertrieben wird, erreichen wir nichts.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Es gibt eine Zwischenfrage des Kollegen Schemmer. Würden Sie die zulassen?

Christof Rasche (FDP): Ich freue mich auf den Kollegen Schemmer.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Rasche, Sie sprechen zu Recht die Notwendigkeit an, in Berlin adäquat aufzutreten. Meine Frage ist: Halten Sie das Verhandlungsergebnis, im Jahre 2030 immer noch erst 19 % statt 21,24 % zu bekommen, was auch noch voraussetzt, dass der Bund 1,2 Milliarden drauflegt, für ein angemessenes Verhandlungsergebnis für Nordrhein-Westfalen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Rasche, bitte schön.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident, vielen Dank. – Wir haben uns als Ziel gesetzt, 21,2 % zu erreichen. Jeder, der weiß, dass es unterschiedliche Interessen bei den Bundesländern gibt, weiß, das 100%-Ergebnis war nicht erreichbar. Von daher war das Ergebnis bestimmt nicht sehr gut, aber – wie ich es eben formuliert habe – es war respektabel.

Aber wenn man als CDU sagt, diese ganze Zielsetzung war sowieso eigentlich nicht richtig, weil man das in den Länderfinanzausgleich hätte mit einbauen müssen, dann war man doch von Anfang an nicht ehrlich. Wir waren uns doch einig, wir stellen einen Antrag, um etwas für Nordrhein-Westfalen zu erreichen. Aber offensichtlich hatte die CDU schon von Anfang an ein ganz anderes Ziel, indem sie Sachverhalte miteinander verknüpft hat, die nach unserer Auffassung nicht miteinander zu verbinden sind, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Also noch einmal zum Schluss: Nordrhein-Westfalen muss in diesem Feld viel mehr erreichen. Sonst müssen wir tatsächlich irgendwann – da hat Herr Beu recht – Zugleistungen abbestellen, und die Pendler sitzen wie Ölsardinen nicht nur nebeneinander, sondern auch noch übereinander, Herr Minister. Also wir müssen gemeinsam etwas erreichen. Wir haben noch eine Menge Arbeit vor uns. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Nur ein Hinweis zur Ehrenrettung: Aus den Oppositionsreihen im Deutschen Bundestag ist mir kein identischer Antrag im Landesinteresse bekannt.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Das will ich jetzt nur noch einmal deutlich machen. Es gibt keinen Antrag einer Oppositionsfraktion, den Länderverkehrsministerbeschluss eins zu eins umzusetzen. Ich rate sehr dazu, noch einmal zu versuchen, eine Fraktion dazu zu bewegen, genau das für die Sitzung am 19. Dezember 2014 zu beantragen. Mich würde das freuen.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr empfiehlt in Drucksache 16/6782, den Antrag Drucksache 16/6129 – Neudruck – unverändert anzunehmen. Wir stimmen also nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Antrag Drucksache 16/6129 – Neudruck – ab. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/6129** – **Neudruck** – mit den Stimmen aller Fraktionen **angenommen**.

Ich rufe auf:

8 Nach den Enthüllungen der „Luxemburg Leaks“: Ruinösen Steuerwettbewerb in der Europäischen Union endlich wirksam bekämpfen – die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7409

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der Piraten dem Kollegen Kern das Wort.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Anfang November dieses Jahres hat ein Verbund internationaler Journalisten aufgedeckt, wie und in welchem Umfang sich Konzerne mit Unterstützung der luxemburgischen Behörden am Allgemeinwohl vergehen. Die sogenannten Luxemburg-Leaks beweisen nun, was wir schon immer gesagt haben: Der aggressive Steuerwettbewerb in der EU schafft den Nährboden für eine Steuervermeidungsepidemie.

(Beifall von den PIRATEN)

Da können wir uns alle einmal bedanken, oder besser zweimal – nicht bei Luxemburg, nicht bei den beteiligten Steuerentziehern, sondern erstens bei den Journalisten, die über diesen Skandal berichtet haben, und zweitens vor allem bei den Whistleblowern, die den Mut gehabt haben, diese wichtigen Informationen in die Öffentlichkeit zu bringen.

(Beifall von den PIRATEN)

Nur Applaus von den Piraten – das finde ich auch bezeichnend. Aber Sie können Ihre Zustimmung zu diesem Gedanken anderweitig zum Ausdruck bringen, nämlich indem Sie Whistleblowern durch die Annahme unseres Antrags Schutz gewähren.

(Beifall von den PIRATEN)

Herr Finanzminister, Sie haben die Steuersklerose im Bereich der Einkünfte aus Kapitalerträgen gestoppt. Sie haben sich gegenüber der Schweiz beim automatischen Informationsaustausch durchgesetzt. Respekt – auch wenn ich hinsichtlich Ihrer Wahl der Mittel bekanntlich anderer Ansicht war. Aber das ist Ihr politischer Erfolg. Das muss ich ganz objektiv und der Vollständigkeit halber einmal anerkennen.

Wie geht es weiter im internationalen Steuerrecht? Sie gefallen sich ja, Herr Minister, wie ich damals in der Debatte lernen musste, in grünen Strumpfhosen. Aber als Steuer-Robin-Hood brauchen Sie nicht nur den Kurzbogen, der gegen die Steuerhinterziehung von Millionären und Multimillionären wirkt. Sie brauchen in Ihrem Repertoire auch den Langbogen, der die Milliardäre und Multimilliardäre erreicht, die Konzernmultis. An diesem langen Bogen mangelt es zurzeit, und zwar in ganz Europa.

(Beifall von den PIRATEN)

Erste Vorschläge für einen Langbogen gegen internationale Konzerne stehen in unserem Antrag. Um welche konkreten Maßnahmen geht es? Es geht um die Verhinderung mutwilliger Verlagerungen von Gewinnen in Steueroasen, um sogenanntes Country-by-Country-Reporting; dass man also in einer Bilanz sehen kann, wo welche Gewinne und Steuern anfallen oder eben nicht.

Und man kann ähnlich wie bei der Versagung der Abzugsfähigkeit von Zinsausgaben auch bei Ausgaben für Lizenzen und Patente fragen, ob diese denn tatsächlich von der Steuerbemessungsgrundlage abgezogen werden dürfen, wenn sie in einem anderen EU-Land lediglich zu 5 % besteuert werden. Wir Piraten sagen da Nein.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir brauchen eine Mindestbesteuerung, die ihren Namen verdient, und nicht die lächerlichen 15 %, die zurzeit in der Diskussion rund um die BIPs-Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Thema beschäftigt, rumgeistern. Dass auf europäischer Ebene gemeinsame Regelungen möglich sind, zeigt doch gerade das Zustandekommen des automatischen Informationsaustauschs, wenn nur der politische Wille vorhanden ist. Die Steuerhinterziehung Vermögender wird bekämpft, während ein Vorgehen gegen Großkonzerne unmöglich sein soll – das glaubt doch niemand mehr!

Wir können es daher nicht zulassen, dass der aus dem technologischen Fortschritt resultierende Wohlstandsgewinn alleine den Aktionären von Großkonzernen und deren Managern zugutekommt. Die Automatisierungsdividende darf nicht privatisiert und gleichzeitig steuerfrei gestellt werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Wir Piraten bleiben dabei: Die aufgedeckte Steuerprivilegierung von Großkonzernen und Vermögenden ist die asoziale Variante der Legalität und gehört abgeschafft!

(Beifall von den PIRATEN)

Wir Piraten laden alle Fraktionen im Rahmen der Ausschussberatungen dazu ein, ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Zimkeit.

Stefan Zimkeit[*)] (SPD): Zunächst, Herr Präsident, muss ich mich bei Ihnen entschuldigen, ich habe Sie in meinem Redebeitrag vorhin versehentlich als Vizepräsident angesprochen, obwohl Sie amtierender Präsident waren. Ich bitte, das zu verzeihen.

Wir nehmen die Einladung zur Diskussion und vielleicht zu einem gemeinsamen Vorgehen in dieser Frage gerne an. In dem Antrag werden wichtige Fragen angesprochen. Ob die benannten Instrumente und Adressaten alle die richtigen sind, sollten wir diskutieren. Wir wissen: Die Bekämpfung von Steuerungerechtigkeit, Steuerhinterziehung und Steuerunehrlichkeit ist ein Markenzeichen dieser Landesregierung. In diesem Fall sind wir inhaltlich gar nicht so weit auseinander. Wir sollten das ausführlich im Ausschuss weiterdiskutieren.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke, Herr Zimkeit. – Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Stein.

Robert Stein (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits im Juli 2013 haben die G-20-Finanzminister den Aktionsplan „Base Erosion and Profit Shifting“ – kurz: BEPS – der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verabschiedet. Dabei geht es um Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung multinational tätiger Unternehmen. Dieser Aktionsplan beinhaltet einen umfassenden Maßnahmenkatalog gegen steuerschädlichen Wettbewerb. Ziel ist die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Staaten bei gleichzeitiger Sicherung der Steuereinnahmen.

Inzwischen gibt es auch einen 15 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog, der breite internationale Zustimmung erfahren hat. Ein Baustein in diesem Kontext ist auch die Verbesserung der Transparenz im Hinblick auf aggressive Steuerplanung.

Vor drei Monaten hat das Bundesfinanzministerium ein Symposium zur internationalen Steuerpolitik ausgerichtet. Im Fokus standen dort die ersten Ergebnisse der internationalen Arbeiten zur Bekämpfung internationaler Steuergestaltungen. Die Probleme, um die es geht, haben nämlich internationale Ursachen.

Sie resultieren aus den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, während das Steuerrecht eine nationale Kompetenz ist und – diese Anmerkung sei mir hier erlaubt – nicht allein auf der Länderebene Nordrhein-Westfalens geregelt werden kann. Das ist klar. Es ist also wichtig, dass wir zu international abgestimmten Lösungen kommen. Wir benötigen einen gemeinsamen internationalen Ordnungsrahmen, den die einzelnen Staaten in der ihnen eigenen Gesetzgebung beachten.

Die internationalen Arbeiten sollen bis zum Ende des Jahres 2015 fortgeführt werden. Dann wird abschließend feststehen, an welchen Punkten das internationale Regelwerk Schwächen aufweist und geändert werden muss.

Für uns steht fest, dass internationale Steuergestaltung eingeschränkt werden muss, damit die Wettbewerbsgerechtigkeit aller Unternehmen erhalten bleiben kann. Da, wo es nötig ist, muss dann auch das nationale Recht den weiteren Entwicklungen angepasst werden.

Für meine Fraktion ist klar: Einzelne Maßnahmen oder Vorstöße von Bundesländern können nicht zum Erfolg führen. Es sollte vielmehr eine enge Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund geben, damit dieser bei der EU und der OECD auf die gewünschten Ziele hinwirken kann.

Der Überweisung Ihres Antrages in den Fachausschuss stimmen wir natürlich zu. – Für Ihre Aufmerksamkeit möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Stein. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Stein, herzlichen Glückwunsch zu dieser Jungfernrede als Neuparlamentarier der CDU-Fraktion.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Mit Blick auf die intensiveren Debatten, die wir in den Ausschüssen sicherlich führen werden, möchte ich mich auf drei Punkte zu Ihrem Antrag beschränken.

Erstens: der Themenkomplex „Luxemburg-Leaks“. Die Enthüllungen der Journalisten aus mehreren Ländern sind nicht nur zu begrüßen, sondern bringen uns erstmalig und einmalig Einblick in die Steuerpraktiken von Unternehmen in den europäischen Nachbarländern. Das bestärkt uns alle darin, noch größere Anstrengungen gegen die Steuervermeidungsstrategien international tätiger Großkonzerne und das aggressive Steuerdumping einiger Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union zu unternehmen.

Aus unserer Sicht ist der aggressive Steuerwettbewerb gerade der Niederlande, Luxemburgs, Irlands und Österreichs ein Bruch des europäischen Rechts, der alle Mitglieder zur loyalen Zusammenarbeit verpflichtet. Deshalb stellt sich unsere Fraktion im Landtag hinter die Initiative der grünen Fraktion im Europäischen Parlament, die einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung systematischer Steuervermeidung in den EU-Mitgliedstaaten fordert. Ich denke, dass ein Untersuchungsausschuss das wirksamste Instrument für eine volle Aufklärung der staatlichen Begünstigung von Steuerprellern ist, wie durch die Luxemburg-Leaks enthüllt.

Zudem müssen EU-Kommissionspräsident Jean Claude Junker und Finanzminister Schäuble sehr schnell beweisen, dass sie die Interessen der europäischen Bürger vor die Interessen der steuervermeidenden Großunternehmen und Steueroasen stellen. Viele Vorschläge sind längst da. Bislang fehlte allerdings meiner Meinung nach der politische Wille. Die Gelegenheit von Luxemburg-Leaks darf unserer Meinung nach nicht ungenutzt bleiben. Politische Tatenlosigkeit würde den Europafrust auch unverantwortlich verstärken.

Zweitens. Themenkomplex „Lizenzboxen“: Viele Staaten bieten internationalen Großkonzernen eine willkommene Plattform für aggressive Steuergestaltung mittels steuergünstiger Lizenzboxen. Ich unterstütze das Anliegen des Piratenantrags, diesem Steuersparbetrieb von Unternehmen einen Riegel vorzuschieben.

Der Finanzminister aus Hessen hat jüngst eine Bundesratsinitiative gegen Steuerdumping vorgestellt und spricht sich darin für die Einführung einer sogenannten Lizenzschranke aus. Er schlägt vor, dass künftig Lizenzzahlungen ins Ausland nur dann voll abzugsfähig sind, wenn sie der Empfängerstaat mit mindestens 25 % besteuert. Das ist sicherlich eine interessante Initiative, damit durch konzerninterne Lizenzzahlungen die bislang in Deutschland erzielten Gewinne nicht weiter kleingerechnet und in Länder verschoben werden können, wo sie kaum besteuert werden.

Drittens. Die Schließung von Steuerschlupflöchern und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung sind für uns im Landtag und für die Landesregierung wichtige Bausteine zur gerechteren Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. Nordrhein-Westfalen ist dabei bundesweit eines der führenden Länder und hat in der Vergangenheit bereits wichtige Impulse für die nationalen und internationalen Fortschritte auf diesem Gebiet gesetzt. Ich schließe mich da meinem Kollegen Zimkeit an, dass wir – das muss ich Ihnen leider sagen – an dieser Stelle keines Antrages der Piraten bedurft hätten, um uns da noch einmal zu motivieren. Ich denke vielmehr, dass wir da schon an vorderster Front stehen und kämpfen.

Ich freue mich auf die Ausschussberatung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gestrige Entscheidung des Europäischen Parlaments, die Aufklärung von Lux-Leaks und die Bekämpfung von Steueroasen sowie Steuervermeidung zum Gegenstand zweier ausführlicher Sonderberichte zu machen, begrüßt die FDP-Landtagsfraktion ausdrücklich.

Wir wollen Aufklärung und auch nähere Einzelheiten erfahren zu der Fragestellung, welche Geschäftsmodelle mit welchen Steuergestaltungen im EU-Ausland in den letzten Jahren genutzt worden sind. Die Bürger dürfen vom Europäischen Parlament zu Recht erwarten, dass dieses an der Spitze der Aufklärung und Aufarbeitung von Angeboten problematischer Steuervermeidungspraktiken einzelner Mitgliedstaaten innerhalb der EU steht.

Die Sonderberichte bieten daher eine gute Gelegenheit, einerseits vergangene Praktiken umfassend aufzuklären und andererseits endlich einen

Rahmen für transparenten und fairen Steuerwettbewerb zumindest in Europa zu erarbeiten.

Wünschenswert wäre es sicherlich, wenn es absehbar gelänge, auch zu einer darüber hinausgehenden internationalen, idealerweise auch weltweiten Verständigung über zulässige Steuerpraktiken einerseits und Steuervermeidungsstrategien andererseits zu kommen, die im Sinne eines fairen Wettbewerbs in einer sozialen Marktwirtschaft nicht länger hinnehmbar sind. Auswüchse gibt es in der Tat, von denen auch zahlreiche bekannt werden bzw. in der Vergangenheit publik geworden sind. So etwas kann denen nicht recht sein, die sich so gründlich wie möglich an Steuergesetzgebung halten.

Für eine übergreifende internationale Verständigung ohne Schlupflöcher besteht derzeit leider noch keine Gelegenheit. Deshalb muss es umso mehr mindestens innerhalb der Europäischen Union gelingen, sich zumindest auf einheitlich akzeptierte Grundsätze zu verständigen. Es ist nicht in Ordnung – das sage ich ganz ausdrücklich –, wenn einige wenige international operierende Konzerne für sich Steuervermeidungsstrategien nutzen und damit für einen Steuerausfall sorgen, den der kleine selbstständige oder mittelständische Unternehmer bei uns um die Ecke mit einer immer höheren individuellen Steuerbelastung ausgleichen muss;

(Beifall von der FDP)

denn das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ja die logische Konsequenz.

Wenn dort, wo es um richtige Volumina geht, einige wenige Große sich im Wesentlichen einer adäquaten Besteuerung entziehen, dann führt das natürlich für die Politik wieder zu der Notwendigkeit, Löcher im Haushalt zu stopfen. Dann haben wir steigende Steuersätze, die in der Breite die Bevölkerung oder andere Unternehmen entsprechend belasten, wenn sich ein Teil der Steuerpflichtigen eines leistungsgerechten Beitrags zur Finanzierung von öffentlichen Aufgaben entzieht.

Was wir jetzt als Beurteilungsgrundlage brauchen, sind Fakten über die sogenannten Tax Rulings. Diese auf die Bedürfnisse einzelner Unternehmen zugeschnittenen Steuerregelungen werden nicht nur in Luxemburg angewandt, wie es der Antrag nahelegt, sondern nach Expertenschätzungen zumindest in bis zu 22 von 28 EU-Mitgliedstaaten. Die haben eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Immer dann, wenn durch großzügig angewandte Individualgestaltungen Regelungen getroffen werden, die vom allgemeinen Gesetz abweichen, sind ein kritischer Blick und viel Aufmerksamkeit sicherlich angeraten. Deshalb lohnt sich die Debatte über den Komplex dieses Antragsgegenstands auch im Fachausschuss.

Wir brauchen und wollen eine umfassende Analyse dieser Steuermodelle, um dann mit konkreten Maßnahmen die ungewollten Auswüchse eines überdrehten Steuerwettbewerbs stoppen zu können. Wir haben bereits vor einigen Monaten im Haushalts- und Finanzausschuss über die Praxis von Lizenzboxen diskutiert und wie dort einige internationale Unternehmen Gewinne in großem Volumen nicht dort versteuern, wo sie anfallen, sondern mit bemerkenswerten Verrechnungsmodellen in Niedrigsteuergebiete verschieben. Deshalb lohnt es sich natürlich auch, die Debatte über die Lux-Leaks fortzusetzen.

Wichtig ist, dass in den Fragen steuerlicher Gestaltung öffentliche Unternehmen mit gutem Beispiel vorangehen. Auch da gibt es einiges an Aufarbeitungsbedarf. Wir machen das ja im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss WestLB. Wenn man sich anschaut, wie eine Landesbank hier unterwegs war mit Briefkastenfirmen in Offshore-Destinationen, was da alles für Geschäftsmodelle unterstützt worden sind, während auf der anderen Seite regelmäßig die Hand aufgehalten wird, um sich mit dem Geld des Steuerzahlers retten zu lassen, so muss man sagen:

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Ralf Witzel (FDP): Da haben sicherlich auch öffentliche Unternehmen nicht immer eine Vorbildfunktion übernommen. Auch daran müssen wir arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schade, ich konnte keine Wette nicht gewinnen, weil keiner gegen mich wetten wollte. Ich habe nämlich gewettet, dass Herr Witzel irgendwo wieder Portigon und die WestLB mit ins Spiel bringt.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Aber so ist das im Leben. Man erlebt auch tiefe Enttäuschung.

Gleichzeitig erlebe ich hier aber eine große Übereinstimmung, und das freut mich ganz besonders. Das sage ich auch an die Adresse von Herrn Kern und die der Piraten. Wichtig war auch, dass Sie noch einmal benannt haben, wer jetzt zu dieser Welle beigetragen hat, dass es Journalisten waren, die die Daten nach draußen gebracht haben, und dass es Whistleblower waren, die dafür gesorgt haben, dass diese Daten auf den Markt kamen.

Insofern weiß ich jetzt auch einzuschätzen, wie Sie das noch vor einiger Zeit gesehen haben. Das ist auch ein Punkt, bei dem man merkt: Wir werden nicht an solche Praktiken herankommen, wenn wir nicht die Hinweise nutzen, die es dazu gibt. Da braucht man auch Hinweise aus der Szene.

Deswegen ist ganz klar: Es ist ein wichtiger Beitrag, was da mit den „Luxemburg Leaks“ jetzt auf dem Tisch liegt. Es ist so, dass man es auswerten muss, dass auch eine Auswertungsverpflichtung für unsere Steuerprüfung bzw. für die Betriebsprüfung besteht. Wir werden dann wieder sehen, dass es zwei Bereiche gibt. Das eine ist das Übertreten und Nichteinhalten von Gesetzen, und das andere sind Hinweise darauf – das wird der größere Teil sein –, was alles im Rahmen legaler Gestaltungen möglich ist.

Man muss es beim Namen nennen: Das ist eine Schweinerei. Es ist am Ende Betrug an der Allgemeinheit.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Es ist Betrug am ehrlichen Steuerzahler. Da gebe ich Herrn Witzel recht. Insofern führt das zu dieser breiten Koalition zusammen. Es ist eine Wettbewerbsverzerrung, weil die Unternehmen, die sich dieser Praktiken nicht bedienen können – das sind die kleineren und mittelständischen Unternehmen –, am Ende mit dem, was sie zahlen müssen, mit für die hinhalten müssen – genau wie alle anderen Steuerbürgerinnen und -bürger auch –, die sich in großem Stil mit Milliarden aus dem Staub machen.

Mittlerweile wissen wir: Länder merken, dass man damit ein schlechtes Image bekommt. Deswegen müssen wir vorsichtig sein. Dass sie sich jetzt mit auf die Bühne gesellen und sagen: „Wir stellen uns alle in die Öffentlichkeit und sagen, dass sich das ändern muss und dass wir jetzt gemeinsam gegen diese Praktiken zu Felde ziehen werden“, ist die eine Sache. Das braucht man, weil man heute nicht mehr nach dem Muster verfahren kann: Wir haben immer gedacht, das gehört zum guten Ton. – Vielmehr verdirbt man sich sein Image. Das Plakative ist klar.

Die Frage ist nur: Was passiert, wenn sie hinten wieder von der Bühne runtergegangen sind? Wie geht es dann weiter? Dann merkt man –und zwar nicht nur im Ausland, sondern auch bei der Durchsetzung und Umsetzung von Gesetzen hier bei uns –, wie wieder Kräfte wirksam werden, damit eine Hintertür offen bleibt. Wir merken, dass wir nicht so wirksam vorgehen können, wie es eigentlich notwendig wäre.

Deswegen brauchen wir auf allen Ebenen einen gemeinsamen Auftritt. Das eine ist die europäische Ebene. Dabei unterstützen wir den Bundesfinanzminister. Das andere ist die deutsche Ebene. Erlauben Sie mir deshalb ein kurzes Zitat aus dem Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin, weil dieser einen Satz enthält, auf den ich Wert gelegt habe und den ich auch formuliert habe. Da heißt es:

> „Wir erwarten den Abschluss der Arbeiten zur OECD-BEPS (Base Erosion and Profit Shifting)-Initiative im Jahre 2015, einem Vorhaben, um internationaler Steuervermeidung entgegenzuwirken, welches wir aktiv unterstützen.“

An dieser Stelle sollte zunächst Schluss sein. Jetzt geht es mit folgendem Satz weiter:

> „Soweit sich unsere Ziele im Rahmen der OECD-BEPS-Initiative in diesem Zeitraum nicht realisieren lassen, werden wir nationale Maßnahmen ergreifen. Dazu zählt u. a. eine Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs für Zahlungen an Briefkastenfirmen, die keine hinreichend aktive Geschäftstätigkeit nachweisen können …“

Das wird für den Herbst des Jahres 2015 ein Stück Lackmustest sein. Ich werde mit daran arbeiten, dass das nicht nur in diesem Text steht, sondern dass wir Ernst machen. Dann werden wir sehen, wer alles mitzieht und welche Möglichkeiten dann wahrgenommen werden, um noch ein bisschen Verzögerung zu erreichen. Dann schauen wir weiter. Jetzt gehen wir damit in die Ausschussberatung. Ich finde, das ist ein guter Schritt. – Danke.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/7409** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt**; die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung von allen Fraktionen angenommen worden.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt.

Die Landtagspräsidentin wird die nächste Sitzung einberufen für Mittwoch, den 17. Dezember 2014, 10 Uhr.

Nach diesen drei anstrengenden Plenartagen wünsche ich Ihnen einen schönen Nachmittag und ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:25 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.